

25X1X

No. 35

Auszüge aus Rundfunkberichten

25X1A

Sender Stuttgart vom 17. Juni 1949

Der Vorstand der Berliner FDJ billigte das Urteil gegen die beiden Mitglieder der Falken. Die beiden Verurteilten hätten sich bei der Verbreitung von Lügen über die Ostzone nicht für den Frieden, sondern für einen neuen Krieg eingesetzt. Der Magistrat wurde beauftragt, bei der alliierten Kommandantur gegen die Willkürmaßnahmen gegen demokratische Jugendorganisationen zu protestieren und die Freilassung der Verhafteten und Verurteilten zu fordern. Ferner sollen strengste Maßnahmen gegen diejenigen deutschen Personen ergriffen werden, die an der Verschleppung von Menschen sowie an deren Verurteilung beteiligt sind. Der zweite Vorsitzende der Berliner SPD, MATTICK, erklärte, wer sich mit Leuten an einen Tisch setze, die Menschenraub gutheißen, mache sich des Verbrechens gegen die Menschlichkeit mitschuldig. "Deutschland und Berlin verzichten auf jeden Handelsvertrag, der in Paris von den Außenministern geschaffen werden sollte, bevor nicht ein Menschlichkeitsvertrag abgeschlossen worden ist." In einem Brief der Berliner Falken an Wyschinski heißt es: Lassen Sie nicht zu, daß von den sowjetischen Besatzungsbehörden Maßnahmen angewendet werden, die im Widerspruch zu Ihren Pariser Erklärungen stehen.

Die Jugendverbände der Westzonen wurden von den Falken aufgefordert, jede Zusammenarbeit mit der FDJ abzulehnen, da sich diese mit den totalitären Methoden der pol. Machthaber identifiziere. Die Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland in Braunschweig gab bekannt, daß sie auf Grund der Vorgänge die Verbindung mit offiziellen Vertretern der Ostzone abbreche. - Die demokratischen katholischen Jugendorganisationen Westdeutschlands erklärten sich mit den Falken solidarisch.

Der Ugo-Vorstand prüfte erneut die Streiklage. Er kam zu der Auffassung, daß der Berliner Magistrat jetzt die Initiative ergreifen müsse. Im Ostsektor sind Aufrufe angebracht worden, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, zur Verhaftung streikender Westberliner Eisenbahner beizutragen, falls sie im Ostsektor angetroffen werden. Die Aufrufe enthalten die Namen von Streikführern, nach denen besonders gefahndet wird.

Prof. ERHARD sprach vor Berliner Arbeitern. Er betonte, Berlin müsse der westdeutschen Wirtschaft und dem Lebensstandard angeschlossen werden. Er hoffe, daß der Westen in Zukunft nicht nur in steigendem Maße Rohstoffe nach Berlin bringen, sondern auch Fertigwaren aus Berlin herausholen könne. Die Abhängigkeit Berlins vom Westen sei zur Zeit noch groß. Berlin benötige neben Aufträgen aus Westdeutschland für die nächste Zeit Kredite, vor allem Investitionskredite, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Bürgermeister BRAUER nahm zum Wahlgesetz Stellung. Er bezeichnete es als einen großen Erfolg, weil es in allen 11 westdeutschen Ländern eine einheitliche Wahl ermögliche.

Dr. Gebhard MUELLER erklärte, mit der Bildung des Südweststaats könne wahrscheinlich erst nach den Bundestagswahlen gerechnet werden.

WOHLER kündigte eine beträchtliche Senkung der Besatzungskosten in der französischen Zone an.

Sender Stuttgart vom 18. Juni 1949

Ein Schnellgericht verurteilte heute Heinz WESTPHAL zu sechs Wochen Gefängnis. Als Urteilsbegründung wurde Widerstand gegen die Staatsgewalt angegeben.

Im russ. Sektor fand eine Arbeitstagung der CDU und LDP statt. Die Parteien und Organisationen beschlossen, unerwünschte Mitglieder aus ihren Reihen auszuschließen. Der Beschluß wurde gefaßt, weil bei den Wahlen zu viele Nein-Stimmen abgegeben worden sind.

Die Landesversammlung der Bayernpartei wurde heute eröffnet. Dr. BAUMGARTNER wurde wiedergewählt. Er setzte sich in einer Ansprache für die politische Selbständigkeit ein. Bayern sei einer der ältesten Staaten Europas.

REGISTRY COPY

RESTRICTED

No. 36

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 20. Juni 1949

Die Konferenz der vier Außenminister wurde heute beendet. Es wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Dieses enthält im ersten Teil sechs Punkte über Deutschland und eine lange Liste von Vereinbarungen über Oesterreich, in denen der sowjetische Verzicht auf die Unterstützung der jugoslawischen Ansprüche gegen Oesterreich niedergelegt ist. Es heißt, daß die Besatzungsoberden in Berlin ihre Verhandlungen über das deutsche Problem fortsetzen werden. Der Handel zwischen den vier Besatzungszonen soll ausgedehnt werden. Die Russen sollen schriftlich versichert haben, daß sie keine Blockade mehr über Berlin verhängen wollen.

Unabhängige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von Nord-Baden beschlossen die Gründung eines Aktionsausschusses für den Südweststaat. Der Ausschuß will durch Aufklärung den Gedanken des Südweststaates fördern und gleichzeitig die badischen Interessen in einer zukünftigen Südweststaatverfassung wahren.

Dr. EHARD sprach auf dem zweiten Landtag der südwestdeutschen CDU in Ravensburg. Er wandte sich gegen die SPD. Ein Wahlsieg der SPD würde bedeuten, daß das deutsche Volk nach der Pfeife Dr. Schumachers tanzen müßte. Was dann nachfolgen würde, wäre ein zentralisierter Einheitsstaat. Bayern werde sich aber nicht in den Schmollwinkel zurückziehen, sondern sich ständig für eine föderalistische Arbeit freihalten. Es gäbe Gefahren in Deutschland, aber keine, die von Bayern für Deutschland kämen.

Dr. Gebhard MUELLER ist wieder zum 1. Vorsitzenden der südwestdeutschen CDU gewählt worden. Er sagte, für Südwestdeutschland sei die Annahme des Grundgesetzes trotz der starken Bedenken notwendig gewesen, weil Deutschland nur als ganzes in eine neue Völkergemeinschaft aufgenommen werden könne.

Der Kreis um Botschafter Nadolny wird voraussichtlich Ende dieses Monats erneut zu Besprechungen in Bad Godesberg zusammenkommen. Wie ein Vertreter dieses Kreises mitteilt, ist diesmal beabsichtigt, Politiker aus Ost- und Westdeutschland zusammenzubringen, um ein Gespräch auf breiter Grundlage führen zu können.

Die südbadische Staatskanzlei hat zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt, die Regierung sehe eine wichtige Aufgabe darin, die Flüchtlinge möglichst rasch in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Dazu seien jedoch die Verhältnisse in Südbaden im Augenblick recht ungünstig. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt habe sich seit Beginn der Verhandlungen über die Aufnahme von Flüchtlingen wesentlich verschlechtert. Die südbadische Regierung wolle den ankommenden hoffnungsvollen Flüchtlingen nicht eine Fortsetzung ihrer bisherigen Notlage zumuten. Sie sei vielmehr bestrebt, den Heimatlosen eine neue Heimat zu bieten. Man werde nicht zögern, Flüchtlinge in das Land Baden aufzunehmen, sobald die Arbeitsmarktlage sich wieder bessere. Allerdings müsse auch eine wesentliche finanzielle Entlastung eintreten, die man sich als Auswirkung des Grundgesetzes und des Besatzungsstatuts erhoffe. Nur dann werde Baden auch in der Lage sein, den Flüchtlingen bei allen auftretenden Notständen materiell zu helfen.

Dr. ERHARD und TARNOW äußerten sich über die Auswirkung der Währungsreform. Erhard bezeichnete die Geldneu-Ordnung als einen Erfolg, da sie die Währung gefestigt habe. Tarnow erklärte, die Währungsreform sei unbedingt notwendig gewesen. Man habe dabei jedoch leider vernachlässigt, die gehorteten Waren zu erfassen.

Sender Stuttgart vom 21. Juni 1949

Zum Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz liegen die ersten Stellungnahmen vor. Prof. Erhard erklärte, er sei unter den gegenwärtigen Umständen mit dem Verlauf zufrieden. Westdeutschland werde sich bemühen, den Handel mit Berlin auszudehnen. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands halte er zur Zeit für unmöglich. In Großbritannien ist das Ergebnis mit Erleichterung aufgenommen worden. Man ist allgemein der Ansicht, daß in Paris eine Verständigung zwischen Ost und West begonnen habe. Ähnlich äußerten sich Kreise der UNO. Man hofft, jetzt auch andere umstrittene Fragen lösen zu können.

RESTRICTED

6/45

No. 37

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Stuttgart vom 21. Juni 1949

Dr. ADENAUER erklärte zum Ergebnis der Außenministerkonferenz: Der Einheit Deutschlands in Freiheit hat die Pariser Außenministerkonferenz uns nicht näher gebracht. Anzuerkennen ist, daß die Konferenz nicht im Streit geendet hat. Ehe man ein Urteil über die geringen positiven Ergebnisse abgibt, muß man erst abwarten, ob die russischen Zusagen erfüllt werden.

Die drei westlichen Stadtkommandanten von Berlin forderten die streikenden Eisenbahner auf, ihren Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen, um den Verkehr zwischen Berlin und den Westzonen wieder in Gang zu bringen. Anlaß hierzu war ein Schreiben des Chefs der Transportabteilung der SMV in Berlin-Karlshorst, General Kwaschnin, in dem dieser seiner Überzeugung Ausdruck gibt, daß die Reichsbahndirektion Berlin ihre Zusagen zur Zahlung von 60 % Westmark an die streikenden Berliner Eisenbahner erfüllen wird und diese keine Repressalien von seiten der Ostzonen-Eisenbahnbehörden zu befürchten haben.

Die Westberliner Stadtverordnetenversammlung forderte erneut, daß Berlin in die westdeutsche Bundesrepublik einbezogen werden solle. Eine erneute Überprüfung seitens der Mil. Reg. ist zugesagt worden.

Der Landtag von Südbaden hat heute ein Gesetz zur Errichtung eines Notopfers für Berlin und Kehl angenommen. Wie Wohleb erklärte, wird ein Teil der deutschen Bevölkerung von Kehl voraussichtlich noch in diesem Jahr in die Stadt zurückkehren.

Der Kommentator der Prawda hebt in einer Stellungnahme zur Außenministerkonferenz hervor, daß die aggressive Politik der herrschenden Schichten in den westlichen Ländern eine schwere Niederlage erlitten habe. Die Versuche, die SU politisch und wirtschaftlich zu isolieren, könne als gescheitert betrachtet werden. Die SU habe an dem positiven Ergebnis entscheidenden Anteil gehabt.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. KOLB erklärte nach seiner Rückkehr aus der Schweiz, das zweite französisch-deutsche Bürgermeistertreffen sei von dem Geiste des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses beseelt gewesen. In einer auf der Tagung gefaßten Resolution sei ausdrücklich festgestellt worden, daß auf kommunal-politischen Gebieten sobald als möglich dauerhafte Beziehungen zwischen den Franzosen und Deutschen hergestellt werden müßten. Zur Verwirklichung der französisch-deutschen Zusammenarbeit sei zum Ausbau von Arbeitsergebnissen der nationalen Stadtverbände die Gründung von gemischten Kommissionen vereinbart worden. Ferner solle der französisch-deutsche Austausch von kommunalen Fachleuten, Pressevertretern und Jugendorganisationen gefördert werden.

Prof. NOELTING erklärte auf dem Parteitag der SPD in Gelsenkirchen, daß für die August-Thyssen-Hütte gegenwärtig ein neuer Vorschlag ausgearbeitet werde, durch den der Abbau des Werkes vermieden werden könnte. Wie verlautet, wird vorgeschlagen, die August-Thyssen-Hütte als Jugendaufbauwerk Europa in den Dienst der europäischen Jugend zu stellen. Es soll ein Stiftungsrat gebildet werden, der die Produktion der Hütte überwacht, jeden Mißbrauch des Werkes für Kriegszwecke verhindert und eine den Zwecken des Planes entsprechende Verwendung des Produktionsertrags sicherstellt.

Sender Stuttgart vom 22. Juni 1949

Min.Präsident ARNOLD forderte die Elektrifizierung der Eisenbahnen im Ruhrgebiet. Der Vernachlässigung des Ruhrgebietes müsse ein Ende gesetzt werden. Dazu sei erforderlich, daß auch Finanzmittel aus der Marshall-Hilfe investiert würden. Bei der Elektrifizierung sei besonders die Schaffung schneller Vorortverbindungen notwendig, die eng mit der siedlungspolitischen Neuordnung des Gebietes zusammenhängen.

RESTRICTED

149

No. 38

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 21. Juni 1949

Oberbürgermeister REUTER gab heute eine Erklärung zum Eisenbahnerstreik ab. Er betonte noch einmal, daß alle Versuche, den Streik beizulegen, an der ablehnenden Haltung der Reichsbahndirektion Berlin gescheitert seien, die nicht bereit gewesen sei, Vereinbarungen mit Angestellten und Arbeitern zu treffen. Damit könne man nicht mehr von einem Streik, sondern müßte von einer Aussperrung sprechen. Der Berliner Magistrat sei machtlos, irgendeine Initiative zu ergreifen. Somit könne auch kein Eisenbahnnotverkehr errichtet werden. Die Angelegenheit müßten vielmehr die Alliierten klären. Er dankte der Bevölkerung für ihr Verständnis. Er habe angeordnet, daß Straßenbahnen und Omnibusse verstärkt werden.

Der Präsident des Zentral-Bankrates, BERNARD, sagte in einem Kommentar zum Jahrestag der Geldneuordnung, daß die Wirtschaft jetzt einen Reinigungsprozeß durchlaufe, der, obwohl er schmerzhaft sei, für die Wirtschaft im ganzen gesehen unerlässlich bleibe. Das Problem der langfristigen Kredite könne nur so gelöst werden, daß dadurch keine Gefährdung der Währung entstehe. Die Schwierigkeiten gehen nicht auf eine vermeintliche starre Haltung der Notenbank zurück. Diese könne schon rein rechtlich nicht tun, was ihr vielfach angesonnen werde. Die bisherigen Auflockerungen der kreditpolitischen Richtlinien werden sich auch auf den Kapitalmarkt günstig auswirken beginnen und den Deflationsanzeichen entgegentreten. Die sozialen Probleme können nicht nur durch die Kreditpolitik gelöst werden. Wir müssen wieder sparen und auch rechnen lernen. Man kann nicht in sechs Monaten wieder aufholen, was 15 Jahre hinweggespült haben. Wenn sich jeder von der Tier, in kürzester Zeit alle Verluste wieder wertzumachen, freimachen würde, wäre allen und nicht zuletzt auch der Deutschen Mark gedient.

Sender Stuttgart vom 22. Juni 1949

Dr. DIBELIUS kritisierte heute das Schulwesen. Er sagte, die Verhältnisse in den Berliner Schulen seien dem christlichen Haus diametral entgegengesetzt. Es sei unverantwortlich, daß die Kinder gegen ihr Gewissen und gegen ihre Überzeugung in der materialistischen Weltanschauungslehre unterrichtet werden.

UGO beschloß heute, den Streik fortzusetzen, da die Garantien Kwaschins für die Sicherung der streikenden Arbeiter ungenügend seien. Die Streikenden sind nach wie vor entschlossen, die Arbeit nur aufzunehmen, wenn ihre Bedingungen hundertprozentig erfüllt werden. Kwaschin hatte bekanntlich mitgeteilt, daß die RBD 60 % der Löhne in Westmark auszahlen wolle. Außerdem versicherte er, daß die streikenden Arbeiter keine Repressalien zu befürchten hätten. UGO hat sich nun zu einem Eisenbahnnotdienst in den Westsektoren entschlossen, damit der Interzonenverkehr wieder in Gang kommt. Allerdings ist ein Notverkehr der S-Bahn nicht vorgesehen. Unabhängig von diesem Notdienst werden die Arbeiter weiter streiken.

Auf der vierten Vollversammlung der DWK behauptete Otto GROTEWOHL, der Bevölkerung in Westdeutschland gehe es sehr schlecht. Sie habe nicht genügend zu essen. Die Wirtschaft liege danieder. Deshalb sei das Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz günstig aufgenommen worden, da man hoffe, daß der Interzonenhandel das Leben in Westdeutschland erleichtern werde.

In Godesberg ist heute die Gemeinschaft der Unabhängigen Deutschen gegründet worden. Etwa 30 Persönlichkeiten nahmen an der Gründung teil, darunter Dr. Hugo Eckener und Otto Remer, der Mann, der den Aufstand vom 20. Juli vereitelte. Die Gemeinschaft hat in einem Aufruf den Parteien den Kampf angesagt.

Die Besatzungskosten in der französischen Zone sind um 12 Mill. Mark herabgesetzt worden.

Der Chef der Inf.Abt. Tulpanow soll Ulbricht für längere Zeit beurlaubt haben. Es wird vermutet, daß Ulbricht mit militärischen Fachleuten in Bulgarien zusammenkommt, um den Einsatz des Griechenlandbataillons gegen Tito zu besprechen.

Laut Tagesspiegel soll der Abt.Leiter der Tgl. Rundschau abgerufen und verhaftet worden sein.

RESTRICTED

24 / 6 / 49

No. 39

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 23. Juni 1949

Der Zweizonenwirtschaftsrat nahm heute eine EntschlieÙung gegen die Demontage und einen Antrag auf verstärkte wirtschaftliche Hilfe für Westberlin an. In der Resolution heiÙt es, dem Abbau von Industriewerken muÙ Einhalt geboten werden, wenn der Bevölkerung Westdeutschlands der Glaube an eine Neuordnung Europas im Sinne nicht nur einer politischen, sondern auch einer wirtschaftlichen Demokratie erhalten bleiben soll. - Zweck des Antrages über die Berlin-Hilfe ist es, Berlin in vollem Umfange in die Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes einzubeziehen.

RAU richtete an die westdeutschen Behörden den Appell, sie sollten ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten der Großmächte mit der Ostzone über einen Handelsvertrag beraten. Westdeutsche Vertreter wiesen jedoch darauf hin, daÙ ein Handelsabkommen von den Besatzungsmächten genehmigt werden müsse.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der CSU, HAUSSLEITER, teilte Dr. Erhard mit, er wolle sein Amt niederlegen. Die politische Entwicklung der CSU habe ihn zu diesem Schritt veranlaÙt.

Die Neue Volks-Zeitung ist heute auf Anordnung General Bishops auf sechs Wochen verboten worden, da sie ihre Leser aufgefordert hat, den Befehlen der britischen Besatzungsmacht nicht nachzukommen. Im russischen Sektor in Berlin wird am Montag ein weiterer ProzeÙ gegen einen Angehörigen der Falken beginnen. Es wird ihm vorgeworfen, Zettel verteilt zu haben, die die Aufforderung enthielten, bei den VolkskongreÙwahlen mit "Nein" zu stimmen.

Prof. ERHARD betonte, Berlin werde bald wieder ein vollwertiges Glied der westdeutschen Wirtschaft sein. Er setzte sich vor allem für die Zurverfügungstellung von Krediten ein. Prof. Erhard schlug deshalb die Errichtung eines Garantiefonds vor, um den noch zögernden Unternehmen der Westzonen das Gefühl der Sicherheit bei dem geplanten und notwendigen weiteren Aufbau des Berliner Wirtschaftslebens zu geben.

Die Landesgruppe Berlin der Deutschen Union wandte sich gegen die Demontagepolitik. Sie erklärte, daÙ der Befehl zum Abbau einer westlichen Völkergemeinschaft unwürdig sei. Zu den Falkenprozessen äußerte sie, die angewandte Justiz unterscheide sich in nichts von der Rechtsprechung der nationalsozialistischen Volksgerichtshöfe. Der Württemberg-Badische Landtag hat auf seiner heutigen Sitzung das Staatshaushaltsgesetz für 1949 mit den Stimmen der drei Regierungsparteien gegen die Kommunisten angenommen. Der ausgeglichene Staatsetat sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1,718 Mrd. DM vor.

Die Lage im Berliner Eisenbahnerstreik ist noch immer ungeklärt. UGO plant, den Interzonengüterverkehr wieder aufzunehmen. Die RBD wird heute die neue Lage beraten. Der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin, KELLNER, hat den Vorschlag, einen Notdienst einzurichten, als einen Eingriff in die Rechte der Reichsbahn bezeichnet. Die streikenden Eisenbahner würden sich irren, wenn sie glauben, daÙ die ostzonalen Bahnbehörden Züge nach den Westberliner Bahnhöfen durchlassen. - Der britische Stadtkommandant in Berlin, Bourne, erklärte, der BeschluÙ der UGO, den Streik fortzusetzen, sei sehr bedauerlich. Im Interesse Berlins müsse der Streik jetzt endlich beendet werden. Die britische Mil.Reg. hat das West-Berliner-Polizeipräsidium darauf aufmerksam gemacht, daÙ die streikenden Westberliner Eisenbahner das Reichsbahngelände nicht betreten dürften, da es der sowjetischen Besatzungsmacht unterstehe. Die Polizei wurde angewiesen, im Falle der Nichtbefolgung dieser Anordnung durch die Eisenbahner einzugreifen. Die Kommandanten des amerikanischen und französischen Sektors haben bisher keine derartige MaÙnahme ergriffen. Heimkehrer äußerten, daÙ die UdSSR in Kürze alle ehem. dt. Kriegsgefangenen bis zum Hauptmannsrang entlassen wolle.

RESTRICTED

201/6/43

No. 113

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Leipzig vom 17. Juni 1949

In einer Betrachtung zur Pariser Außenminister-Konferenz schreibt der "Nachtrexpress", daß die Westmächte sich auf ihre alten Positionen zurückgezogen hätten, während die SU immer neue Vorschläge hervorgebracht habe. Das zeige, daß die Westmächte keine Diskussion wollten, sondern diktatorisch auf ihrem Ja oder Nein bestünden. Die Zeitung "Neues Deutschland" schreibt: Wenn keine volle Lösung erreicht wird, so bedeutet das, daß die Spaltung vorerst bestehen bleiben und das deutsche Volk vorerst keinen Friedensvertrag haben soll. Aber das deutsche Volk wird eines Tages einmal Rechenschaft von denjenigen verlangen, die ihm das Lebensrecht verweigern. Die bisherigen Ergebnisse sind ein Ansporn für uns, enger zusammenzurücken und alle Gegensätze zu überbrücken. Deshalb ist es Aufgabe aller Deutschen, die Nationale Front noch zu verstärken. Die deutsche Delegation zur ersten internationalen Metallarbeiter-Konferenz in Turin hat heute ihre Reise angetreten. Peschke, Renner, Schneider und Becker nehmen aus der SBZ teil. Die Betriebsgewerkschaft des Werkes Böhlen hat an die Betriebsgewerkschaft in Gelsenkirchen ein Telegramm geschickt: Die von der britischen Mil. Regierung angeordnete Demontage erfolgt aus durchsichtigen Konkurrenzgründen. Die Werktätigen der Ostzone erklären sich daher mit dem Kampf der westdeutschen Arbeiter solidarisch. Es gilt zu verhindern, daß Tausende von Werktätigen arbeitslos werden. In einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der LDP mit den Partei- und Landesvorständen bekannten sich die Teilnehmer einstimmig zu dem von der SU auf der Außenminister-Konferenz vertretenen Deutschlandprogramm. Die Teilnehmer richteten an Mitglieder und Freunde die Aufforderung, unter strenger Beachtung der Blockpolitik an der Errichtung eines demokratischen Lebens mitzuarbeiten. Der wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU behandelte eingehend die Anordnung der DWK über die Regelung der Vertragsbestimmung zwischen Privatbetrieben und volkseigenen Werken usw. Dabei wurde die Absicht der DWK, insbesondere die Privatwirtschaft zu fördern, lebhaft begrüßt.

Der Ausgang der Wahl wird zeigen, daß ein großer Teil der westdeutschen Bevölkerung sich gegen den Separat-Staat entscheiden wird, erklärte Hugo PAUL auf einer Versammlung. Die Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß auch in Westdeutschland immer größere Teile der Bevölkerung von der Volkskongressbewegung erfaßt werden. Die Funktionäre erklärten, die Arbeiter der demontierten Werke hätten ihre uneingeschränkte Unterstützung. Sie erklärten sich besonders mit den Arbeitern solidarisch, die wegen Demontage-Verweigerung vor ein britisches Militärgericht gestellt werden sollen. Als Höhepunkt des Wahlkampfes am 31. Juli soll ein Max-Reimann-Tag für die Unabhängigkeit Deutschlands durchgeführt werden.

Der Kommentator des Moskauer Rundfunks befaßte sich mit der neuen Demontagewelle in Westdeutschland. Er sagte, die Westmächte hätten erklärt, die Demontage müsse aus Gründen der internationalen Sicherheit erfolgen und hätten sich dabei auf die Potsdamer Beschlüsse berufen. Dabei wären gerade sie es, die Westdeutschland in ein militärisches Lager verwandeln, in dem ehemalige SS-Angehörige usw. in der Industrie polizei tätig seien.

1 600 ha Moor sollen im Rahmen des Zweijahresplan in Mecklenburg trocken gelegt werden.

Sender Leipzig vom 19. Juni 1949

Die durch die Spaltungspolitik im Westen entstandene Situation ist, wie PIECK erklärte, in den letzten Tagen durch die Demontage besonders deutlich geworden. Diese Demontagen ließen die Furcht der westlichen Monopol-Kapitalisten vor einer deutschen Friedenswirtschaft erkennen. Im Gegensatz zu Westdeutschland sei es der Ostzone möglich, eine wahre Friedenswirtschaft aufzubauen, die ausschließlich dem Wohle der Werktätigen diene. Zur Pariser Situation erklärte er, die Ablehnung der Vorschläge Wyschinski's durch die Westmächte zeige, daß sie ihre Bestrebungen zur Zerreißung Deutschlands nicht aufgegeben haben. Darum müsse die Nationale Front verstärkt werden.

RESTRICTED

RESTRICTED

21/6/49

No. 114

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Leipzig vom 20. Juni 1949

Die Demontagetruppen wurden heute verstärkt. Im Dortmunder Paraffin-Werk sind jetzt 30 Arbeiter beschäftigt, während bei Krupp 12 Mann imperialistische Handlangerdienste leisten müssen. Auf dem zweiten deutschen Bauerntag wird Sachsen-Anhalt mit der stärksten Delegation vertreten sein.

Die SMA hat einer Mitteilung der Abteilung Land- und Forstwirtschaft zufolge Anweisung gegeben, eine Reihe bislang von ihr benutzter landwirtschaftlicher Güter der DWK zurückzugeben. Die Übergabe wird noch im Laufe dieses Monats erfolgen und erstreckt sich auf das gesamte tote und lebende Inventar nach dem Stand vom 1. Juni d.J.

19 463 ehemalige deutsche Kriegsgefangene sind in der Zeit vom 1. - 19. Juni aus der UdSSR im Heimkehrerlager Gronenfelde eingetroffen. Die Heimkehrer wurden bereits alle in ihre Heimatorte entlassen. Zu stürmischen Demonstrationen kam es heute vor dem Schöneberger Rathaus. Nachdem die Demonstranten - vor allem freie Gewerbetreibende, die bei der letzten Währungsverfugung vergessen worden waren - vergeblich das Erscheinen Reuters gefordert hatten, drang ein Trupp von ihnen in das Rathaus ein. Eine dort weilende Abordnung, die sich gerade mit Währungsfragen beschäftigte, gab ihnen den Rat, ihre Angelegenheit jetzt selbst in die Hand zu nehmen, da die W.L.Reg. eine Klärung abgelehnt hätten.

Eine von der VVN und der FDJ geplante Sonnenwendfeier, die heute im französischen Sektor stattfinden sollte und um deren Genehmigung schon vor 10 Tagen gebeten worden war, ist ohne Angabe von Gründen verboten worden.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz ZOEGGER:

Heute möchte ich die westdeutsche Wirtschaft aufgreifen. Nicht um zu rasonieren; aber die Verhältnisse in westdeutschland interessieren uns aus nationalen, gesamtdeutschen Erwägungen heraus. Für die Wiederrichtung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands muß man alles tun. Dazu gehört auch die Aufgabe aufzuzeigen, welche politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen der Einheit Deutschlands entgegenstehen. An erster Stelle steht da die Währungsreform. Ihre Verkündung brachte eine entscheidende Wendung. Politiker sagten schon damals die Bildung eines Separatstaates voraus. Die Wichtigkeit dieser Analyse nach Verkündung der Bonner Verfassung kann nicht mehr bestritten werden. Die Währungsreform und die Zerreißung Deutschlands brauchen die Westmächte, um Dtschld. zu schwächen. Einsichtige Menschen erhoben damals warnend ihre Stimme und wiesen auf die Folgen sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet hin. - Nach der westdeutschen Währungsreform überschlug sich die westdeutsche Presse. Das Wunder der vollen Schaufenster wurde propagiert. In jenen Tagen wurde die Legende vom goldenen Westen geprägt, wo man sich alles kaufen kann. Was ist nun in dem vergangenen Jahr daraus geworden? westdeutsche Politiker selbst berichten über chronische Geldknappheit, steigende Arbeitslosigkeit, Konkurse, Betriebseinschränkungen und Stilllegungen. Ein großer Teil der Bevölkerung hat kaum sein Existenzminimum. Diese Entwicklung hat politischen Charakter. Die wirtschaftliche und politische Beherrschung westdeutschlands ist der Grund für den Niedergang. Rohstoffe werden aus- und Fertigwaren eingeführt. Damit wird die Wirtschaft ausgelaut. Großzügig werden Kredite zur Verfügung gestellt, doch der Kreditgeber bestimmt den Kurs der westdeutschen Wirtschaft. Da sich die westdeutsche Wirtschaft auf absteigendem Ast befindet, fordern westdeutsche Unternehmer die Wiederaufnahme des Interzonenhandels. Unzählige kommen nach der Ostzone und bitten um Aufträge. Aber selbst, wenn der Int.Zonenhandel in Gang kommen sollte, muß man sich vor Augen halten, daß der Handel nicht nach deutschen, sondern nach amerik. Interessen gelenkt wird. Was alle Deutschen anstreben müssen, ist die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands. Deshalb lautet die Forderung nach baldigem Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Bes.Truppen spätestens ein Jahr danach. **RESTRIK** heit Deutschlands ist eine Lebensnotwendigkeit für das dt. Volk.

No. 115

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====

22/6/49

Sender Leipzig vom 21. Juni 1949Auszüge aus dem Kommentar von Prof. Hermann BUDZISLAWSKI betreffend
das Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz:

Wenn eine große Konferenz beendet ist, so können wir es machen wie das Publikum im Theater, das sich - ob die Vorstellung nun gut oder schlecht gewesen ist - letzten Endes mit der geringsten Leistung abfinden und nach Hause gehen muß. So wir uns nur als Zuschauer betrachten, werden wir vermutlich beim Durchlesen des Kommuniqués keineswegs in stürmischen Beifall ausbrechen. Obwohl Wyschinski mit einer Zähigkeit für die Einheit Deutschlands, Lösung der Berliner Frage und rasche Ausarbeitung des Friedensvertrages eintrat, haben wir nur einen kleinen Schritt vorwärts in der Erreichung dieser Ziele gemacht. Mit einigem Neid können wir feststellen, daß Österreich der Normalisierung durch einen Staatsvertrag ein großes Stück näher gekommen ist. Aber wir sind nicht die einzigen, die nicht allzu gut behandelt worden sind. Acheson hat sich geweigert, den vorgesehenen Mechanismus in Gang zu setzen, der zur Ausarbeitung eines Friedensvertrages für Japan erforderlich ist. - Wir sind jedoch keine Zuschauer, sondern Mitspieler. Das ist uns von der Außenministerkonferenz ausdrücklich bestätigt worden. Diese Tatsache ist unser großer Erfolg, der wohl ohne unseren tapferen Anwalt Wyschinski, aber auch ohne unsere Volkskongregawahlen nicht möglich gewesen wäre. Im Kommuniqué wird gesagt, daß die Beziehungen zwischen der Ostzone und den westlichen Zonen verbessert werden sollen. Man ist sich offenbar darüber klar geworden, daß die Währungsfrage frisch angepackt werden muß. Der Reise- und Güterverkehr soll erleichtert werden usw. Das alles gehört zu den Aufgaben der Bes. Behörden. Aber dann wird ausdrücklich festgestellt, daß die Bes. Behörden zur Unterstützung deutsche Sachverständige und geeignete deutsche Organisationen heranziehen können. Nun, diese offizielle Einschaltung von Deutschen ist etwas grundlegendes Neues. Wenn wir wollen, können wir jetzt ganz offiziell einen gemeinsamen deutschen Standpunkt entwickeln. Wir können die Nationale Front, die sich hier bei uns gebildet hat und die immer größere Teile unseres Volkes in Westdeutschland erfaßt, sozusagen in eine gemalte Reaktion verwandeln. Das ist eine ungeheure Chance, und so mager die Ergebnisse auch in anderer Beziehung sein mögen, in diesem Punkt wollen wir sie nicht unterschätzen. Ich meine aber, daß wir nicht einfach Statisten sein sollen. Der Statist ist ein Mittelding zwischen dem unbeteiligten Publikum und dem wirklichen Mitspieler. Er tritt zwar auf, hat aber nichts zu sagen. Die Rolle wäre in diesem Falle schädlicher als die des Zuschauers. Man würde uns vollends zu einem Kolonialvolk herabdrücken. Nun, man soll nicht den Teufel an die Wand malen. Wir wollen abwarten, wie sich unsere deutschen Sachverständigen benehmen werden. Aber kaum war das Kommuniqué bekannt geworden, als REUTER sagte, es sei unwahrscheinlich, daß die deutschen Sachverständigen das Ei des Kolumbus finden werden. Wer scharf hinhört, wird bemerken, daß Herr Reuter absichtlich eine Verstäkung von vornherein zu hintertreiben versucht. Wir müssen uns klar darüber sein, daß unsere Fähigkeit, gemeinsame Vorschläge zu machen, ausschlaggebend sein wird für die nächste Außenministerkonferenz. -

Es ist ganz wahrscheinlich, daß in den kommenden Beratungen die Herren aus dem Westen einiges für den Gütertausch zwischen den Zonen tun werden. Die wirtschaftliche Krise, die sich der westlichen Welt bemächtigt, macht sich auch in Westdeutschland sehr bemerkbar und der Handel mit der Ostzone kann da irgendwie Erleichterung bringen. Wir begrüßen natürlich einen möglichst umfangreichen Austausch, obwohl wir hier im Osten etwas weniger darauf angewiesen sind, denn wir können auch Handelsverträge mit Polen, Tschechei, Rußland usw. abschließen und unseren wirtschaftlichen Aufbau dabei durchführen. Aber als gute Deutsche möchten wir natürlich nicht mit ansehen, daß Arbeiter in Westdeutschland erwerbslos herumsitzen. Wir möchten überhaupt nicht, daß wir uns wirtschaftlich entfremden. Da es kaum noch andere Möglichkeiten gibt, die Räder in Gang zu halten als diejenigen, mit der Ostzone Handel zu treiben, so mag dieser Teil des Programms vielleicht ohne Sabotage ausgeführt werden. Aber wir wollen mehr. Wir wollen die richtige Einheit. Wir wollen wieder eine souveräne Nation werden. Damit die Möglichkeiten genutzt werden, müssen wir in ganz Deutschland eine öffentliche Meinung schaffen, die den deutschen Sachverständigen bei den künftigen Beratungen keinerlei Einzelzüge gestat-

RESTRICTED

16/7-9

No. 156

Auszüge aus Presseberichten

=====

SAG's. Im gesamtwirtschaftlichen Rahmen der Ostzone nehmen die SAG-Werke bei 32 000 Industriebetrieben zahlenmäßig mit ursprünglich 126, von denen 9 wegen Unrentabilität ausschieden und volkseigen wurden, mit knapp 1/2 % einen bescheidenen Platz ein. Dieses von den Russen bei allen Verhandlungen vorgebrachte Argument läßt sich jedoch entkräften. Es ergibt sich nämlich ein anderes Bild, wenn man den Wert der SAG's und ihren Produktionsanteil an der industriellen Erzeugung der Ostzone näher beleuchtet. Alle Schlüsselpositionen der Ostzonenwirtschaft mit den bedeutendsten Werken der Grundindustrien des Maschinenbaues und der Chemie haben sie inne. 42 % der industriellen Leistungen in der SBZ entfallen auf sie. Ihr Wert wird auf 24 Milliarden Rubel geschätzt. Der Hauptsitz der sowjetischen staatlichen Aktiengesellschaften in Deutschland ist im Askaniahaus in Berlin-Weißensee. Sie sind in 31 Truste gegliedert, und zwar

- 1) SAG "Marten", Thale (Eisen-Hüttenwerke), 2) SAG "Madj", Hettstedt (Kupfer), 3) SAG "Brikett", Leipzig (Kohle), 4) SAG "Topliwo", Leipzig (Brennstoff), 5) SAG "Burith-Ugolj", Leipzig (Braunkohle), 6) SAG "Rasres", Leipzig (Teerverarbeitung), 7) SAG "Smota", Deuben (Teer), 8) SAG "Maslo", Zeitz (Öl), 9) SAG "Karier", Nachterstedt (Tagebau), 10) SAG "Bagger", Golpa, 11) SAG "Gasolin", Zeitz (flüssiger Brennstoff), 12) SAG "Synthese", Schwarzheide (künstl. Brennstoff), 13) SAG "Mineraldünger", Leuna (Stickstoff), 14) SAG "Foto-flenka", Wolfen (Film), 15) SAG "Kaustik", Bitterfeld (Elektrochemie), 16) SAG "Zelluloid", Eilenburg (Zelluloid und Stickstoff), 17) SAG "Kraska", Wolfen (Farben), 18) SAG "Kali", Bad Salzungen (Kali), 19) SAG "Kainit", Erfurt (Kaliverarbeitung), 20) SAG "Sjlvinit", Erfurt (Kali), 21) SAG "Kautschuk", Schkopau (Buna), 22) SAG "Gummi-technik", Erfurt (Gummi), 23) SAG "Zement", Askaniahaus Berlin-Weißensee (Zement, Porzellan, Hartpappen), 24) SAG "amo", Magdeburg (Maschinenbau), 25) SAG "Zodjemnik", Leipzig (Aufzug-Maschinen), 26) SAG "Totschmasch", Askaniahaus, (Präzisionsmaschinen), 27) SAG "Awto-velo", Askaniahaus, Berlin-Weißensee (Auto- und Autoreifen), 28) SAG "Trjbol", Leipzig (Geräte), 29) SAG "Transmasch", Askaniahaus, Berlin-Weißensee (Transportmaschinen), 30) SAG "Kabel", Berlin-Oberschöneweide (Kabel und Akkumulatoren), 31) SAG "Isolator", Askaniahaus, Berlin-Weißensee (Elektrotechnik).

Die diesem Großkonzern angeschlossenen Unternehmen stehen unter rein russischer Verwaltung, zahlen keine Steuern und sind meistens nicht demontiert. Soweit Demontageeingriffe geschahen, wurden neue Maschinen auf Kosten der übrigen Industrien der Ostzone beschafft. Mit Rohstoffen wurden die SAG-Betriebe bevorzugt beliefert. Sie sind infolgedessen voll produktionsfähig.

Die auf Grund der Sozialisierungsmaßnahmen in der Ostzone entstandenen landes- oder volkseigenen Unternehmen umfassen rund 4 700 Betriebe, deren Produktionskapazität 40 % der Ostzonenwirtschaft ausmacht. Dieser Mammutkonzern ist noch im Auf- und Ausbau. Fast alle Fabriken waren einschneidenden Demontagen unterworfen und müssen noch auf lange Sicht an der Restaurierung ihrer Maschinenparks arbeiten. Rund 50 Prozent ihrer Fertigfabrikate müssen sie auf Reparationskonto auführen. Nach Bedarfsdeckung der SAG's werden sie, soweit Rohstoffe vorhanden sind, bevorzugt beliefert.

Die Zahl der privatwirtschaftlichen Unternehmen in der Ostzone stellt sich auf etwa 27 000. Ihr Produktionsanteil an der Gesamtwirtschaft beträgt knapp 18 %. Rohstoffzuteilungen erhalten sie nur, wenn sie von der DWK mit eingeplant werden und als Zuoringerbetriebe für SAG's oder volkseigene Werke tätig sind.

Wirtschaftsrevue vom 17. Juni 1949

Aufforstung. Die Forstverwaltung der Ostzone hat eine Verfügung erlassen, nach der der Holzeinschlag d.J. um 25 % unter dem des Vorjahres liegen und allmählich auf den normalen Stand zurückgeführt werden soll. Außerdem sollen die kahlgeschlagenen ehemaligen Waldreviere in etwa 6 Jahren neu bepflanzt werden. 40 000 ha - es handelt sich um insgesamt 300 000 ha Kahlflächen - werden noch in diesem Jahr, 100 000 ha im Laufe des Zweijahresplanes aufgeforstet werden. Kiefern und Fichten werden bevorzugt.

Neues Leben vom 11. Juni 49

RESTRICTED

No. 157

Auszüge aus Presseberichten

Schienenmangel. Die Erschließung der Steinkohlenflöze im Bezirk Dobrilugk-Kirchhain in der Niederlausitz, die zur Behebung der Steinkohlenknappheit der Ostzone trotz großer, dem Abbau entgegenstehender Schwierigkeiten seit 1947 forciert wurde, ist ins Stocken geraten. Mit der Förderung sollte Mitte des Jahres 1950 begonnen werden. Die Durchführung der Vorarbeiten geschieht im Rahmen des Zweijahresplanes. Zur Einhaltung des vorgesehenen Termimes ist der Bau eines Anschlußgleises an die Bahnlinie notwendig. Fristgemäß sollten die 1250 m langen Gleisanlagen bereits am 30. September d.J. fertig sein. Die Arbeiten für den Unterbau wurden zwar in Angriff genommen, können aber nicht fortgesetzt werden, da keine Schienen vorhanden sind. Die Bergwerksleitung hat bereits vor einem Jahr 560 t Gleis der Form V eingekauft und bezahlt. Das Material ist bis heute noch nicht eingetroffen. Die abbauwürdigen Lager im Dobrilugk-Kirchhainer Revier werden auf 60 Mill. t geschätzt. Die hartschiefrige glänzende Kohle ist Anthrazit und Halbanthrazit mit einem Aschegehalt von über 15 %. Die Steinkohle besitzt einen sehr hohen Heizwert, deren Wärmeeinheiten zwischen 4290 und 7828 liegen. Infolge ihres geringen Gasgehaltes kann sie nicht verkocht werden, ist aber unter Pechzusatz für Lokomotivheizung verwendbar. Die Steinkohlenflöze wurden bereits 1931 festgestellt, aber nicht abgebaut, da genügende Mengen Ruhr- und oberschlesische Steinkohle zur Verfügung standen.

Lokomotivindustrie. Die Lokomotiv- und Waggonindustrie der SBZ hat auch nach Aufhebung der Blockade mit erheblichen Produktionsschwierigkeiten, die durch Maschinenmangel und Anlieferung schlechter Materialien bedingt sind, zu kämpfen. Die "Lowa" umfaßt 11 Waggonfabriken und 3 Lokomotivwerke, 3 Fabriken der Waggonindustrie, die ehemalige Gottfried Lindner AG in Ammendorf, Sachsen-Anhalt, Dessauer Waggonfabrik, Dessau und Waggonfabrik Weimar arbeiten als SAC-Werke. Alle anderen Betriebe sind volkseigen. Insgesamt beschäftigt dieser Wirtschaftszweig 11 000 Arbeiter. Von den 3 Lokomotivwerken produzieren gegenwärtig das LEW, Henningsdorf und die Lokomotivfabrik Karl Marx, ehemals Orenstein & Koppel AG in Potsdam-Babelsberg. Die früher der Schwartzkopff AG in Wildau in Brandenburg gehörende Lokomotivfabrik, die restlos demontiert wurde, ist im Neuaufbau. Alle Produktionsstätten hatten starke Kriegs- und Demontageschäden. Die Schaffung neuer Maschinenparks ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden und bis heute noch nicht abgeschlossen. Der größte Teil der Erzeugnisse der volkseigenen Betriebe geht wie der der SAC's auf Reparationsrechnung. Für den zivilen Bedarf der Eisenbahn waren sie bisher ausschließlich mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Während der Blockade mußten sowohl die SAC's als auch die volkseigenen Unternehmen wegen fehlender Rohstoffe starke Betriebseinschränkungen vornehmen. Besonders fühlbar war der Mangel an Schweißelektroden, Beschlägen und Kleinteilen. Konstruktionsfehler und schlechte Materialien hatten große Ausfälle in der Fertigung im Gefolge. Der Ausschuß betrug teilweise 100 %. Sehr einschneidend waren die Produktionsstörungen in der Lokomotivfabrik Karl Marx in Babelsberg. Die von den volkseigenen Leipziger Eisen- und Stahlwerken angelieferten Stahlgußteile waren so minderwertig, daß von 29 Tenderrädern durch Lunkerstellen im Guß 28 als Ausschuß nicht verwertet werden konnten. Ähnlich ist die Lage im Waggonbau. Die Stahl- und Eisenlieferungen der Maxhütte in Unterwellenborn und der Eisenwerke in Thale sind so schlecht, daß die Abnahmekommission der SMA bei nicht sofortiger Abstellung der Mängel und des sich häufenden Ausschusses mit einschneidenden Repressalien gedroht hat. Dem SAC-Gemeinschaftswerk Waggonbau Weimar wurde sogar eine Evakuierung des gesamten Betriebes nach Rußland in Aussicht gestellt.

Wirtschaftsrevue vom 17. Juni 1949

Sowjetmanöver. Insgesamt 200 Stalinpanzer neuesten Typs mit 12,2 cm-Kanonen, sowie Sturmgeschütze vom Typ T 34 mit 20,2 cm-Geschützen soll die Rote Armee zu ihren Sommermanövern bei Templin in der Uckermark zusammengezogen haben. An den Manövern nehmen angeblich ca. 10 000 Mann teil.

SAC vom 21. Juni 49

RESTRICTED

No. 158

Auszüge aus Presseberichten

10 Punkte-Programm. Ein 10-Punkte-Programm zur besseren Ausnutzung der Reserven an Produktionsmitteln und Rohstoffen in der SBZ gab der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt in einem Rundrasi bekannt. Die ungewöhnliche Materialknappheit, die zahlreiche Betriebe zur Kurzarbeit zwingt, kommt in diesem Erlass zum Ausdruck. Alle beteiligten Stellen wurden angewiesen, sofort folgende Maßnahmen einzuleiten, von deren Durchführung sich die amtlichen Stellen die Erfüllung der Wirtschaftspläne versprechen:

- 1) Die einzelnen Arbeitsprozesse sind zu überprüfen, ob bei den einzelnen Arbeitsgängen durch Verbesserungen Material eingespart werden kann.
- 2) Die Betriebe sind gehalten, die Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel bestmöglich auszunutzen.
- 3) Zur Verringerung des Leerlaufes der Produktionsmittel gehört die Herabsetzung der Reparaturzeiten.
- 4) Die Massenorganisationen werden aufgefordert, sich in diese Aktion einzuschalten. Es wird erwartet, daß Arbeiter und Intelligenz durch Verbesserungsvorschläge Anteil nehmen.
- 5) In Zukunft darf keine Planposition ohne Verbrauchsnorm aufgestellt werden. Alle Betriebe haben daher Verbrauchsnormen zu ermitteln.
- 6) Ab sofort ist die Typisierung und Normung der wichtigsten industriellen Erzeugnisse und Versorgungsgüter unter dem Gesichtswinkel der Materialeinsparung zu verstärken.
- 7) Der Materialvorrat der Betriebe ist so zu bemessen, daß der Materialverbrauch für das dritte Quartal gesichert ist.
- 8) Es ist systematisch zu untersuchen, inwieweit Engpaßmaterialien durch Austauschstoffe ersetzt werden können.
- 9) Innerhalb der volkseigenen Industrie ist ein Erfahrungsaustausch über die Ergebnisse der versuchten Materialeinsparungen zu organisieren.
- 10) Es ist zur beschleunigten Erfüllung des Zweijahresplanes eine Umsetzung der in den Betrieben nutzlos lagernden Vorräte gegen dringend für Produktion und Investition benötigte Materialien notwendig.

Wirtschaftsrevue vom 17. Juni 49

Förderung des Handwerks. Der Förderung der Initiative des Handwerks diert eine Anordnung der DWK. Danach sind die Betriebe des produzierenden Handwerks, soweit sie Verträge mit volkseigenen und SAG-Betrieben über die Zulieferung von Halbfabrikaten und dergleichen abgeschlossen haben, in die Kontingente dieser volkseigenen bzw. SAG-Betriebe mit eingeschlossen. Sie werden von dort mit den benötigten Materialien beliefert. Handwerksbetriebe, die nicht als Zulieferer für die volkseigene Industrie arbeiten, schließen im Rahmen der für die Produktion der privaten Betriebe vorgesehenen Kontrollziffern des Volkswirtschaftsplanes Verträge mit den volkseigenen Handelsorganisationen, den landwirtschaftlichen und Konsumentenvereinen und den Maschinenausleihstationen ab. Wenn ein geeigneter volkseigener bzw. genossenschaftlicher Vertragspartner nicht vorhanden ist, sollen die Verträge mit den staatlichen Vertragskontoren abgeschlossen werden. Zur Durchführung von Reparaturarbeiten werden von der Landesregierung, Hauptabteilung Materialversorgung, oder von ihren nachgeordneten Dienststellen in den Kreisen Kontingente bereitgestellt. Die gleichen Abteilungen sollen auch die Brennstoff- und Energiezuweisung durchführen.

Neues Deutschland vom 12. Juni 1949

Projektierungs- und Konstruktionsbüro der Kohlenindustrie. Das Sekretariat der DWK hat den Beschluß gefaßt, zur Durchführung der technischen Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten für die zonal gelenkten Betriebe des Kohlenbergbaues in unserer Zone ein Projektierungs- und Konstruktionsbüro der Kohlenindustrie mit dem Sitz in Berlin zu gründen. Dieses Büro wird aus Mitteln der Braunkohlen- und Steinkohlenverwaltung finanziert und dem Leiter der Hauptverwaltung Kohle der DWK unterstellt sein.

Neues Dtschld. v. 10. Juni 49

RESTRICTED

23/6/49

No. 159

Auszüge aus Presseberichten

=====

Ostzonenpolitiker zum Pariser Ergebnis. Bei den Politikern der Ostzone kommt allgemein die Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Vorschläge der SU über die politische und wirtschaftliche Einheit sich nicht durchsetzen konnten. Wilhelm PIECK drückte die Hoffnung aus, daß auf der nächsten Viermächteverhandlung der deutsche Friedensvertrag zustande komme. Sein Stellvertreter, Otto Grotewohl, zog seine Schlußfolgerungen unter dem Blickwinkel der "nationalen Front". Die Bereitschaft der vier Großmächte, deutsche Fachleute und Organisationen zu den Besprechungen hinzuzuziehen, beweise die Notwendigkeit, die Bestrebungen des Volkskongresses zur Bildung der "nationalen Front" fortzusetzen.

Nach Ansicht Professor Dr. Hermann Kastners kann sich jetzt niemand mehr der Zusammenarbeit entziehen. Die deutschen Stellen sollten unter sich das "Vorbild der Einigkeit" geben, und die Möglichkeiten zur Verständigung nutzen.

Die Tatsache, daß das New Yorker Abkommen in Kraft bleibe und also die Blockade nicht mehr verhängt werde, sei der einzig positive Punkt für Berlin, erklärte Oberbürgermeister REUTER. "Der Kampf um Berlin geht nicht zu Ende, bevor nicht die Gesamtauseinandersetzung um Deutschland beendet sein wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die in dem Kommuniqué erwähnten deutschen Sachverständigen das Ei des Kolumbus finden werden, wenn die Besatzungsmächte es nicht können."

Die Neue Ztg. vom 23. Juni 1949

Liefermöglichkeiten der Ostzone. Nach den Pariser Abmachungen wird man sich verstärkt um ein Interzonenabkommen bemühen. Doch die Schwierigkeiten sind groß. Im Westen ist die Bewirtschaftung fast völlig aufgehoben, es herrscht kein Preiszwang mehr und ausgenommen wenige Gebiete kann jeder Fabrikant oder Kaufmann kaufen und verkaufen, was und wie er will. In Mitteldeutschland dagegen herrscht ein Produktions-Verteilungs- und Kreditplan, der Preisstop besteht weiter, und es muß sich in den Gesamtplan einfügen, was die Zentralverwaltung für die volkseigenen Betriebe oder die restliche Privatwirtschaft einkauft. Die DWK verlangt deshalb Warenlisten und Kontingente für das, was sie abgibt, und für das, was sie erhält. Dazu kommt, daß die Ostmark für den Westen Devisen und nicht gerade eine sehr harte geworden ist. Die DWK will naturgemäß die Einfuhr vieler Waren, die zwar sehr knapp sind, deren Einfuhr sie aber stark belasten würde, vermeiden. Sie wünscht nur zu kaufen, woran sie Interesse hat, also vornehmlich Stahlerzeugnisse, Kohlen, elektrotechnische und andere maschinelle Ausrüstungen, die helfen könnten, den Zweijahresplan zu erfüllen. - Wenn die Jahre des Aufbaus in der SBZ die Grundlage für einen umfangreichen Warenaustausch sein sollten, so stellt sich jetzt heraus, daß es mit der Lieferfähigkeit hapert. Orlopp, der Leiter der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel, kann nur etwa 10 % der Waren anbieten, die für die Ostzonen Interesse haben. Demgegenüber besteht in der SBZ auf fast allen Gebieten ein Riesenwarenbedürfnis. Die Dringlichkeitsliste der DWK umfaßt Güter, die, wie immer betont wird, aus den Oststaaten leicht erhältlich sind. Das, was von dort geliefert wird, kommt offenbar immer noch hauptsächlich reparationslieferungen zugute. In der letzten Zeit hat der Druck auf die Ostmark zugenommen, was, abgesehen von dem Mangel an Vertrauen, ein Beweis dafür ist, daß der Ostmark zu wenig Ostware gegenübersteht.

Süddt. Ztg. vom 23. Juni 1949

Technisches Benzin. Als Folge der gesteigerten Produktionsleistung der Ostzone ist es jetzt möglich, technisches Benzin frei verkäuflich in den Handel zu bringen. Das technische Benzin trägt die Bezeichnung "Minol I b" und kann für industrielle Zwecke, zur Verdünnung von Farben und Lacken, zum Reinigen von Textilien und Rauchwaren und als sogenanntes Drogistenbenzin Verwendung finden. Als Treibstoff für Kraftwagen ist es wegen seiner schwersiedenden Bestandteile nicht geeignet.

Neues Deutschland vom 8. Juni 49

No. 160

Auszüge aus Presseberichten

=====

Richtlinien zur Aufnahme an den Unis der SBZ. Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung gab kürzlich für das Jahr 1949 Richtlinien heraus, die die Aufnahme von Studenten in den Universitäten und Hochschulen der SBZ regeln. Für die Zulassungsbewerber gelten als Nachweis einer anerkannten Vorbereitung zum akademischen Studium an einer Fakultät die Zeugnisse über bestandene Abgangsprüfungen an Oberschulen, Vorstudienabteilungen der Unis und staatlich anerkannten Fachschulen. Die Aufnahme in Spezialhochschulen - z.B. Kunsthochschulen - kann darüber hinaus von besonderer fachlicher Eignung abhängig gemacht werden.

Die Auswahl unter den fachlich geeigneten Bewerbern wird nach demokratischen Gesichtspunkten getroffen. In erster Linie werden Bewerber aus Arbeiter- und Bauernkreisen, anerkannte Opfer des Faschismus und Kinder derjenigen Intellektuellen berücksichtigt, die sich beim Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands besondere Verdienste erworben haben. Bevorzugt bei der Aufnahme werden alle anerkannten Aktivisten, die künftigen Nationalpreisträger und Lehrer und Ärzte, die nach der VO der DWK für ihre Leistungen öffentlich ausgezeichnet werden, und deren Kinder.

Tgl. Rundschau vom 29. Mai 49

Steuervergünstigungen. Angehörigen der Intelligenz, vor allem Techniker, Ingenieure, Ärzte usw., werden jetzt, auch wenn sie freiberuflich tätig sind, nach denselben Sätzen besteuert wie andere Werktätige, die nur von ihrer Arbeit, nicht von gewerblichem oder sonstigem Besitz leben. Die Besteuerung erfolgt nicht mehr nach dem Einkommensteuertarif für Veranlagte, sondern nach dem Lohnsteuertarif. Voraussetzung ist, daß nicht mehr als zwei technische Hilfskräfte beschäftigt werden. Eine wesentliche Erleichterung bedeutet auch die Anerkennung fester Pauschsätze für die Werbungskosten. - Die festangestellten Architekten, Ingenieure usw. wurden schon bisher nach dem Lohnsteuertarif veranlagt. Aber auch ihnen werden über die allgemeine Senkung der Steuersätze hinaus besondere Vergünstigungen gewährt, und zwar dadurch, daß Nebenverdienste nur sehr niedrig versteuert werden, nämlich mit 15 %, sofern der Nebenverdienst nicht mehr als die Hälfte der gesamten Einkünfte ausmacht. Bei Eigenheimen kommt noch die Vorschrift der Steuerverordnung zugute, daß der Mietwert des Eigenheims bei der Ermittlung des Einkommens außer Ansatz bleibt.

Neues Deutschland vom 9. Juni 1949

Der Abschluß von Einzelgeschäften im Interzonenhandel stößt bei der Finanzierungsfrage oft auf Hindernisse. Die Partner in der Ostzone vermögen in vielen Fällen Gegenlieferungen in verlangter Qualität und zu angemessenen Preisen nicht zu bieten, so daß die große Zahl der in den Westzonen ausgestellten Warenbegleitscheine vielfach nicht ausgenutzt werden können. Wenn die Zahl der Einzelgeschäfte, die in der ersten Dekade nach Aufhebung der Blockade einen Wert von 5 Mill. Westmark erreicht hatten, sich inzwischen auch noch erhöht haben dürfte, so ist diese Zunahme doch hinter dem erwarteten Umfang zurückgeblieben. Die Firmen in der Ostzone versuchen daher, sich durch Umtausch ihrer Ostmark in Westmark die erforderliche Valuta zur Barzahlung ihrer Einkäufe im Westen zu beschaffen, was in dem Rückgang des Ostmarkkurses in Berlin zum Ausdruck kommt.

Wirtschaftsrev. vom 24. Juni 49

Zur "Förderung und Entwicklung der Friedenswirtschaft des demokratischen Deutschland, zur Erforschung und Analyse der Wirtschaftslage in Deutschland und allen anderen Ländern und zur theoretischen Ausarbeitung einzelner wirtschaftlicher Probleme" wird laut Beschluß der DWK im Rahmen der "Deutschen Akademie der Wissenschaften" ein "Deutsches Wirtschaftsinstitut" in der SBZ gegründet. Das neue Institut soll zur allgemeinen Bekanntgabe seiner Arbeiten eine Zeitschrift sowie Sonderveröffentlichungen herausgeben. Außerdem soll es die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit interessierten Organisationen durch Gutachten und Spezialanalysen zur Verfügung stellen. Mit den Vorbereitungen wurde der stellvertretende Vorsitzende der DWK, Leuschner, beauftragt.

Wirtschaftsrevue vom 24. Juni 1949

RESTRICTED

DWA. Auf einer Versammlung der demokratischen Wirtschafts- und Aufbaugemeinschaft (DWA) in Fulda sind heftige Angriffe gegen alle Parteien gerichtet worden, da die Flüchtlinge, Ausgebotenen, Körpergeschädigten und sonstigen Kriegsgeschädigten von ihnen bisher übergegangen worden seien. Um dem Recht dieser Gruppen zum Durchbruch zu verhelfen, sei die DWA geschaffen worden. Prof. DEWALD (Darmstadt), einer der Mitbegründer, sagte, die Gemeinschaft hoffe, entsprechend dem Prozentsatz der Kriegsgeschädigten in den Westzonen zu achtzig Sitzen im künftigen Bundestag zu kommen. Man werde sich wandern, wie stark die Anhängerschaft dieser neuen Vereinigung sein werde. Um die Koalition mit der DWA werde man sich dann im Bundestag reißen. Allgem. Ztg. vom 18. Juni 1949

Jedermann-Programm. Um das Jedermann-Programm sei es still geworden, erklärte der Vorsitzende des trizonalen Gewerkschaftsrats, Dr. BOECKLER. Die Frankfurter Wirtschaftsstellen hätten das Jedermann-Programm zwar propagiert, aber innerlich abgelehnt, weil es nicht in die Linie der Frankfurter Wirtschaftspolitik passe. Da aber 45 v.H. der Bevölkerung heute höchstens 200 DM monatlich verdienen, seien sie nicht in der Lage, die notwendigsten Dinge zu beschaffen. Böckler bezeichnete es als widersinnig, bei den geringen deutschen Absatzmöglichkeiten im Ausland auch noch die Konsumkraft des Inlandsmarktes zu schwächen. Dies müsse unweigerlich zu Arbeitslosigkeit führen. Die Welt vom 18. Juni 1949

Vaterländische Union. Die kürzlich von der Mil. Reg. für den Stadtkreis München lizenzierte "Vaterländische Union" bereitet die Gründung weiterer Kreisverbände in Frankfurt, Bielefeld, Stuttgart, Hannover, Berlin, Bremen und Bremerhaven vor. Wegen der ungünstigen finanziellen Voraussetzungen wird sich die Partei jedoch an den bevorstehenden Bundestagswahlen nicht beteiligen. Eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage erhofft sie nach der Konstituierung einer Bundesregierung, da sie dann ohne Genehmigung der Mil. Reg. auf Landesbasis arbeiten könne. Stutt. Ztg. vom 18. Juni 1949

Parteitag der SPD. Auf dem westfälischen SPD-Parteitag forderte Dr. SCHUMACHER die Sozialisierung der Schwerindustrie im Ruhrgebiet, eine deutsche Verwaltung in der Ruhrbehörde und eine internationale Kontrolle der den deutschen Bedarf übersteigenden Ruhrproduktion. Er verlangte ferner einen deutschen Treuhänderrat für den Bergbau. Zur Frage der Reparationen und Demontagen erklärte Dr. Schumacher, es sei seltsam, daß gerade solche Werke demontiert würden, die für eine Sozialisierung in Frage kämen. Der Sinn des Marshall-Planes sei nicht die Ausbeutung einer europäischen Nation durch die andere, sondern die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Länder. Deutschland sei bereit zur Niedergutmachung, aber nicht durch Zerstörung seiner lebenswichtigen Industrien. Dr. Schumacher setzte sich dann mit der Wirtschaftspolitik Prof. Erhards auseinander. Ihr sei es zu verdanken, daß die Arbeitslosigkeit zunehme, daß sich das Volkseinkommen immer mehr vermindere und daß man jetzt das Volk auffordere zu sparen, damit die Industrie Geld bekomme. - Zum Verlauf der Pariser Außenministerkonferenz äußerte Dr. Schumacher die Vermutung, daß bei einem evtl. Übereinkommen im Interzonenhandel die Warenlieferungen Westdeutschlands nicht der Ostzone, sondern den Satellitenstaaten Rußlands zugutekommen würden. Er schlug vor, daß der Warenaustausch zwischen den Westzonen und der Ostzone erst dann wieder aufgenommen werde, wenn die persönliche und pol. Freiheit der Bevölkerung in der Ostzone gesichert sei. Allgem. Ztg. vom 20. Juni 1949

Rußlandheimkehrer. Der Bezirksverband Mittelfranken der Rußlandheimkehrer hat die bayerische Staatsregierung aufgefordert, den Rußlandheimkehrern die alten Arbeitsplätze zu sichern, ihnen zinslose Kredite zu gewähren und sie im Sofort-Programm des Lastenausgleichs zu berücksichtigen. Ferner wollen die Rußlandheimkehrer mit den pol. Verfolgten gleichgestellt werden und für jeden in der Gefangenschaft verbrachten Tag eine Entschädigung in Höhe von drei Mark. Stutt. Ztg. vom 18. Juni 1949

2116/49

No. 37

Presseberichte aus den Westzonen

Bundesministerien. Dr. PUENDER erklärte dieser Tage, die vom Rechnungshof neben der Bundeskanzlei vorgeschlagene Zahl von sieben Bundesministerien sei zu gering. Zwar sollten die einzelnen Ministerien so klein wie möglich gehalten werden, jedoch würde eine zu kleine Anzahl von Ministerien eine Sparsamkeit am falschen Platz bedeuten. Dadurch würde nur die Schaffung von Ministern ohne Geschäftsbereich begünstigt werden, was ein organisatorischer Fehler wäre. Minister ohne Geschäftsbereich würden die Ursache unerfreulicher Kompetenzüberschneidungen bilden.

Der Rechnungshof hatte neben dem Bundeskanzler einen Innenminister sowie je einen Minister für Justiz, Wirtschaft, Arbeit, Finanzen, einen Minister für Post und Verkehr sowie einen für Ernährung und Landwirtschaft vorgeschlagen.

Dr. Pünder bezeichnete die Schaffung von mindestens neun Ministerien neben der Bundeskanzlei für erforderlich. Er empfahl, statt des einen Ministeriums für Post und Verkehr zwei getrennte Ministerien für Post und Eisenbahn sowie ein zwischenstaatliches Ministerium, das nicht nur für Fragen des Außenhandels, sondern auch für alle Probleme des Wiederaufbaues, der Demontage, der Reparationen sowie für Flüchtlingsfragen zuständig sein solle. Völlig unzweckmäßig sei die Schaffung von Bundes-Sonderministerien für Wiederaufbau oder Flüchtlingsfragen. Gerade die Probleme des sozialen Wohnungsbaues und der Flüchtlinge, die während der nächsten Jahre gelöst werden müßten, griffen in die Zuständigkeiten aller Ministerien hinein. Sonderministerien würden die Arbeiten nur verzögern. Er schlage vielmehr vor, beim Innenministerium eine Koordinierungsstelle für Wiederaufbau und Flüchtlingsfragen einzurichten. Das schließe jedoch nicht aus, daß er etwa in Schleswig-Holstein die Bildung eines Landes-Flüchtlings-Ministeriums für erforderlich halte. Der Bundeskanzlei solle eine Pressestelle und eine Bundeszentrale für Heimatdienst angegliedert werden, die in periodischem Abstand in einer Zeitschrift in aufgelockerter Form wichtige Probleme des pol. Geschehens der Öffentlichkeit nahezubringen habe.

Dr. Pünder sprach sich erneut für eine Zweiteilung der künftigen Bundesexekutive in Ministerien und Oberbehörden aus. Nach dem Grundsatz echter Demokratie und Selbstverwaltung müsse alles das in einer unteren Instanz erledigt werden, was dort billiger, schneller und gut geschehen könne. Die Trennung der Verwaltungen müsse selbstverständlich so weit unten wie möglich erfolgen. Es wäre grober Unfug, wenn die Minister mit nur einem kleinen Stab von den Verwaltungsbehörden getrennt untergebracht würden.

Allgem. Ztg. vom 21. Juni 1949

Bayernpartei. Auf der zweiten Landesversammlung der Bayernpartei legte Dr. BAUMGARTNER die Fundamente der Bayernpartei dar, als die er die volle Wiederherstellung der Hoheitsrechte Bayerns und den Föderalismus als Grundlage der europäischen Neuordnung bezeichnete. Er kündigte an, die Bayernpartei werde als Sammelpartei aller Volksschichten in Bayern für die Föderation Europas eintreten und den Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus marxistischer Prägung führen. Aus dem Gedanken des Föderalismus folge zwangsläufig, daß seine Partei gegen den Separatismus und eine Autarkie Bayerns eingestellt, weder bayerisch noch preußisch sei, sondern der Zeit im wahren Sinne weit vorausseile. Im Hinblick auf die Bedrohung des christlichen Abendlandes aus dem Osten, müsse Bayern bereit sein, an den westeuropäischen Bund so viele Souveränitätsrechte bereitwillig abzutreten, als die gemeinsame Sicherheit es erfordere. Zur Wirtschaftspolitik führte er aus, daß die Bayern-Partei eine freie Wettbewerbsordnung mit freier Preisbildung erstrebe, wobei der Staat nur den großen Rahmen bestimmen sollte.

Bemerkenswert waren in der Rede Dr. Baumgartners die Bemühungen, die Stimmen der Mitläufer und kleinen Pg's zu gewinnen. Es wurde getordert, mit der Entnazifizierung Schluß zu machen und den Mitläufern das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren.

Die Neue Ztg. vom 21. Juni 1949

22/6/49

No. 38

Presseberichte aus den Westzonen

Deutsche Block. Die Abgabe von ungültigen Stimmzetteln aus Protest gegen die jetzigen unerhörten Zustände forderte auf einer Kundgebung des Deutschen Blocks der Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Karl MEISSNER für die Bundestagswahlen als Parole seiner Partei. Im Verlauf seiner Rede, die von den Zuhörern beifällig aufgenommen wurde, setzte sich Meißner vor allem mit der Entnazifizierung auseinander und bezeichnete sie zusammen mit der Entmilitarisierung als "die dunkelste Epoche der deutschen Geschichte". Im übrigen wolle das deutsche Volk keine Spione und Landesverräter als Politiker, die sich während des Krieges meistens im Ausland aufhielten. Auf der Tagung, an der etwa 60 oberfränkische Delegierte im Alter von 18 - 30 Jahren teilnahmen, bedauerte Richard ETZEL, daß heute die Menschen mit Dreck beworfen werden, die für ein einheitliches Deutschland eintreten. Der Deutsche Block lehne die Kriegsdienstverweigerung ab, da es die Pflicht eines jeden Staatsbürgers sei, seine Heimat zu verteidigen. "Wer das nicht will, soll Staatenloser werden". Da die Deutschen statt zu warten, lieber angreifen möchten, kündigte der Redner für die Zukunft den Marsch in die Freiheit eines neuen und gleichberechtigten Deutschland an und forderte den Zusammenschluß zu einem deutschen Block der Herzen. Der erste Konferenztag endete mit einer halb-militärischen Gedenkfeier.

Städt. Ztg. vom 21. Juni 1949

Europäische Partei. Deutsche Politiker und Publizisten haben in Frankfurt eine Aktionsgruppe zur Vorbereitung einer europäischen Partei in Deutschland gegründet. Die neue Partei soll zunächst in Frankreich und Deutschlands ins Leben gerufen werden. Die Aktionsgruppe ist der Ansicht, daß das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa nur durch die unmittelbare politische Aktion verwirklicht werden kann.

SAZ vom 18. Juni 1949

Unabhängige Deutsche. Am 22. Juni findet in Bad Godesberg eine Zusammenkunft der in Bildung begriffenen "Gemeinschaft unabhängiger Deutscher" statt. Als Urheber und Organisator des Unternehmens wird Joachim von OSTAU bezeichnet, der seit Kriegsende durch eine Reihe von gescheiterten Versuchen bekanntgeworden ist, eine "Nationale Opposition" zu organisieren. Unter den ca. 40 eingeladenen Persönlichkeiten, deren Teilnahme jedoch noch nicht feststeht, werden Dr. Schacht, Gen. Leutnant a.D. von Dittmar, Gen. Major Hemer, Prinz zu Löwenstein, Geistlicher Rat Göbel usw. genannt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1) Aufstellung unabhängiger Kandidaten für die kommenden Bundeswahlen; 2) Klärung der organisatorischen Voraussetzungen; 3) Klärung der finanziellen Voraussetzungen; 4) Benennung der Kandidaten; 5) Aufsetzung des gemeinsamen Wahlauf Rufes; 6) Art und Durchführung der Propaganda; 7) Bildung eines Aktionsausschusses; 8) Festlegung der Richtlinien für die Zukunft.

Gen. Oberst a.D. Guderian soll eine Teilnahme an der Godesberger Tagung abgelehnt haben und sich auch dagegen ausgesprochen haben, ehemalige Generale kandidieren zu lassen und in die politischen Auseinandersetzungen hineinzustellen.

Die Welt vom 21. Juni 1949

Dr. SCHUMACHER erklärte zum Ergebnis der Außenministerkonferenz:

Jetzt ist der SU Gelegenheit gegeben zu zeigen, ob sie es ernst meint mit einer Friedensregelung für Deutschland. Wesentlich ist, daß die vier Großmächte für die Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland verantwortlich sind. Jedoch muß vermieden werden, daß Westdeutschland das Ostzonenregime als legal anerkennt. Aus diesem Grunde ist hervorzuheben, daß die Westmächte in Paris dem sowjetischen Druck für die Schaffung gesamtdeutscher Organe nicht nachgegeben haben, in denen das gegenwärtige Regime der Ostzone als gleichberechtigter Partner vertreten gewesen war.

Allgem. Ztg. vom 22. Juni 1949

23/6/49

No. 39

Presseberichte aus den Westzonen

KP. Die KP von Rheinland-Pfalz hat dieser Tage ihren dritten Parteitag abgehalten. Dieser stand unter dem Zeichen der Bildung einer "nationalen Front als Gegengewicht zum Atlantik-Pakt und den Kolonisationsbestrebungen der Westmächte". Zu Beginn der Tagung wurde den streikenden Arbeitern in Nordrhein-Westfalen die Sympathie bekundet, weil sie sich gegen eine weitere Demontage industrieller Friedensanlagen wendeten. Der Landesvorsitzende NIEBERCALL erklärte, nur die SU sei die Vertreterin deutscher Interessen in Paris. Es sei die Pflicht des deutschen Volkes, im Falle eines neuen Krieges den Kampf auf der Seite der SU zu führen.

Allgem. Ztg. vom 20. Juni 1949

Flüchtlingsproblem. Am Wochenende fanden sich in Ländshut die Flüchtlingsvertrauensleute der SPD aus ganz Bayern zusammen. Der stellv. Landesvorsitzende Richard REITZNER forderte auf einer Kundgebung den Rücktritt des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen, der nur mehr eine "ohnmächtige Regierungsfigur" und der Blitzableiter für den Unmut der Flüchtlinge sei. Reitzner appellierte an die Weltöffentlichkeit und verlangte die Eingliederung der Flüchtlinge in den Marshall-Plan als eigene Nation, die bei internationalen Hilfen eigens behandelt werden müsse.

Süddt. Ztg. vom 21. Juni 1949

Interzonenhandel. Die in Kürze zu erwartenden Besprechungen zu einer endgültigen Neuregelung des Interzonenhandels müssen nach Ansicht der Frankfurter Handelskammer und der hessischen Wirtschaftsverbände sich auf ein Minimum der behördlichen Kontrolle beschränken und hierbei folgende wichtige Vorschläge der obigen Gremien verwirklichen: Der Interzonenhandel zwischen der Ost- und den Westzonen bleibt grundsätzlich Binnenhandel.

Die Einfuhr aus der Ostzone nach den Westzonen bedarf keiner behördlichen Genehmigung der Westzonen.

Die von den Ausführern selbst auszustellenden Warenbegleitscheine bedürfen in den Westzonen nur insoweit einer behördlichen Genehmigung, als es sich um bewirtschaftete Waren handelt oder um Lieferungen, die einen bestimmten Höchstbetrag je Lieferfirma und -monat übersteigen. Die behördliche Genehmigung derartiger Lieferungen nach der Ostzone würde am besten durch die Fachstellen der Verwaltung für Wirtschaft vorgenommen werden. Die derzeitigen Genehmigungsbehörden der einzelnen landeswirtschaftsministerien könnten wegfallen.

Für die Ausfuhr von in den Westzonen bewirtschafteten Waren werden der Ostzone globale Einkaufskontingente für Warengruppen zusammengefaßt gegeben werden, nach Maßgabe der hier verfügbaren Produktion unter Berücksichtigung der eigenen Verhältnisse.

Die Zahlung erfolgt auf der Grundlage der 19. Durchführungsverordnung zum Postungsgesetz und der entsprechenden Bestimmungen der Ostzone. Es kann daher sowohl in D-Mark-West, als auch in D-Mark-Ost gerechnet und gezahlt werden.

Die Einrichtung von zentralen Verrechnungskonten in D-Mark-West oder D-Mark-Ost sowie die Festsetzung eines Wertverhältnisses zwischen beiden Währungen erübrigt sich daher.

Allgem. Ztg. vom 18. Juni 1949

Parteifreie Bürgerschaft. Verschiedene überparteiliche Wählergruppen, die zum Teil bei den letzten Stadtratswahlen einen beachtlichen Erfolg erzielen konnten, haben sich in München auf Veranlassung von Dr. Keller, dem Gründer der "Unparteilichen Wählergruppe", zu einer "Parteifreien Bürgerschaft" zusammengeschlossen und bei der Mil.Reg. die Zulassung auf Landesbasis beantragt. Die neue Organisation will alle politisch interessierten Personen, die mit dem jetzigen Parteiensystem nicht zufrieden sind, gewinnen und sich bemühen, neue demokratische Formen zu suchen. Man werde sich vor allem auch an die Studenten wenden. Die "Parteifreie Bürgerschaft" will sich nach ihrer Lizenzierung mit eigenen Kandidaten auf Landesliste an den Bundestagswahlen beteiligen.

Süddt. Ztg. vom 23. Juni 1949

RESTRICTED

24/6/49

No. 40

Presseberichte aus den Westzonen

Gemeinschaft unabhängiger Deutschen. Am 22. fand in Bad Godesberg die Tagung der "Gemeinschaft unabhängiger Deutschen" unter Vorsitz des aus den Nürnberger Prozessen bekanntgewordenen Rechtsanwalts Dr. Rudolf DIX statt. Es wurde ein "Aufruf an alle Deutschen" erlassen, mit dessen Hilfe die Teilnehmer der Versammlung als unabhängige Kandidaten für die Bundeswahlen kandidieren wollen. Die Teilnehmer wollen ihren Aufruf an die drei Mil.Gouv. der Westzonen und an die Min. Präsidenten senden. Der Aufruf ist unterzeichnet von Dr. Dix, Dr. Hugo Eckener, Dr. Schulz-Wittuhn, Joachim von Ostau und einigen anderen. In dem Aufruf heißt es, daß dem Recht der freien Willensentscheidung bei den Wahlen zum Bundestag der Egoismus der lizenzierten Parteien gegenüberstehe. Das Wahlgesetz werde dazu benutzt, zu verhindern, daß vom Volk Männer gewählt werden würden, die durch persönliche Fähigkeit und Haltung geeignet seien, eine Wende des deutschen Schicksals herbeizuführen. Die Parteien hätten es nicht vermocht, das deutsche Volk mit einseitlichem Willen zu beseelen, sondern vielmehr die deutsche Einheit zerstört. Der Aufruf nennt dann in 11 Punkten, was das deutsche Volk wolle: "Einigung, Unabhängigkeit von Staats- und Konfessionszugehörigkeit in einem wiederhergestellten deutschen Reich in den historischen Grenzen, die uns nach den Grundsätzen des Menschen- und Völkerrechts zustehen"; Recht und Achtung, auf die das deutsche Volk in der Gemeinschaft der Nationen Anspruch habe, dürften ihm nicht länger vor-enthalten werden; Solidarität aller Schichten mit dem Ziele einer neuen gerechten Lebensordnung; gesetzlich festgelegte Selbsthilfe der Berufsgruppen; Gewinnbeteiligung der breiten Massen an der Produktion; äußerste Sparsamkeit in der öffentlichen Finanzgebarung; Einlösung staatlicher Verpflichtungen zur Zahlung von Versorgungsbezüge für alle Berechtigten; sofortige Beendigung der Entnazifizierung; Entgiftung der kommunalen Arbeit durch Beseitigung der Parteipolitik aus dem Gemeinwesen und schließlich Bekenntnis zu seiner Geschichte und den Schutz der Ehre aller, die pflichtgemäß für ihr Vaterland eingetreten sind.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Joachim von Ostau, Gen.Major Remer habe sich bereit erklärt, den Aufruf zu unterzeichnen, wenn neben ihm ein bekannter Angehöriger der ehemaligen deutschen Widerstandsbewegung ebenfalls unterschreibe.

Allgem. Ztg. vom 24. Juni 1949

Reichspolitik. "Von des Reiches Erneuerung" handelte ein Vortrag von Dr. Hubertus Prinz zu LOEWENSTEIN, der vor kurzem von einem 10-jährigen Aufenthalt in Amerika zurückgekehrt ist. Nach einer scharfen Kritik sowohl an der gegenwärtigen deutschen Innenpolitik wie auch an der Politik der Alliierten gegenüber Deutschland, stellte er die Forderung nach einer "demokratischen souveränen Reichspolitik". Die Wiedereinführung des Reichswappens der Hohenstaufen, den einköpfigen Goldadler auf schwarzem Grund, verlangte Prinz zu Loewenstein als Symbol des von ihm geforderten "christlichen Ständestaates".

Die Neue Ztg. vom 23. Juni 1949

Deutsche Notgemeinschaft. Der "Deutschen Notgemeinschaft" ist mit sofortiger Wirkung von der Mil. Reg. die Lizenz entzogen worden, weil der Vorsitzende Dr. Zierler erklärt hatte, die Notgemeinschaft betrachte sich als Partei auf Landesbasis. Die Mil.Reg. erklärte, sie behalte sich nach wie vor das Recht vor, politische Gruppen zu lizenzieren, bevor sie sich auf Landesbasis ausbreiteten.

Allgem. Ztg. vom 24. Juni 1949

RESTRICTED

No. 147

Auszüge aus Presseberichten

Ostzonen-Wirt 1949. Auf einer Vollsitzung der DWK wurde der Haushaltsplan der Länder und der Zonenverwaltungen für das Haushaltsjahr 1949 (vom 1. April bis 31. Dez. 1949) behandelt. Der stellvertretende Vorsitzende der DWK, Prof. KASTNER, erklärte, der Geldumlauf in der Zone sei auf 4,112 Milliarden DM vermindert worden. Es sei eine Übergangserscheinung, daß das umlaufende Geld noch nicht in das richtige Verhältnis zu dem auf Bank- und Sparkonten angelegten gebracht werden konnte. Alle Bemühungen der Finanzpolitik in der Ostzone seien auf dieses Ziel abgestellt. Die Steuernovelle habe eine Senkung der Steuereinnahmen bewirkt, die ohne Vorbild in der deutschen Geschichte sei. Als besonderer Erfolg in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten müsse bezeichnet werden, daß man auf Steuereinnahmen von 500 Millionen bis eine Milliarde DM habe verzichten können. Im Haushalt für das Jahr 1948 wurden nach Angaben Kastners 13,254 Millionen DM eingenommen und 12,890 Millionen DM ausgegeben. Der überplanmäßige Einnahmeüberschuß habe eine Rücklage von 364 Millionen DM ermöglicht. Im Haushaltsplan für 1949 sind Einnahmen von 11,985 Millionen und Ausgaben von 10,810 Millionen DM vorgesehen. Darin, daß die Einnahmen 1,175 Millionen DM höher angesetzt sind als die Ausgaben, dokumentiere sich, so sagte Dr. Kastner, die weitere Stabilisierung der Wirtschaft in der Ostzone. Sie sei zugleich ein Beweis für die Stabilität der Mark der Deutschen Notenbank. Insbesondere beruhe der neue Haushaltsplan auf einer bedeutenden Erhöhung der Einkünfte aus der Wirtschaft. Die Steuerreform werde eine Senkung der Steuerleistungen der Bevölkerung um über 30 % ermöglichen. Die volkseigenen Betriebe, einschließlich der volkseigenen Verkehrs-, Post- und Fernmeldebetriebe, sollen an den Zonenhaushalt rund 1,25 Mill. DM in Form von Gewinnen, Körperschafts- und sonstigen Steuern abführen. Der neue Haushaltsplan unterscheide sich nach seiner gesamten Struktur wesentlich von der früheren Finanzgebarung. Der Geldbegriff habe einen neuen Sinn und Inhalt bekommen. Für die Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft in der Zone sei von besonderer Bedeutung, daß ihr Haushaltsplan nicht von der Bestätigung der zuständigen Besatzungsmacht abhängt.

Wirtschaftsrevue vom 3. Juni 1949

Interzonenhandel. Die Verhandlungen über den Interzonenhandel zwischen der Verwaltung für Wirtschaft und der DWK standen naturgemäß im Schatten der Pariser Außenministerkonferenz. Während die Vertreter der Bizone eine provisorische Regelung des Zahlungsverkehrs anstrebten und im übrigen für eine endgültige Lösung das Ergebnis der Pariser Besprechungen abwarten wollten, bestanden ihre Verhandlungspartner darauf, ohne Rücksicht auf den Ausgang in Paris schnellstens zu einem Abschluß zu kommen, der auf der Basis des revidierten Berliner Abkommens erfolgen soll. Damit war aber das Problem der beiden Währungen, dessen Klärung ja die Voraussetzung für jeden Interzonenhandel ist, nicht gelöst. Die VW schlug vor, zur Überwindung der Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr bei der Bank Deutscher Länder ein Konto der Deutschen Notenbank zu errichten, über das sämtliche Zahlungen im Interzonenhandel in DM-West zu leiten seien, während die DWK sowohl bei der Bank Deutscher Länder als auch bei der Deutschen Notenbank die Errichtung derartiger Konten verlangte. Die Fakturierung soll dabei in D-Mark erfolgen, ohne Unterscheidung von Ost- und West-D-Mark. Da eine solche Regelung einer Anerkennung der Parität von Ost- und Westmark gleichkäme, war man wieder auf dem toten Punkt angelangt. Man will zwar die vorbereitenden Arbeiten für ein Interzonenabkommen fortsetzen und auch im Juni die Warenlisten abstimmen - im Grunde bleibt es jedoch dabei, daß sich der Warenverkehr mit der Ostzone weiterhin unter den Richtlinien abspielt, die vor der Blockade bestanden haben. Zahlungen bzw. Gegenleistungen für Lieferungen und Bezüge sind danach ausschließlich eine Angelegenheit der Kaufleute im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, die ihre Verträge mit den Kontrahenten in der Ostzone nach freiem Ermessen abschließen können. Einen Rückfall in den Tauschhandel will man dabei von seiten der VW unter den gegebenen Umständen möglichst wenig Steine in den Weg legen.

Wirtschafts- und Finanz-Ztg. vom 3. Juni 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

7/6/49

No. 148

Auszüge aus Presseberichten

Eisler. Auf einer Pressekonferenz des Zentralsekretariats der SED erklärte EISLER, er werde so bald wie möglich in die SED eintreten. Bisher habe er in Deutschland noch kein direktes Aufgabengebiet. Wenn es ihm irgend möglich sei, werde er seiner Verpflichtung als Professor an der Universität Leipzig nachkommen. Er werde in der Ostzone dafür sorgen, daß alle Agenten des amerikanischen Imperialismus und alle Nationalsozialisten eingesperrt würden. Er beabsichtige nicht, die Gefängnisse und Konzentrationslager in der Ostzone zu besuchen, da er sich in Bezug auf ihre Verhältnisse auf die Berichte der Ostzonenpolitiker verlasse. Wie weiter gemeldet wird, erklärte EISLER, daß die katholische Kirche und "einige Wirtschaftsführer in den USA" einen Krieg mit der SU heraufbeschwören wollten, obwohl der größte Teil der amerikanischen Bevölkerung gegen einen neuen Krieg sei. Zu den Kriegshetzern in den USA zählt Eisler außerdem noch "die leitenden Bürokraten" der amerikanischen Gewerkschaften, die aus Polen und der GSR kommenden Einwanderer sowie Deutsch-Amerikaner.

Allgem. Ztg. vom 5. Juni 1949

Et. Knopfindustrie. Der Schwerpunkt dieses Industriezweiges liegt in der Ostzone. Rund 70 % der einschlägigen Fabriken haben dort und in Großberlin ihren Sitz. Vor dem Kriege war in Berlin eine größere Knopfindustrie ansässig, die durch Demontagen fast restlos vernichtet wurde. In den Berliner Ost- und Westsektoren sind jetzt noch 20 kleinere Knopffabriken, die durchschnittlich 20 - 25 Leute beschäftigen, tätig und Knöpfe aus Kunstmasse und Holz fertigen. Die Zentren der Knopfindustrie in der SBZ befinden sich in Thüringen und Sachsen. Die thüringische Stadt Schmölln hatte eine Schlüsselstellung in der Knopfindustrie inne. 15 Betriebe mit etwa 2 000 Leuten stellten die bekannten Steinruß-, Büffelhorn-, Kunstharz- und Kunsthornknöpfe her. Bereits im Kriege mußte sich dieser Industriezweig infolge Materialmangels auf Holzknopfproduktion umstellen. Kotouche wird verarbeitet. Auch Igelit-Knöpfe werden in Schmölln gefertigt. In erhöhtem Umfange sind nach dem Kriege in der Ostzone Glasknöpfe hergestellt worden, die hauptsächlich in Lauscha und von Gablitzer Umsiedlern im Raume von Arnstadt und Gotha gemacht werden. Am Kyffhäuser, in Bad Frankenhausen, Melora und Berga ist eine Spezialindustrie für Perlmuttknöpfe heimisch, die auf eine hundertjährige Tradition zurückblicken kann. Über 60 Betriebe mit 1 500 Arbeitern produzierten bis 1939 monatlich ca. 15 000 Perlmutterknöpfe aller Größen. Nach dem Kriege stellten die Fabriken aus Plexiglas, das aus alten Wehrmachtbeständen stammte, Knöpfe her. Nach Aufarbeitung dieser Posten produzierten die Unternehmer Knöpfe aus Igelit und teilweise auch aus Dezilith, einer Igelit ähnlichen Masse, die die Zelluloid-Werke in Eilenburg in Sa. liefern. Die Trokas-Knopffabrik GmbH in Bad Frankenhausen, ein Spezialwerk für "Trokasknöpfe", ist nach dem Kriege, da die aus dem Ausland notwendigen Rohstoffe nicht erhältlich sind, zur Fabrikation von Holzknöpfen übergegangen. Augenblicklich werden im Kyffhäusergebiet in kleinen Mengen wieder Perlmuttknöpfe, die aus alten Festlagerbeständen stammen, für Reparations- und Exportzwecke gemacht. Die Produktion dieser Warengattung beträgt etwa 10 % des Vorkriegsstandes. Die thür. Knopfindustrie in Schmölln und Bad Frankenhausen hat große Reparationsverpflichtungen. Dezilith-, Kunstharz- und Kunsthornknöpfe konnten die thüringer Fabriken während der westlichen Gegenblockade nicht erzeugen, da die Rohstoffzufuhren aus Westdeutschland unterbunden waren. Facharbeitermangel, das Fehlen von Ersatzteilen für Drehoänke und Fräsmaschinen, sowie ungenügendes Verpackungsmaterial und Rohstoffschwierigkeiten haben sich sehr hemmend ausgewirkt und vielfach zu Fabrikationsstockungen in der Knopfindustrie geführt. In Sachsen ist die Knopfindustrie in Plauen und Umgegend ansässig. Vulkanknöpfe-, Metall-, Zwirn- und Stoffknöpfe werden dort gemacht. Da die für diese Knopfsorten notwendigen Metallteile aus dem Westen aus Stolberg im Harz und dem Ruhrgebiet bezogen wurden, lag dieser Wirtschaftszweig während der Blockade fast brach.

Trotzdem im Osten die Stoppreise von 1944 eingehalten werden müssen, wird die Ostzone infolge ihrer augenblicklich minderwertigen Warengattungen im künftigen Interzonengeschäft keine Chancen haben.

Wirtschaftsrevue vom 3. Juni 1949

P/6/49

No. 149

Auszüge aus Presseberichten

Reparationschiffe. Für die Ausrüstung der Fischdampfer, die von ost-deutschen Häfen auf Reparationskonto an die SU geliefert werden müssen, haben die "Abnehmerkommissionen" neue "Ausstattungsrichtlinien" erlassen. Die Kojen für die Besatzung müssen mit holzhaarmatratzen und doppelt gefederten Unterlagen versehen sein. Je Schlafdecke werden je ein Schlafanzug und je ein Paar Filzpantoffeln verlangt. Die Abnehmerkommission hat erklärt, diese Dinge seien kein Komfort, sondern gehörten seit der Revolution zu den "üblichen Ansprüchen" der Sowjetfischer. Die Vorschriften bestimmen weiter, daß die Schreibtische der Offizierskabinen mit roter und blauer Tinte sowie einem Füllfedernhalter ausgerüstet sein müßten.

Hauptträger dieser Reparationslieferungen ist die sogen. Ernst-Thälmann-Werft in Brandenburg-Pavel, die augenblicklich mit einem Auftrag von über 250 Fischdampfern beschäftigt ist. Nach Ansicht unterrichteter Kreise erlaubt die Bauweise der Fischkutter ohne große Umbauten auch den militärischen Einsatz.

Allgem. Ztg. vom 7. Juni 1949

Aktionsgemeinschaft der Jugend. Die zweite von der in Braunschweig gegründeten "Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland" veranstaltete gesamtdeutsche Jugendkonferenz schloß mit einer Absage an parteipolitische Vorurteile und Intolleranz. In einem Bekenntnis forderte die Tagung die sofortige Zulassung aller demokratischen Parteien und Organisationen in allen vier Besatzungszonen, den Abzug der Besatzungstruppen, Wahlen zur Bildung einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Versammlung, eine gesamtdeutsche provisorische Verwaltung und einen Friedensvertrag. Die Aktionsgemeinschaft verurteilt jeder Petze gegen eine Zone.

Neue Volks-Ztg. vom 3. Juni 1949

Die Fahlberg-List AG in Magdeburg, die seit Herbst 1946 der Untergruppe Organa, der Vereinigung Chemie volkseigener Betriebe Sachsen-Anhalts angeschlossen ist, hat große Produktionsschwierigkeiten zu überwinden und erfordert hohe Subventionen. Das Werk, das vor dem Kriege 1 500 Leute beschäftigte, ist die größte Süßstofffabrik Europas und stellt außerdem Schwefelsäure, Superphosphat, Schädlingsbekämpfungsmittel, Saatbeizen, Quecksilberverbindungen, Sublimat und Chloramin her. Auf Befehl der SMA mußte das Unternehmen 1946 die Herstellung eines Neosalvarsanpräparates aufnehmen. Die Nachkriegsleitung hat sich zur Arsaminol-Herstellung durch das Versprechen der Nichtdemontage bereitgefunden. Trotz Investierung von über 2 Millionen Mark konnten bisher nur ganz geringe Mengen Arsaminol erzeugt werden. Das nicht demontrierte Unternehmen erlitt auch im Kriege nur geringfügige Schäden. Es beschäftigt jetzt rund 1 000 Arbeiter. Nach Aufhebung der Blockade wollen die Werke wieder 20 Tonnen Saccharin pro Monat herstellen. Große Zuschüsse erfordert die Schwefelsäureproduktion. Auch Fahlberg-List kann zur Kunstdüngererzeugung die vorhandenen Anlagen höchstens zu 10 Prozent ausnutzen. Die Pflanzenschutzmittelfabrikation ist ebenfalls auf 25 % des Standes von 1939 herabgesunken.

Allgem. Ztg. vom 7. Juni 1949

Wieder Dringlichkeitsbescheinigungen. Bei Interzonenreisenden, die über die bayerischen Grenzübergänge in die SBZ reisen, verlangen die sowjetischen Behörden jetzt wieder Dringlichkeitsbescheinigungen der zuständigen deutschen Behörden in der SBZ. Die Grenzpolizei ist der Ansicht, daß sich die Zustände immer mehr zuspitzen und sich bald in nichts von denen der Blockadezeit unterscheiden werden.

Städt. Ztg. vom 7. Juni 1949

Verschärfung der Grenzkontrollen. Um den Strom der Ostzonenbewohner, die nach Berlin kommen, ihr Ostgeld in Westgeld eintauschen und Einkäufe tätigen, zu bannen, sind die Kontrollen der Volkspolizei an den Grenzen der Westsektoren zur sowjetischen Zone verschärft worden. Sämtliche Gepäckstücke, auch kleinste Pakete, werden von der Volkspolizei durchsucht. Alles, was in West-Berlin gekauft werde, so erklärte die Volkspolizei, sei Schieberware, da es mit Schiebermark - gemeint ist die Westmark - bezahlt worden sei.

Allgem. Ztg. vom 8. Juni 1949

RESTRICTED

3/6/43

No. 106

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Leipzig: Der deutsche Antifaschist Gerhard EISLER ist heute in Leipzig eingetroffen. "Ich bin froh, wieder in meiner Heimatstadt zu sein. Nachdem Oberbürgermeister Opitz ihn willkommen geheißen hatte, nahm Eisler selbst das Wort und gelobte, alle Energie und seine ganzen Kenntnisse zur Förderung der Studentenschaft einzusetzen. - Die Reaktion sei nicht so stark, wie sie sich gebärde. -

Das Parlament der Deutschen Jugend bereitete Eisler einen begeisterten Empfang. Als er von Jugendlichen in den Konferenzsaal getragen wurde, erhoben sich alle Delegierten spontan von den Plätzen und brachten in minutenlangen Ovationen ihre Freude über seine Anwesenheit zum Ausdruck. Eisler war sichtlich bewegt über den Empfang. Er sagte: Ich bin überaus glücklich, hier unter euch zu weilen. Ich gelobe auch, meine ganze Kraft für die Einheit Deutschlands einzusetzen und der Heimat so zu helfen, wie ihr es bereits seit drei Jahren tut. Es sprach dann ein Abgeordneter des Komsomol. Er sagte, daß mit jedem Tag die Kräfte der demokratischen Weltjugend stärker werden würden. Auf das Verhältnis des Komsomol zur FDJ eingehend erklärte er, daß die FDJ in der sowjetischen Jugend stets einen treuen Verbündeten finden werde. Er schloß mit den Worten: Es lebe die Freundschaft der deutschen Jugend mit der sowjetischen Jugend.

"Nur in enger Zusammenarbeit mit der SU und den Volksdemokratien kann der sozialistische Aufbau ermöglicht werden", erklärte dieser Tage ZILLIACUS. Er ging sodann auf die entscheidende Rolle der Gewerkschaften der Volksdemokratien ein. Die Polnische Regierung sei fest davon überzeugt, daß die Gewerkschaften auf den Aufbau einer glücklichen Zukunft Polens einen entscheidenden Einfluß haben werde. Ein russ. Sprecher erklärte, daß die sowjetischen Gewerkschaften die Friedenspolitik ihrer Regierung mit allen Kräften unterstützten.

Berlin: Die bewirtschaftete Obstversorgung wird laut Anordnung der DFK ab 1. Juni aufgehoben und gleichzeitig der freie Verkauf von Obst gestattet.

Zwickau: Die FDJ des Kreises Zwickau hat beschlossen, den Zweijahresplan bereits in 20 Monaten zu erfüllen.

Berlin: Die Tgl. Rundschau nimmt heute zum bisherigen Verlauf der Außenministerkonferenz Stellung und schreibt, daß die Westmächte nicht nur gegen die Einheit, sondern auch gegen den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland seien.

Frankfurt a.O.: 2278 Heimkehrer trafen aus der SU im Lager Gronenfelde ein.

Hannover: Die Strafkammer des Landgerichts Hannover hat das wegen Verleumdung des Wirtschaftsabgeordneten Friedemann angeklagte Vorstandsmitglied der kommunistischen Partei der Westzonen Müller in allen Punkten der Anklage freigesprochen. Müller hatte Friedemann als Gestapo-Spitzel bezeichnet.

Auszüge aus dem Kommentar von Prof. Rudzislowski:

Seit 10 Tagen erhalte ich regelmäßig die ausführlichen Berichte über die Beratungen der vier Außenminister. Wie es sich gehört, versuche ich, mir die Gedankengänge beider Seiten klar zu machen. Dabei bin ich zu der Auffassung gelangt, daß die Vertreter Frankreichs und Englands zuversichtlich sind, stets den amerik. Standpunkt zu vertreten. Wenn man nun fragt, was die drei bisher an neuen Gesichtspunkten beigetragen haben, so läßt sich die Antwort in einem einzigen Wort zusammenfassen: garnichts. Denn in Westdeutschland soll alles so bleiben, wie es ist, und die Ostzone wird eingeladen mitzumachen. Nun, nach 1 1/2 Jahren Pause müßte der westlichen Diplomaten doch irgendwas eingefallen sein. Vielleicht kommt es noch. Aber die ersten zehn Tage machen wenig Hoffnung. Als Wyschinski die Akten auf den Tisch legte und die Rückkehr zur Viermächtekontrolle und die Gründung eines deutschen Staatsrates vorschlug, da glaubten die drei westl. Außenmin. einen Propagandadreh befunden zu haben. Das Wort Kontrolle müsse doch eigentlich in Deutschland unbeliebt sein und ein Staatsrat sei weniger als eine gesamtdeutsche Regierung. Aber Wyschinski war darauf vorbereitet und verwies auf das Bes. Statut, in dem die Westmächte weitgehende Kontrollrechte verankert haben. Da man zu keiner Einigung gelangte, ging man zum 2. Punkt der Tagesordnung über.

8/6/49

No. 107

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 7. Juni 1949

Die 14. Außenministerratssitzung betreffend die Lösung des deutschen Problems wurde heute abgehalten. Ein Teilnehmer erklärte, daß sich die Außenminister erneut mit der Berliner Frage beschäftigten. Es sei jedoch nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Man erwartet allgemein, daß Wyschinski morgen die Antwort seiner Regierung auf die amerikanischen Vorschläge unterbreiten wird.

Der Pariser Korrespondent einer russischen Zeitung namens Shukow erklärte dieser Tage: Millionen von Menschen verfolgen die Verhandlungen in Paris mit gespannter Aufmerksamkeit. Diese Menschen erwarten Entscheidungen, die eine Friedensregelung schaffen und zur Festigung des Weltfriedens beitragen. Diese Hoffnungen sind noch nicht in Erfüllung gegangen. Als Wyschinski klar und deutlich die Vorschläge seiner Regierung betreffend die Einheit Deutschlands zum Ausdruck gebracht hatte, sank bei den Verhandlungspartnern jedes Interesse an dieser Frage und sie versuchten, den Erörterungen aus dem Wege zu gehen. Jeder weiß, wer die Einigung wünscht und wer die Bestrebungen durchkreuzt. Die Frage kann nur günstig gelöst werden, wenn die Methode des Diktats aufgegeben wird. Shukow richtete an den Block die Mahnung, endlich zu begreifen, daß die Methode des Diktats der SU gegenüber keinen Erfolg habe.

Die Ausgabe der Einreisevisen für die Vertreter der demokratischen Presse ist bis heute von den Berliner Vertretern der Französischen Regierung ohne Angabe von Gründen verweigert worden. Wie verlautet, hat die franz. Reg. schon vor längerer Zeit die sofortige Erteilung der Einreisevisen an fünf Korrespondenten in Berlin zugesagt gehabt. Es ist umso merkwürdiger, als Korrespondenten westlich lizenzierter Berliner Blätter, z.B. Der Abend und Die Neue Zeitung, ohne Schwierigkeit nach Paris reisen konnten. Eine derartig einseitige Begünstigung stelle eine Verletzung des Grundsatzes der freien Meinung dar. Der Pressedienst der SED weist auf die Erklärung eines französischen Politikers hin, der kürzlich erklärt hatte, daß die Saarfrage geregelt sei. Es wird hierzu festgestellt, daß der französische Imperialismus eine Politik der kalten Annexion geübt habe. Das Saargebiet sei deutsch und könnte nicht ohne weiteres Frankreich angeschlossen werden. Das Beispiel der kalten Annexion zeige, wie dringlich der Kampf um die Einheit Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages sei.

Der sozialpolitische und der wirtschaftliche Ausschuß des Deutschen Volksrates hatten eine gemeinsame Sitzung. Ein Vertreter sprach über Leistungslöhne und Arbeitsproduktivität. Dem schloß sich eine lebhafte Diskussion hierüber an. Man unterstrich die Notwendigkeit, sofort technisch begründete Arbeitsnormen aufzustellen. Zugleich wurde ein neuer Beitrag für die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung geliefert.

Der Anteil der thüringischen Industrie am Außenhandel der SBZ ist ständig im Wachsen. Es konnten Wirtschaftsabschlüsse mit Norwegen, Schweden, Finnland, der Schweiz, den Beneluxländern usw. getätigt werden. Die Ausfuhr von Gebrauchsgüter- und Zierporzellanen stieg in den ersten Monaten dieses Jahres um 60 %, von Glaswaren aller Art um 100 %. Den Westberliner Eisenbahnern, die ihrer Arbeit nachgehen, schickt die IGO Drohbriefe, in denen Gewaltmaßnahmen angekündigt werden. Über 80 Betriebe und Verwaltungen in Weimar haben in Telegrammen an den Außenministerrat dagegen protestiert, daß es die Westmächte abgelehnt haben, die Delegation des deutschen Volkskongresses zu empfangen. Es wird erneut gebeten, die Delegation über die Meinung des deutschen Volkes betreffend die strittigen Fragen berichten zu lassen. Die geplanten Demontagen in Westdeutschland haben unter den Arbeitern heftige Proteste ausgelöst. In Nordrhein-Westfalen befürchtet man erhebliche Unruhen. Man sieht eine Absatzkrise voraus. Prof. NOELTING erklärte, die Kohle-Veredelungsindustrie erleide einen tödlichen Schlag.

965 ehemalige dt. Kriegsgefangene trafen heute im Heimkehrerlager Großenfelde ein. Vor dem Gefängnis, in dem Max Reimann untergeordnet ist, demonstrierten hunderte von Jugendlichen und forderten seine Freilassung.

RESTRICTED

3/6/49

No. 26

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Konferenz der vier Außenminister hatte auch gestern keine greifbaren Ergebnisse zu verzeichnen. Beide Teile waren an sich darüber einig, daß in Berlin ein alliierter Kontrollrat wieder errichtet werden müsse. Wyschinski erklärte jedoch, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden sollten. Mehrheitsbeschlüsse stellten eine Diktatur dar. Acheson erwiderte, daß vielmehr durch das Vetorecht eines Einzelnen eine Diktatur ausgeübt werden könnte.

Die Westberliner Eisenbahner stimmen heute in einer Urabstimmung über das Angebot der Ostzonenbahn ab, das ihnen die Zahlung von 60 % ihrer Bezüge in Westmark versichert. UGO rechnet damit, daß die Streikenden das Angebot ablehnen werden. Die Eisenbahngewerkschaften in den Westzonen haben beschlossen, die Streikenden zu unterstützen. In der Sitzung der West-Berliner Stadtverordneten hat Dr. SUHR den Streikenden die Sympathie des Stadtparlaments ausgesprochen. Dr. Suhr erklärte, der Streik sei zu einem Kampf um die Anerkennung freiheitlicher Gewerkschaften und die Freiheit überhaupt geworden. Die wirkliche Ursache des Streiks sei der feste Wille der Eisenbahner, die wichtigsten Verkehrsadern Berlins keiner fremden Macht auszuliefern. In Tübingen ist die Landesvereinigung Württemberg-Hohenzollern der Deutschen Union gegründet worden. Baron von STAUFFENBERG erklärte, die DU werde bei den Wahlen zum Bundestag keine Kandidaten aufstellen, da sie weder das Grundgesetz noch den Volkskongreß befürworte. Vielmehr trete sie für Wahlen in ganz Deutschland unter Kontrolle der UN ein. Die DU werde die Bildung des Südweststaates fördern. Er bezeichnete die Haltung Dr. Müllers als klug und vorbildlich in dieser Frage.

Die drei Westzonen Deutschlands werden am 21. Juni für den ausländischen Fremdenverkehr geöffnet. Deutsche Hotels und Gaststätten sowie deutsche Geschäfte werden zum Einkauf zur Verfügung stehen.

Die erste neue Partei nach der Veröffentlichung des Grundgesetzes soll morgen in Bonn gegründet werden. SCHOLZ ist bereits aus Berlin in Bonn eingetroffen. Er will eine unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands gründen.

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß Erhard bei den Bundeswahlen für die CDU kandidieren wird.

Der technische Ausschuß traf heute zusammen, um über den Stand der Bauarbeiten am Bundessitz und über weitere Planungen zu beraten.

Als erste Zeitung nach Aufhebung des Lizenzzwanges erschien die Süddeutsche Heimatzeitung. Verantwortlicher Herausgeber ist Willy REICHERT.

Gerhard Eisler ist gestern in Dresden eingetroffen und wird heute vor dem kommunistischen Jugendparlament in Leipzig sprechen.

Der Landtag von Württemberg-Baden hat heute zwei Mitglieder in den Verwaltungsrat des süddeutschen Rundfunks und fünf Mitglieder in den Rundfunkrat gewählt.

OLLENHAUER sprach zu Pressevertretern über das Wahlgesetz zum ersten Bundestag. Der Vorstand der SPD habe bereits erklärt, daß die Sozialdemokraten wohl den Parlamentarischen Rat, nicht aber die Ministerpräsidenten für berechtigt hielten, das Wahlgesetz zu ändern.

Heinz FRENZEL gab heute Auszüge aus Briefen wieder, die Angehörige des Demokratischen Frauenbundes in der Ostzone an Frauen in Westdeutschland gerichtet hatten. Das Frauensekretariat des Nordwürttembergischen Landesverbandes der CDU hatte sie ihm zugesandt und dazu Stellung genommen:

Seit geraumer Zeit versuchen Angehörige des DFB mit Frauen in Westdeutschland in Kontakt zu kommen, sich mit ihnen über die Einheit Deutschlands und andere Fragen zu unterhalten, welche die Frauen beiderseits und jenseits der Grenze bewegen. Dagegen wäre nichts zu sagen. Wenn man nun diese Briefe durchliest, dann zeigt es sich, daß auch sie nichts anderes sind als eine wohl vorbereitete Propagandamethode. Da heißt es z.B. "Ich suche nach jeder Möglichkeit, mit Frauen der Westzone in Verbindung zu kommen, und möchte Ihnen die Wahrheit schenken. Die Gerüchte, die über die Ostzone verbreitet werden, entsprechen nämlich nicht der Wahrheit. Wir bauen uns unser Leben in voller Freiheit auf und werden dabei von unserer Besatzungsmacht unterstützt." Ein anderer: "Die Monopolkapitalisten haben ein Interesse an der Spaltung Deutschlands. Wir führen einen Kampf gegen diese Mächtschergen und die SU an der Spitze und die Volksdemokratien unterstützen uns." Es braucht nicht betont zu werden, schreibt die Leiterin, daß wir Frauen der DDR und der GDR nicht als Feinde, sondern als Freunde und als Partner im Aufbau eines neuen, einheitlichen, demokratischen Deutschlands. Wir wollen aber eine Einheit nach demokratischer Freiheit.

5/16/49

No. 27

Presseauszüge aus den Westzonen

Ratstagung der ev. Kirchen. Unter dem Vorsitz des Berliner Bischofs D. DIEBELIUS hielt der Rat der Evangelischen Kirchen Deutschlands seine erste Ratstagung in Stuttgart ab. Diebelius erklärte zur Frage eines Konkordats der Evangelischen Kirchen mit der deutschen Bundesrepublik, nach seiner Auffassung bestehe der Vertrag mit dem ehemaligen preussischen Staat noch zu Recht, und die Kirche werde sich an dieses Abkommen halten. Die Frage sei nur, wer Rechtsnachfolger Preußens sei. Diebelius wandte sich nachdrücklich gegen die Nürnberger Prozesse, die er - mit Ausnahme des ersten Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher - "Akte rachender Vergeltung" nannte. "Ich bin grundsätzlich dagegen, politische Kämpfe durch eine Gerichtsverhandlung auszutragen", sagte er. Auch sei es unverständlich, daß noch vier Jahre nach Kriegsende ein General (von Manstein) vor Gericht gestellt werde. Den Urteilsspruch gegen den früheren Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk nannte Diebelius "einen der eklatantesten Fälle rücksichtsloser Fehlentscheidungen".

Städt. Ztg. vom 2. Juni 1949

Ostgrenze. "Die Ostvertriebenen sind im Interesse einer Befriedung Europas zu einer Grenzrevision im Osten bereit". Dies erklärte der Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Ostflüchtlinge, Geistlicher Rat COEBEL. Die Grenzrevision müsse unter dem Gesichtspunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker und im Zusammenwirken mit den heimatlos gewordenen Deutschen geschehen.

Coebel sagte weiter: "Wir erwarten, daß die provisorische Verwaltung der deutschen Ostgebiete durch die Polen beendet wird und die Länder jenseits der Oder-Neiße-Linie selbständige deutsche Länder in der Bundesrepublik Deutschland werden."

Die Welt vom 2. Juni 1949

Am Donnerstag konstituierte sich die "Vereinigung zur Förderung des Zusammenschlusses der württembergischen und badischen Länder", die aus dem "Aktionskomitee für den Südweststaat" hervorgegangen ist. Als erster Vorsitzender wurde der frühere Reichstagsabgeordnete FERNY vorgeschlagen.

Allgem. Ztg. vom 3. Juni 1949

Grundgesetz. Dr. BAUMGARTNER hat für die Fraktion der freien Parlamentarischen Vereinigung Klage beim bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Das Gericht soll die Wichtigkeit des Landtagsbeschlusses zur Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes für Bayern feststellen und die Unterschrift der Vertreter Bayerns unter das Grundgesetz für rechtungsgültig erklären.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung hatte der Landesausschuß der Bayernpartei bereits das Grundgesetz als "ein Geschöpf der Siewer, das Werk der Willfährigkeit der Weimarer Reichsversager-Parteien" bezeichnet, das den Beginn der Wiederherstellung Groß-Preußens bedeute. Die Beschränkung auf die politische Organisation nur eines Teiles des deutschen Raumes sei ein Akt des Separatismus. Durch die Einordnung praktisch unbegrenzter Sozialisierungsmöglichkeiten bereite die Verfassung einer kollektivistischen Diktatur den Weg.

Allgem. Ztg. vom 3. Juni 1949

Union der Ausgewiesenen. Die CSU wird in jedem Regierungsbezirk auch Flüchtlinge für die Wahlen zum Bundestag aufstellen, erklärte die Union der Ausgewiesenen. Wahlakommen mit unpolitischen Flüchtlingsorganisationen sind nicht getroffen worden. Die Uda vertritt den Standpunkt, daß "trotz der offensichtlichen Benachteiligung der Ausgewiesenen" durch das Wahlgesetz kein Wahlboykott erfolgen dürfe. Es müsse alles versucht werden, über die politischen Parteien entsprechenden Einfluß zu gewinnen. Auch hätten die Amerikaner für eine solche Haltung gewiß kein Verständnis. Sollten die Parteien jedoch nicht bereit sein, sich den berechtigten Wünschen der Ausgewiesenen zu öffnen, müsse mit einem "Linksruck" gerechnet werden. Dies bedeute aber nicht, daß die Flüchtlinge zu Kommunisten geworden seien. Die Uda begrüße im Gegensatz zur CSU das Bonner Grundgesetz und werde auch in Zukunft die bisherige Politik, sich aus allen persönlichen Parteistretigkeiten herauszuhalten, fortführen.

Städt. Ztg. vom 2. Juni 1949

RESTRICTED

7/6/49

No. 27

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Stuttgart vom 6. Juni 1949

Min. Präsident ALTMEIER hat mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Min. Präs. Arnold der 17. Juli für die Wahlen vorgeschlagen werde.

Der Zonenvorstand der CDU in der britischen Zone hat an die westdeutschen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem diese gebeten werden, den Wahltermin unter allen Umständen auf den 17. Juli festzulegen. Auf der Sitzung des Zonenrates erklärte Dr. ADENAUER, die Wahlen zum Bundesrat müßten so früh wie möglich abgehalten werden. Adenauer wies vor allem darauf hin, daß der Europäische Rat voraussichtlich spätestens Anfang September in Straßburg zusammen-treten werde, und daß es außerordentlich wünschenswert wäre, wenn eine vom ersten Bundestag autorisierte deutsche Delegation an dieser Sitzung des Europarates teilnehmen könnte.

Die Militärsouverneure haben den westdeutschen Konsultativrat, der den Außenministern für ihre Konferenz in Paris zur Verfügung stehen soll, in der vorgeschlagenen Zusammensetzung anerkannt. Dem Rat gehören an: Altmeier, Arnold, Kopf, Brauer, Dr. Adenauer, Pfeiffer, Ollenhauer, Prof. Schmid und Prof. Heuss. Berliner Vertreter sollen nur dann zur Teilnahme an Konsultativrat aufgefordert werden, wenn ein ausdrücklicher Wunsch der Außenministerkonferenz vorliegt.

Die elf westdeutschen Länderchefs werden am kommenden Freitag in Schlangenbad zusammentreten, um das Wahlgesetz zu verkünden. Gleichzeitig werden sie den Termin für die Bundeswahl festsetzen. Wie verlautet, soll das Wahlgesetz bis zur Zusammenkunft der Landeswahlleiter am 8. Juni in Schlangenbad nach den durch die Mil. Gouverneure in ihrem Schreiben an die Ministerpräsidenten geäußerten Wünschen nochmals redaktionell durch das Büro der Ministerpräsidenten überarbeitet werden. Die Landeswahlleiter haben dann die Aufgabe, die technischen Einzelheiten der Wahl zu regeln.

Der württembergisch-badische Min. Präs. Dr. MAIER erklärte, der Südweststaat sei nicht nur ein Instrument der Friedenswirtschaft, sondern auch eine Friedensürgschaft für Frankreich. Gelänge es, die alte Kurpfalz in dieses neue Staatsgebilde einzubeziehen, dann würde dieser südwestdeutsche Staat nur eine einzige Grenze zwischen dem deutschen und dem frz. Gebiet schaffen. Es gelte, einem gesunden Föderalismus, die Kleinstaaterei würde nur einen Rückschritt bedeuten. Der Sechser-Ausschuß zur Vorbereitung eines Staatsvertrages über den Länderzusammenschluß in Südwestdeutschland tritt nach Mitteilung Dr. Gebhard MUELLER's in dieser Woche zusammen. Südbaden setze einer raschen und abschließenden Durchführung der Verhandlungen keinen Widerstand mehr entgegen. Dr. Müller hält eine Volksabstimmung über den Zusammenschluß für zweckmäßig.

Am Pfingstsonntag fand in Überlingen eine Südweststaat-Konferenz der CDU über die besonderen Anliegen des Bodenseeraumes statt. Die Anwesenden nahmen eine Entschließung an, in der es heißt, man wolle nun die Verhandlungen zur Vereinigung der südwestdeutschen Länder auf der Basis völliger Gleichberechtigung aller Beteiligten vorwärts treiben, man erwarte die Ausarbeitung eines Staatsvertrages, der unablässig sei, und schließlich fordere man die baldige Abhaltung einer Volksabstimmung.

Sender Stuttgart vom 7. Juni 1949

Der Streik der West-Berliner Eisenbahner wird weiter fortgesetzt. Präsident Kreikemeyer hat ein erneutes Vermittlungsangebot Prof. Reuters bisher noch nicht beantwortet. Die Streikenden befürchten, daß die Eisenbahndirektion umfangreiche Personalveränderungen vornehmen wird. Sie verlangen daher ein Personaldezeret in West-Berlin. Die Zahl der Streikenden hat sich auf über 15 000 erhöht.

Der ev. Bischof von Berlin, Dr. DIBELIUS, sagte in einem Hirtenoriet, daß für die Kirche jetzt die Stunde zum Reden gekommen sei, nachdem eine deutsche Staatsgewalt sich wieder anbahne und die Verantwortung für das, was in Deutschland geschehe, auf deutsche Schultern gelegt werde. In den letzten Jahren hätten sich die dt. Kirchenleitungen zurückgehalten, weil das öffentliche Leben bislang unter der alleinigen Herrschaft und Verantwortung der Bes. Mächte gestanden habe. Es sei für die Kirche manchemal schwer gewesen zu schweigen, wenn Zehntausende von Männern und Frauen plötzlich verschwunden seien. Er nahm ferner gegen die Volkspolizei Stellung, in der die Besatzungsmächte wiedererstehen sei. Die Volkskongresswahlen seien nach nationalsozialistischem Muster vor sich gegangen.

RESTRICTED

7/6/49

No. 28

Presseberichte aus den Westzonen

=====

Bund ev. Demokraten. Delegierte aus allen Teilen Frankens haben sich zu einem "Bund evangelischer Demokraten" zusammengeschlossen mit dem Ziel, demokratisches Gedankengut in alle Schichten des Volkes zu tragen und im politischen Leben Bayerns die Belange des ev. Bevölkerungsanteiles entsprechend seinem zahlenmäßigen Gewicht zur Geltung zu bringen, um auf diese Weise ein Gegengewicht zu der katholischen Aktivität innerhalb der CSU zu schaffen. In Kreisen der Pdp, der alle führenden Gründungsmitglieder angehören, sieht man in dem Bund eine Möglichkeit der Opposition zum "Straubinger Kreis", dem evangelische Mitglieder der CSU angehören.
Süddt. Ztg. vom 4. Juni 1949

Gegen die "Verbürokratisierung". In einer Pressekonferenz der soeben für München lizenzierten "Vereinigung zum Schutz gegen Bürokratie und zur Wahrung der staatspolitischen Rechte" hat ihr Vorsitzender SCHREIER, der Pächter einer Münchener Großgaststätte, alle Volkskreise zum Beitritt aufgerufen. Gemeinsam mit 15 Gründungsmitgliedern wolle er jetzt den aktiven Kampf gegen die "Verbürokratisierung" der Behörden aufnehmen. Politisch wolle man sich völlig neutral halten. Der Monatsbeitrag der Organisation betrage eine Mark.
Allgem. Ztg. vom 4. Juni 1949

Unabhängige Arbeiterpartei. Der ehemalige Vorsitzende der Freien Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl-Heinz SCHOLZ, hat in Berlin mit Begeisterungsfreunden die Gründung der "Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands" beschlossen. Ein Zehnerausschuß soll die Lizenzierung für die Westzonen vorbereiten. Das Parteiprogramm lehnt sich stark an das der "Freien Kommunistischen Partei Deutschlands" an, die in Berlin von den Alliierten verboten worden war. Es stützt sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus unter besonderer Berücksichtigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und lehnt alle gegen die Interessen der deutschen Arbeiterschaft gerichteten Absichten ab. Die Partei will ferner sich für die Vergesellschaftung aller bedeutenden Produktionsmittel einsetzen.
Allgem. Ztg. vom 7. Juni 1949

Landesparteitag der SPD Bayerns. Auf dem Landesparteitag richtete Dr. SCHUMACHER scharfe Angriffe gegen die CDU/CSU. Er erklärte, sie sei dafür verantwortlich, daß viele soziale Fragen noch ungelöst seien. Ihre Wirtschaftspolitik kranke an Programmlosigkeit und an der Profitgier gewisser Kreise. Während die SPD in Deutschland und Österreich die Demokratie für Mitteleuropa gerettet habe, habe die CDU/CSU die Auseinandersetzungen aus Furcht vor dem Osten vermieden. Die Festigkeit der sozialdemokratischen Haltung habe auch plötzlich Verhandlungen in Paris ermöglicht, bei denen Deutschland nicht verraten zu werden brauche. Die Deutschen könnten die Demokratie nur dann nach dem Osten vortragen, wenn sie ihren Staat aus eigenem Willen gestalten und nicht von der Alliierten Gnade abhängen. Zur Frage des Elternrechts und des Konkordates sagte Dr. Sch., die SPD wünsche gute Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Die katholische Kirche habe aber ihren Anspruch auf das Elternrecht als unabdingbar aufgestellt, während die SPD kein Elternrecht wolle, sondern das Recht des Kindes auf eine Erziehung, die es lebensstüchtig mache. Bayern hätte eine bedeutsame Rolle in Deutschland und Europa spielen können, wenn die bayerischen Machthaber ihre Chance wahrgenommen hätten. Stattdessen sei durch das Kampfgeschrei der Oberbayern ein Anti-Bayerntum aufgekommen. "Ihr müßt Euch jetzt mit dem Kumpels an der Ruhr vereinigen im Protest gegen die sinnlosen Konkurrenz-Demontagen". Der Oberpräsident der Pfalz, BOWLER, erklärte, die pfälzischen Sozialdemokraten wollten nicht zurück nach Bayern, sie hätten sich für eine Anschluß an den Südweststaat entschlossen.
von KNOERIGEN wurde erneut zum Landesvorsitzenden der bay. SPD gewählt, Leitzner zu seinem Stellvertreter.
Allgem. Ztg. vom 7. Juni 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

P/6/43

No. 28

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 7. Juni 1949

Die Außenminister haben ihre Beratungen heute über die Berliner Frage in öffentlicher Sitzung fortgesetzt, nachdem die Geheimgespräche ergebnislos abgebrochen worden sind. Wenn keine Einigung erzielt werden sollte, nimmt man an, daß die Außenminister wahrscheinlich zum nächsten Punkt, dem Friedensvertrag mit Deutschland, übergehen werden.

Ein Sprecher der hessischen Staatskanzlei hat die Vorwürfe mehrerer Abgeordneter des Parlamentarischen Rates zurückgewiesen, die behauptet hatten, die Ministerpräsidenten hätten sich durch die Änderung des Bundeswahlgesetzes eines Verfassungsverstoßes schuldig gemacht. Die Ministerpräsidenten hätten die Änderung des Wahlgesetzes auf Wunsch der Militärgouverneure vorgenommen. Die Militärgouverneure hätten als zum Inkrafttreten des Besatzungstatuts und Bildung einer westdeutschen Regierung unbeschränkte Vollmachten, deutsche Gesetze zu ändern oder ändern zu lassen.

Ruth FISCHER, die Schwester Gerhard Eislers, die in London lebt, erklärte, mit ihrem Bruder sei ein weiterer russischer Agent auf das deutsche Volk losgelassen worden. Sie bezeichnete ihn als ein gehor-sames Werkzeug der russischen Geheimpolizei.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz FRENZEL: Pariser Vorbilanz.

Heute, zwei Wochen nach Beginn der Pariser Außenministerkonferenz, können kaum noch Zweifel darüber bestehen, daß diese Konferenz in ihren Hauptpunkten erfolglos sein wird. Die Beratungen über die Frage der deutschen Einheit haben nicht einmal die geringste Annäherung zwischen Ost und West gebracht. Auch bei der zweiten Frage ist kaum noch eine prinzipielle Einigung zu erwarten, und Punkt drei ist durch den Mißerfolg des Punktes eins praktisch gegenstandslos geworden. Damit kann die Konferenz im wesentlichen als gescheitert angesehen werden, selbst wenn es noch zu gewissen wirtschaftlichen Teilabkommen in der Berliner Frage kommen sollte. Damit ist die Spaltung Deutschlands in ein östliches und ein westliches Einflußgebiet zu einer kaum unabänderlichen Tatsache geworden. Was das für die Menschen in der Ostzone bedeutet, das fällt mir außerordentlich schwer zu sagen. - Es soll nicht untersucht werden, ob in Paris alles getan worden ist, um eine Einigung herbeizuführen. Vielleicht darf aber doch noch bemerkt werden, daß es in Paris darum zu keiner Einigung kommen kann, weil der Osten für Deutschland keine Staatsform zuläßt, die westliche Zeichen trägt, und umgekehrt. - Für westdeutschland ist der weitere Fortgang ziemlich klar; denn wer A sagt, muß auch B sagen. Die westdeutsche Bundesrepublik wird in der vorgesehenen Art gegründet werden müssen. Große Aufgaben mit vielen Fragezeichen stehen ihr bevor. Da ist zunächst die politische Selbständigkeit. Sie ist von der Entwicklung der internationalen Machtverhältnisse abhängig und wird nur Schritt für Schritt möglich sein. Eine wirtschaftliche Unabhängigkeit wird nur in der Theorie möglich sein. Die Wirtschaft Westdeutschlands lebt auf Pump. Das bedingt eine außerordentlich starke Abhängigkeit des Bundes vom Westen, und daß wirtschaftliche Abhängigkeit ein gewisses Maß an politischer Abhängigkeit mit sich bringt, ist ein offenes Geheimnis. Was die soziale Frage anbetrifft, so ist es noch nicht heraus, ob es mit den bisher angewandten Methoden weiter gehen kann. Die bürgerlichen Kreise werden sich einmal vor Augen halten müssen, daß nicht nur die Flieger- und Heimatgeschädigten den Krieg allein verloren haben. Auch die Sicherungen der Arbeitnehmer, die unverschuldet in soziale Not geraten, müssen unbedingt verbessert werden. Hoffen wir, daß das alles gelingt. Sonst wird es in Westdeutschland noch lange mit der Demokratie dauern. Bis jetzt sind wir jedenfalls von allem noch sehr weit entfernt.

Sender Stuttgart vom 8. Juni 1949

In den Berliner Wechselstuben ist in letzter Zeit fast nur noch Ostmark angeboten worden. Der Kurs ist daher gesunken und steht 5 : 1. Das entspricht einer Parität von 20 Westmark.

RESTRICTED

8/6/49

No. 29

Presseberichte aus den Westzonen

Sammlung zur Tat. Die "Europäische Volksbewegung - Sammlung zur Tat" hat auf ihrer ersten Deutschlandtagung zu Pfingsten in Worms die Gesamtheit der Bonner Beschlüsse abgelehnt. Sie erwartet von ihren Anhängern bei der Wahl zum Bundestag, daß sie ungültige Stimmen abgeben, falls die Aufstellung von Kandidaten der Opposition verhindert werden sollte. Im Programm der Bewegung wird erklärt, daß sie keine Partei sein, sondern die Parteien zu gemeinsamer Aktion zusammenführen wolle. Sie steht den unabhängigen Kommunisten der Westzonen nicht ablehnend gegenüber und erklärt sich zu einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Union bereit. In Kürze beabsichtigt sie, ein eigenes Organ herauszubringen, das den Titel "Die freie Aussprache" tragen soll.

Allgem. Ztg. vom 8. Juni 1949

Notgemeinschaft ausgewiesener Betriebe. In Frankfurt wurde die Notgemeinschaft der aus der Heimat vertriebenen gewerblichen Wirtschaft gegründet. Ihr gehören alle in den Westzonen bestehenden Vereinigungen der Ausgewiesenen aus Industrie, Handel und Handwerk an. Die Notgemeinschaft wird die in ihr zusammengeschlossenen etwa 20 000 Betriebe in allen grundsätzlichen Fragen vertreten.

Süddt. Ztg. vom 4. Juni 1949

Demontagen. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat zu den Demontagen des Ruhrgebietes Stellung genommen. Wirtschaftsminister NOELTING gab im Namen der Landesregierung eine Erklärung über die technischen und wirtschaftlichen Folgen der Demontagen ab und sagte, das Washingtoner Abkommen habe der Industrie des Ruhrgebietes einen tödlichen Schlag zugefügt. Er vermöge dem Argument des Abkommens, das besage, daß diese Anlagen aus Gründen der Sicherheit entfernt werden müßten, nicht zu folgen. Die Benzinherstellung nach dem Fischer-Tropsch- und dem Bergius-Verfahren sei für das Kriegspotential nie bedeutend gewesen. Sie sei vielmehr wichtiger für die chemische Industrie, Rohstoffe für Friedenszwecke zu liefern. Es sei gesagt worden, daß man diese Stoffe nach Deutschland aus dem Ausland einführen solle, aber Deutschland habe nicht einmal Devisen genug, um sich zu ernähren. Die Kohlenveredelungsindustrie biete den notwendigen Ausgleich für den Konjunkturausfall im Kohlenbergbau. - Wenn man die Buna-Erzeugung verbiete, könne man auch die Herstellung von Farbstoffen verbieten, mit denen sich Uniformen färben ließen. Ebenso müßte aber auch die Herstellung von Arzneimitteln untersagt werden, da sie ebenfalls für Kriegszwecke verwendet werden könnten. Durch das Washingtoner Abkommen sei der deutschen Industrie die weitere Entwicklung ihrer Produktion auf den Gebieten verboten worden, auf denen Deutschland anerkannte Leistungen vollbracht habe. Niemand wolle die Antarkie-Ideale des Nationalsozialismus wieder aufwärmen, aber die deutsche Industrie brauche die Bewegungsfreiheit, die zur Selbsterhaltung notwendig sei. "Ich setze meine Karte nicht auf ein schmerzloses Hinscheiden dieser Anlagen, jedoch auf ihre Erhaltung, denn ich lasse mir den Glauben nicht nehmen, daß in der Welt und vor allem in den Vereinigten Staaten die wirtschaftliche Vernunft auf dem Vormarsch ist."

In der anschließenden Diskussion erklärte Dr. ADENAUER, weder in der Politik noch im wirtschaftlichen Leben gebe es endgültige Entscheidungen. Deshalb dürfe man sich in Deutschland mit den bisherigen Entscheidungen über die Demontage auf keinen Fall zufrieden geben. Niemand habe gegen die Demontage von Kriegsindustrien etwas einzuwenden gehabt. Diese seien ja auch vorgenommen worden. Alle anderen Demontagen seien aber mit der Politik, welche die Westalliierten heute in Deutschland befolgen, nicht mehr vereinbar. Es komme ihm so vor, als ob immer noch Leute tätig seien, die 1945 in Deutschland angesetzt worden seien, um das wirtschaftliche Potential Deutschlands zu dezimieren.

Allgem. Ztg. vom 8. Juni 1949

RESTRICTED

No. 150

Auszüge aus Presseberichten

Westberlins Wirtschaft nach der Blockade. Bei Blockadeende beschäftigten die 450 West-Berliner Elektrowerke noch rund 59 000 Arbeiter. Die Großbetriebe - wie Siemens, AEG usw. - konnten auch während der Blockade ihren Facharbeiterstamm halten. Schwieriger war die Lage der Mittel- und Kleinbetriebe, die teilweise zu Entlassungen und Kurzarbeiten gezwungen waren. Die Unternehmen haben in den vergangenen Monaten ihre vorsorglich angelegten Rohstoffvorräte stark beansprucht müssen. Der entstandene Substanzverlust muß zunächst aufgeholt werden. Die Elektroindustrie Berlins hat ihren Schwerpunkt in den Westsektoren und ist ein Machtfaktor, von dessen gedeihlichem Bestehen nicht nur das Wirtschaftsleben Berlins abhängt. Die derzeitige Situation wird von der durch die Blockade entstandenen angespannten Finanzlage aller Unternehmen überschattet. Die Gründe hierfür sind, daß viele Klein- und Mittelbetriebe fast ausschließlich auf Geschäftsverbindungen mit der Ostzone eingestellt waren. Geschäftsanknüpfungen mit Westdeutschland stießen auf den Widerstand der dort nach Kriegsende zwangsläufig herangewachsenen Konkurrenz. Der Westen bevorzugte Gegenfabrikate, die billiger zu haben und keine umständlichen Transportwege erforderten. Die Blockadehilfe, die erst ab 1. April d.J. einsetzte, kam zu spät. - Zur wirtschaftlichen Gesundung sind in 1. Linie langfristige und ausreichende Kredite notwendig. Auch die Rückführung nach Westdeutschland verlagelter Maschinen und Geräte ist unerlässlich. Die verloren gegangenen Absatzmärkte müssen zurückgewonnen, das Exportgeschäft muß in großem Umfang ausgebaut werden. Die Sicherung der Rohstoffbasis ist erstes Gebot. Bei Wiederaufbau des Ostgeschäftes müssen klare Richtlinien zwecks der Preisgestaltung gegeben sein. Der Zahlungsmodus ist eine maßgebende Frage. - Eine Frage bleibt noch, wie sich eine evtl. Konkurrenz der Ostzone auf den West-Berliner Markt gerade für die Klein- und Mittelbetriebe und die Radioindustrie bei dem Kursstand zwischen Ost- und Westmark auswirken wird. Die Großfirmen mit ihren Spezialprodukten werden hiervon weniger betroffen, da sowohl West- wie Ostdeutschland ihre Waren gebrauchen.

Allgem. Ztg. vom 8. Juni 49

Ost-Universitäten. An den Hochschulen der SBZ sollen "Konzile" gebildet werden, die die Aufgabe haben, die demokratische Neugestaltung der Universitäten zu überwachen. Nach den vom Präsidenten der ostzonalen Verwaltung für Volksbildung, WANDEL, erlassenen neuen Bestimmungen sollen die "Konzile" auch die Beziehungen der Hochschulen zur Öffentlichkeit regeln. - Außerdem wird bestimmt, daß an jeder Hochschule der SBZ ein "Studentenrat" ernannt werden soll, der mit Unterstützung der an den Hochschulen zugelassenen "demokratischen Organisationen" die "Fürsorge" und das Sozialwesen für die Studenten zu übernehmen hat.

Die Zeit vom 8. Juni 1949

Textilindustrie. Zu denjenigen Industriezweigen der SBZ, deren gegenwärtige Lage auch eine volle Wiederherstellung des Interzonenhandels nicht beheben kann, gehört in erster Linie die Textilindustrie. Seit Ende des vorigen Jahres hat sich die Beschäftigungslage außerordentlich verschlechtert, was sich vor allem in dem erschreckenden Ausmaß der Kurzarbeit zeigt. - Die Textilindustrie ist momentan fast ausschließlich auf die eigene Erzeugung an Spinnstoffen angewiesen, die in keiner Weise ausreicht. An natürlichen Spinnstoffen fallen auf den kleinen besetzten Flachs nur etwa 2 000 t Rohwolle im Jahr an. Die eigene Erzeugung an Kunstfasern zu steigern. 1948 wurden annähernd 42 000 t Zellwolle erzeugt, an Kunstseide waren 4 000 (1947) und 5 800 t 1948 produziert. Augenblicklich ist die Ausdehnung der Produktion infolge der unzureichenden Versorgung mit Chemikalien, vor allem mit Schwefelsäure und Ätznatron, behindert. Eine bei der gegenwärtigen Rohstoffklemme zwar quantitativ ins Gewicht fallende, qualitativ aber nur begrenzt verwendbare Quelle sind die Reißspinnstoffe, deren "Erfassung" forciert wird. Überhaupt führt der Mangel an hochwertigen Naturspinnstoffen dazu, daß ein großer Teil der gegenwärtigen Textilproduktion der Qualität nach unbefriedigend ist. Die gesamte Baumwollindustrie läuft gegenwärtig ausschließlich auf Zellwolle.

Wirtschafts-Ztg. vom 11. Juni 49

RESTRICTED

No. 151

Auszüge aus Presseberichten

10/6/49

Haushaltsplan der SBZ. Mit dem 1. April 49 hat ein neuer Abschnitt in der dt. Finanzwirtschaft begonnen. Die SBZ hat zum 1. Mal einen Gesamtetat vorgelegt, und zwar in Übereinstimmung mit dem Kalenderjahr, also für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dez. 1949. Das zweite Charakteristikum für diesen Haushaltsplan ist die Verquickung der eigentlichen finanzpolitischen Aufgaben mit den Wirtschaftsplanen und der staatsrechtlichen Wirtschaft; schließlich ist noch von Bedeutung, daß die Länderhaushalte künftig keine selbständigen Voranschläge mehr sind, sondern Teile der gesamten Finanzplanung, und daß sie auffallenderweise von der DWK bestätigt wurden. - Zwei Gesichtspunkte verdienen besondere Beachtung, einmal die Frage nach der Rentabilität und dem Kapitalbedarf der volkseigenen Betriebe, zum anderen die Position "Reparationen", für die erstmalig ein feststehender Betrag von 1,03 Milliarden DM genannt wird. In Kommentaren wird auf die Neuartigkeit des Haushaltschemas ausdrücklich hingewiesen und betont, daß durch den Übergang des größten Teiles der Wirtschaft in die Hände des Volkes auch ein völliger Strukturwechsel in der Finanzwirtschaft bedingt sei. Die Erträge der Betriebe kämen künftig den Werktätigen in Form von Steuerermäßigungen zugute.

Die in den kombinierten Länder-, Kreis- und Gemeindehaushalten für das neue Rechnungsjahr ausgewiesenen Steuereinnahmen betragen 5,734 Milliarden DM. Verglichen mit den Vorjahrsergebnissen ist pro Kopf der Bevölkerung der Betrag gleich geblieben nur mit dem Unterschied, daß in dem vorliegenden Steuervoranschlag nicht nur Steuern, sondern auch Einnahmen aus den "Freien Läden" enthalten sind. Keine Steuereinnahmen sind nicht vermerkt worden. Es wurde nur bekannt gegeben, daß durch die neue Steuerreform rund 530 Mill. DM Mindererträge sein werden, während für private Kapitalgesellschaften und andere Steuerpflichtige die Einkommensteuern wesentlich erhöht wurden. Die im Voranschlag vorgesehenen Steuererträge von 5,73 Mrd. DM werden also unter Umständen wesentlich niedriger sein, zumal da auch die darin eingeschlossenen Erträge der "Freien Läden" bei weiterer Verminderung der Kaufkraft nicht realisierbar sein werden.

Die Länder, Kreise und Gemeinden bestreiten von ihren gesamten Einnahmen in Höhe von 7,33 Mrd. nur 3,69 Mrd. Ausgaben. Der Überschuss ist an die Finanzverwaltung der Zone abzuführen. - Der rechnerische Haushaltsüberschuß für die gesamte Zone unter Fortlassung der Industrie- und Kommunalwirtschaft beträgt 2,76 Mrd.; von diesem Betrag läßt das Defizit der volkseigenen Wirtschaft in Höhe von 0,55 Mrd. zu decken, so daß ein Überschuss von 2,15 Mrd. verbleibt. Die Verwaltungskosten erscheinen sehr hoch. Für die Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel werden allein 400 Mill. ausgeworfen, so daß zu vermuten ist, daß darin Stützungsbeträge für Exporte und Aufwendungen für Reparationslieferungen enthalten sind.

Die Ausweise lassen nicht erkennen, daß die einzelnen Hauptverwaltungen, denen die Vereinigungen volkseigener Betriebe unterstehen, nachhafte Gewinne gebracht haben. Im großen und ganzen kann man aber wohl sagen, daß die vorgesehenen Ausgaben bei weitem die Einnahmen übersteigen, auch wenn die in Höhe von 421 Mill. ausgewiesenen Investitionen unberücksichtigt bleiben würden. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild der kombinierten Bilanz für die volkseigenen Betriebe:

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
(in Millionen DM)			
A. Zonenbetriebe			
<u>Metallurgie</u>	-	216,15	- 216,16
Masch. Bau u. Elektrotechn.	49,62	89,15	- 39,48
Kohle	58,90	161,21	- 102,31
Energie	75,54	7,65	+ 67,89
Chemie	76,83	40,45	+ 35,88
Leichtindustrie	179,86	3,46	+ 176,40
Steine und Erden	6,90	14,14	- 4,76
Materialversorgung	-	301,12	- 301,43
	745,55	824,10	- 374,45
B. Regionale Betriebe			
	252,5	424,1	- 172,2
Reparationen	702,15	1 248,0	- 546,75
		1 032,1	- 1033,3
		Verlust	1 580,05

Die volkseigenen Betriebe sind also entgegen allen Versicherungen nicht in der Lage, sich selbst zu tragen, geschweige denn den öffentlichen Haushalt zu entlasten.

Wirtschafts-Ztg. vom 8. Juni 49

1-16/49

No. 152

Auszüge aus Presseberichten

Pt. Techniker nach Fernost? Wie der "Sozialdemokrat" meldet, wird gegenwärtig von der Sowjetregierung die Verpflichtung deutscher Ingenieure und Techniker aus der SBZ nach dem Fernen Osten geplant. Ferner will das Blatt erfahren haben, daß ehemalige deutsche Offiziere als Instruktoren bei den kommunistischen Streitkräften in China eingesetzt sind.

SAZ vom 13. Juni 1949

Handelsabkommen Polen - Ostzone. Zwischen Polen und der Ostzone ist ein Handelsabkommen abgeschlossen worden, nach dem Polen Maschinen und industrielle Anlagen im Werte von 30 Mill. Dollar von der SBZ erhalten wird. Das Abkommen hat eine Laufzeit von einem Jahr.

Die Welt vom 11. Juni 1949

Kurzfristige Kredite in der SBZ. Erst kürzlich hat die DWK eingehende Bestimmungen über die Eigenart und Sicherung kurzfristiger Kredite in der SBZ erlassen. Die Grenzen, die damit den kurzfristigen Kreditgeschäften in der Ostzone gezogen worden sind, haben zweifellos die Grundlage für die jetzt von der Deutschen Notenbank angeordnete Aufstellung und Ausführung von Plänen für die Gewährung kurzfristiger Kredite gebildet. Nach der Anweisung der Deutschen Notenbank haben die Zentral-Kreditinstitute, also die Landeskreditbanken, die Sparkassenverbände und die Landesgenossenschaftsbanken vierteljährlich an Hand der erhaltenen Kreditanträge und ihrer eigenen Berechnungen einen zusammengefaßten Kreditplan für ihre Kreditnehmer aufzustellen und der Emissions- und Girobank ihres Landes einzureichen. Aus dem Kreditplan muß die tatsächliche Verschuldung der Wirtschaftszweige und Kreditnehmergruppen am Ende des zweiten Monats des laufenden Quartals und die mutmaßliche Verschuldung zu Beginn und Ende des Planquartals ersichtlich sein. Eine dem Kreditplan beigelegte "Planbilanz" soll über Aktiven und Passiven des betreffenden Kreditsystems im laufenden und im Planquartal Aufschluß geben. Die bei der Emissions- und Girobank eines Landes eingehenden Kreditpläne und Planbilanzen werden von ihr zu einer Aufstellung verarbeitet, die der Deutschen Notenbank vorzulegen ist. Die Kreditanträge der zonalen volkseigenen Betriebe gelangen über die ostzonale Wirtschaftskommission an die Deutsche Notenbank. Diese ermittelt sodann die Kreditquellen der Kreditinstitute der Zone für kurzfristige Kredite im Planvierteljahr und stellt einen Vierteljahresplan für kurzfristige Kredite zusammen, getrennt nach Ländern und Wirtschaftszweigen. Die vom Sekretariat der DWK bestätigten Kreditplan-Zahlen werden zu Kreditlimiten für das Planvierteljahr. Von der Deutschen Notenbank gehen die bestätigten Teilpläne wieder den Weg zurück, auf dem die Kreditpläne zu ihr gekommen sind. Bis zur Aushändigung der Kreditlimite für das neue Planvierteljahr gelten die Limite des vergangenen Quartals weiter. Bei der Weiterleitung der bestätigten Teilpläne haben die Emissions- und Girobanken eine ihrer Verfügung unterliegende Kreditlimit-Reserve von 5 % der Gesamtsumme der festgesetzten Limite zu bilden. Im Rahmen dieser Limit-Reserve dürfen die Emissions- und Girobanken der Länder im Laufe des Planquartals den Zentral-Kreditinstituten auf begründeten Antrag die Limite erhöhen. Jedes Kreditinstitut, das unmittelbar Kredite ausgibt, muß darauf achten, daß die ihm bewilligten Limite nicht überschritten werden. Die von einer Kreditnehmergruppe nicht ausgenutzten Limite dürfen nicht zur Kreditgewährung an andere Gruppen verwendet werden, es sei denn, das zuständige Zentral-Kreditinstitut hätte es genehmigt.

Wirtschafts-Ztg. vom 11. Juni 1949

Die Hauptverwaltung Handel und Versorgung der DWK wurde in drei Hauptverwaltungen aufgeteilt: Erfassung und Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Lebensmittelindustrie und Fischwirtschaft und Handel und Versorgung. Zu Leitern der neuen Hauptverwaltungen wurden ernannt: der bisherige Leiter der Hauptverwaltung Handel und Versorgung, GANTER-GILMANS, der bisherige stellv. Leiter der Hauptverwaltung Handel und Versorgung, FISCHER, und der bisherige Hauptgeschäftsführer der volkseigenen HO, STREIT.

Wirtschaftsrevue vom 10. Juni 1949

9/6/49

No. 29

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 8. Juni 1949

Die Außenminister verhandelten heute über das 12 Punkte Programm der SU über die Zukunft Berlins. Die westlichen Alliierten konnten die Vorschläge Wyschinskis nicht annehmen. Acheson erklärte, das russische Programm habe einen grundlegenden Fehler. Jede Entscheidung des Berliner Magistrats werde am russischen Veto scheitern. Sprecher der westlichen Delegationen haben erklärt, die Meinungsverschiedenheiten seien grundsätzlicher Natur. Im Hinblick auf die Differenzen sei es schwer, noch an eine Einigung zu glauben. Der tote Punkt wird von Politikern in Westdeutschland allgemein bedauert, sie sind jedoch nicht überrascht.

STOCK erklärte, er habe den hartnäckigen russischen Standpunkt vorausgesehen. Man müsse beachten, daß eine Einigung um jeden Preis keinen Erfolg bedeute.

BAUCARTNER: Eine Verständigung mit dem Osten unter dieser Herrschaft sei seiner Ansicht nach unmöglich. Die Besprechungen lassen den Schluß zu, daß die Zukunft Deutschlands im Atlantik-Pakt liege. Die drei westlichen Militärverwalter sind mit dem westdeutschen Konsultativrat zusammengetroffen. Damit trat dieser zum ersten Mal in Aktion. Im Anschluß an die Besprechung wurde ein kurzes Communiqué ausgegeben, in dem lediglich festgestellt wird, daß die deutschen Teilnehmer der Besprechung von dem Stand der Verhandlungen der Pariser Außenministerkonferenz unterrichtet worden seien und daß sie ihrerseits ihre Meinungen über die Haltung der in Paris anwesenden Delegationen hätten zum Ausdruck gebracht. Nähere Einzelheiten wurden offiziell nicht bekanntgegeben.

Die Landeswahlleiter der drei Westzonen begannen in Schlangenbad ihre Beratungen über technische und organisatorische Einzelheiten über die bevorstehenden Wahlen zum ersten Bundestag. Am Freitag werden die Ministerpräsidenten in Schlangenbad zusammentreten, um das Wahlgesetz zu verabschieden und den Wahltermin bekanntzugeben.

Die Berliner Zeitung "Der Sozialdemokrat" teilt mit, daß die Mannschaftsbestände der Griechenlandbrigade, die sich aus Volkspolizisten zusammensetzen, verdoppelt werden sollen. Ferner will die SU die Ausrüstung dieser Truppen verbessern. Die Berliner Ausgabe der Neuen Zeitung teilt ferner mit, daß in volkseigenen Betrieben Musterungen vorgenommen worden seien. Rund 40 % der männlichen Werksangehörigen haben die Anweisung erhalten, weitere Anordnungen abzuwarten. Man spricht von einer Volksmiliz.

Der Hirtenbrief des Bischofs Dibelius ist überall in der Ostzone von den Kanzeln verlesen worden. Der brandenburgische Ministerpräsident erklärte hierzu: Die ev. Kirche habe nun ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie habe sich in eine Linie mit den kapitalistischen Mächten gestellt. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Zone hat zum Demontage-Befehl für die Fischer-Tropsch-Anlagen im Ruhrgebiet erklärt, er könne diese Demontagebefehle nicht als unabänderlich ansehen. Wenn auch die Appelle der Gewerkschaften an die verschiedenen Regierungen und Verwaltungen bisher ungehört verhallt seien, so würde man trotzdem weiter Mittel und Wege zu finden wissen, um der wirtschaftlichen Vernunft, die eine endgültige Aufhebung der Demontagebedrohung verlange, zum endlichen Siege zu verhelfen.

In zwei Werken des Ruhrgebiets haben Arbeiter die Demontagetruppe an der Ausübung ihrer Arbeit verhindert. Die Opposition hat die Briten veranlaßt, zu morgen deutsche Vertreter zu Verhandlungen einzuladen. Die britische Mil.Reg. hat in Niedersachsen und in Hamburg die Bodenreform in Kraft gesetzt.

Die britischen Behörden haben besondere Pläne für Bonn ausgearbeitet. Demnach sollen in Bonn und Umgebung keine Besatzungstruppen stationiert werden, damit sich das politische Leben in unabhängiger Atmosphäre entwickeln kann.

Die gesamte Briefpost aus Westdeutschland wird jetzt auf dem Luftwege nach Berlin befördert. - Nach Mitteilung der UGO werden auf Befehl der SMA alle Eisenbahner registriert, die sich am Streik beteiligen.

No. 30

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 9. Juni 1949

Die Außenminister besprachen heute die Frage des Interzonenhandels in Deutschland. Adenauer schlug vor, die vier Berliner Stadtkommandanten anzuweisen, ihre Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Interzonenhandels und des Interzonenverkehrs bis Montag abzuschließen und dem Außenministerrat darüber zu berichten.

Der Vorstand der FDP erklärte, daß die Änderung des Wahlgesetzes verfassungswidrig sei. Dr. DEHLER hat Adenauer heute telegrafisch um die sofortige Einberufung einer Plenarsitzung gebeten. Die geplante Änderung des Wahlgesetzes falle in die Zustimmung des Parlamentarischen Rates. Dehler vertrete die Ansicht, daß angesichts der Bringlichkeit der Konstituierung des Bundes die sofortige Einberufung des Plenums erforderlich sei.

Dr. DIEBELIUS eröffnete gestern den ersten Kirchentag der Kurmark seit 16 Jahren. Er sagte, die Kirche habe heute auch das Recht, in anderen Dingen des öffentlichen Lebens mitzureden. Entgegen aller Erwartung ging er nicht auf die politische Lage ein.

ARNOLD hat in einer niederländischen Zeitschrift zu den deutsch-niederländischen Verhältnissen Stellung genommen. Er glaube noch immer daran, daß man sich auf dem Verhandlungswege einigen werde. Die deutschen Gewerkschaften hielten in Wanne-Sickel eine Protestkundgebung gegen die Demontage von vier Werken ab. 30 000 Arbeiter nahmen daran teil.

Die Heimatvertriebenen wollen sich bei der bevorstehenden Wahl von einer eigenen Organisation vertreten lassen, da die Verhandlungen mit bereits bestehenden Parteien gescheitert seien.

Die KP-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates hatte heute Geschäftsleute zu einem Vortrag Fritz Seimann's eingeladen. Dieser forderte die Geschäftsleute auf, den Handel auf privater Basis wieder aufzunehmen. Er sagte, daß die Ostzone ganz Deutschland mit synthetischem Benzin versorgen könne.

Der Kampf um die westdeutsche Bundeshauptstadt hat neue Formen angenommen. Dieser Tage ist nun auch in Frankfurt mit dem Bau eines Plenarsaals begonnen worden.

Zur Frage der südwestdeutschen Ländervereinigung erklärte der südbadische Staatspräsident WOHLER, er sehe keine Möglichkeit zu einer Einigung mit dem württembergischen Nachbarn, wenn Ministerpräsident MAIER weiterhin seinen Standpunkt beibehalte, daß ein Staatsvertrag zwischen den südwestdeutschen Ländern keine verfassungsrechtlichen Bestimmungen enthalten dürfe. Selbst wenn in einer künftigen beratenden Landesversammlung Badener und Württemberger paritätisch verteilt sein sollten, werde die Mehrheitsentscheidung im künftigen westdeutschen Landtag immer noch allein bei den Württembergern liegen, da kaum anzunehmen sei, daß diese Parität auch für diesen Landtag vorgesehen werde.

Zur Äußerung des Min.Präs. Maier, der Frz. Außenminister stehe einem Südweststaat freundlich gegenüber, sagte Wohler, er habe in verschiedenen Gesprächen mit Außenminister Schuman feststellen können, daß man sich auf Frz. Seite in dieser Frage völlig zurückhalte, weil man sie als eine rein interne deutsche Angelegenheit betrachte.

Der Ministerrat beschloß, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, demzufolge das Kulturpreussengesetz mit rückwirkender Kraft aufgehoben wird. Dieses Gesetz, so heißt es in einem Komunique u.a., sei aus der Sorge um die Erhaltung der nach der Währungsreform vom Zusammenbruch bedrohten kulturellen Einrichtungen geschaffen worden. Die in der Zwischenzeit eingetretene Besserung der Lage habe die früheren Befürchtungen gemildert.

Der SED-Vorsitzende Wilhelm PIECK machte gestern auf einer Kundgebung, die zu Ehren Eislers stattfand, überraschende Andeutungen über das voraussichtlich weitere Verhalten der sowjetischen Delegation in Paris. Wie gut unterrichtete SED-Kreise hierzu mitteilen, soll P. von der SMV ausdrücklich dazu ermächtigt worden sein. Pieck erklärte, daß die Russen zu einer vollen Einigung auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse zu kommen, sehr gering seien. Es sei jedoch möglich, daß wenigstens der freie Wirtschaftsverkehr zwischen Ost und West wieder hergestellt werde.

A: 6/49

No. 31

Auszüge aus Rundfunkgerichten

Sender Stuttgart vom 11. Juni 1949

Prof. FRWARD wandte sich gegen die Angriffe der SPD. Diese greife seine Politik nicht deshalb an, weil sie schlecht sei, sondern weil sie dem Volk nütze. Er werde seine Wirtschaftspolitik zum Nutzen des Ganzen nach bestem Gewissen weiterführen. Die westdeutsche Wirtschaft werde sehr bald eine Stabilität erreichen.

Die 11 westdeutschen Ministerpräsidenten haben den 14. August als den vorgesehenen Tag der Bundeswahlen angesetzt. - Der gesamte Vorstand der FDP hat sich gegen die Änderung des Wahlgesetzes ausgesprochen.

Auch im Monat Mai 1949 ist in Württemberg-Baden eine beträchtliche Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen überschritt erstmals seit der Währungsreform die 50 000. Die Erhöhung der Arbeitslosenziffer um 5 716 gegenüber dem Vormonat zeigt deutlich, daß der Höhepunkt der Krise noch nicht überschritten ist. - Baden ist von der Arbeitslosigkeit weit schwerer betroffen als Württemberg.

Arbeitsminister HALBEM von Nordrhein-Westfalen hat auf einer Pressekonferenz über die Arbeitslosigkeit gesprochen und dabei scharfe Angriffe gegen die Frankfurter Wirtschaftspolitik gerichtet. Die weiter wachsende Arbeitslosigkeit sei keine echte Krise und wirtschaftlich nicht begründet. Es gebe für sie drei Gründe: die Demontage, die Maßnahmen der Eisenbahn und die Kreditpolitik.

Die Eisenbahn habe im Ausland große Mengen von Güterwagen und Lokomotiven gekauft und auch Reparaturaufträge ins Ausland vergeben. Als Folge davon hätten die Aufträge bei deutschen Firmen zurückgezogen werden müssen. - Als Folge der sturen Finanzpolitik Frankfurts sei heute eine Depression eingetreten, durch welche die Sicherheit der Währung erschüttert werden könnte. Kreditbeschränkungen bei der Produktion in einer Zeit, in der alles nach Produktion scarce, müsse sich wirtschaftsschädigend auswirken. Wenn jedoch über den Geldmarkt richtig disponiert werde, sei nicht von einer inflationistischen Gefahr zu sprechen. In Nordrhein-Westfalen soll nunmehr mit Notstandsarbeiten begonnen werden. Auch die Enttrümmerung würde als Notstandsarbeiten anerkannt.

Sender Stuttgart vom 12. Juni 1949

Die Viermächtebesprechungen in Berlin sind heute ergebnislos verlaufen. Die Besprechungen werden morgen fortgesetzt.

Die streikenden Westberliner Eisenbahner werden am Dienstag in einer Urabstimmung entscheiden, ob die neuen Vorschläge angenommen werden sollen. General Nowley hat den Eisenbahnern empfohlen, das Angebot der Reichsbahndirektion auf 60 %ige Entlohnung in Westmark anzunehmen. Darüber hinaus werde der Westberliner Magistrat 15 % der Löhne in Westmark umtauschen.

Die westlichen Besatzungsmächte betrachten den Parlamentarischen Rat als aufgelöst. Wie Dr. ADENAUER erklärte, haben ihm die Mil.Reg. eine diesbezügliche Nachricht zugehen lassen. Daher sei der Parl. Rat nicht mehr für die Änderungen des Wahlgesetzes zuständig. Seine Befugnisse seien auf die Ministerpräsidentenkonferenz übergegangen. Der Parteitag der FDP wurde heute in Bremen beendet. Zum ersten Vorsitzenden wurde wiederum Prof. Dr. HEUSS gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde erneut Minister a.D. BLUMBERG. Der Parteitag nahm mehrere Resolutionen an. Betreffend die Entnazifizierung hieß es: Die politische Reinigung sei fehl geschlagen. Die Entnazifizierung müsse beendet werden. Die Partei richtete sich auch gegen ein parteipolitisches Nachrichtenmonopol.

Der ehemalige Vorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokraten, Wenzel JAKSCH, erklärte, die Westmächte seien in der Frage betreffend den Nationalsozialismus in den Ostgezeiten belogen worden. Man habe gesagt, 90 % der Bevölkerung seien Nazis gewesen. Die künftige Bundesrepublik müsse dagegen Einspruch erheben. - Die Ostdeutschen würden sich mit der Abtrennung ihres Gebietes nie abfinden.

RESTRICTED

No. 30 Presseberichte aus den Westzonen

Notgemeinschaft. Nachdem die Militärregierung für Bayern die Lizenzierung der "Notgemeinschaft" mit der Begründung abgelehnt hatte, es handle sich um eine Flüchtlingspartei, hat sie sich am Dienstag in München als politische Partei ohne Genehmigung konstituiert. Der Vorsitzende, Dr. ZIEGLER, erklärte hierzu, er halte eine Genehmigung der Militärregierung nicht für notwendig, danach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes politische Parteien gegründet werden könnten. Allgem. Ztg. vom 9. Juni 1949

CSU. Die Richtlinien für den Wahlkampf der CSU gab Dr. EHARD in dieser Tage den CSU-Delegierten des Bamberger Kreises. Er betonte, daß die CSU sowohl nach links wie nach rechts scharfe Trennungslinien ziehen müsse. Die Planwirtschaftsabsichten und das Sozialisierungsprogramm der SPD würden ebenso rücksichtslos bekämpft werden wie der demagogische Föderalismus der Bayerpartei. Die CSU wolle lieber 20 % Wähler weniger haben, dafür aber solche, die garantierten, daß sie sich nicht von der Bayernpartei eines Tages aufsaugen ließen. Über seine persönliche Einstellung äußerte Dr. Ehard, er sei nie ein Müller-Mann und auch niemals ein Mann Bondhammers. Er werde die Politik der Mitte fortsetzen, die er in seinem Kabinett immer geführt habe. Abschließend sagte Dr. Ehard, daß ein Erfolg der CSU in Bayern die Gewähr geben werde, daß der westdeutsche Bund keine sozialistische Mehrheit bekomme. Süddt. Ztg. vom 9. Juni 1949

Oder-Weiße-Linie. Min. Präs. ARNOLD forderte dieser Tage eine enge Zusammenarbeit mit Polen zur organischen Wiederbesiedlung des Landes östlich der Oder und Neiße. Dieses Land sei gegen die Gesetze der Demokratie und gegen das Völkerrecht unter fremde Verwaltung gestellt worden, das deutsche Volk könne aber dieses Land nicht aufgeben. Arnold warnte jedoch vor Haß- und Rachegeanken, denn Unrecht könne nicht durch Unrecht wieder gut gemacht werden. "Wenn es uns ernst ist mit dem europäischen Gedanken, dann müssen wir mit den Polen zusammenarbeiten. Was wir dem Westen gegenüber für richtig halten, kann im Osten nicht falsch sein." Geistlicher Rat COBBEL erklärte, es sei Zeit die provisorische Verwaltung in den ehemaligen ostdeutschen Gebieten zu beenden und durch eine deutsche Verwaltung abzulösen. Er forderte außerdem die Bildung ostdeutscher Staaten im Verband der neuen Bundesrepublik Deutschland. Dabei müsse eine geordnete Rückkehr der Vertriebenen unter dem Schutz eines Hohen Kommissars möglich gemacht werden. Die Welt vom 8. Juni 1949

Demontage. Die Fraktion der KPD im Landtag Nordrhein-Westfalen wandte sich scharfsten gegen den Demontagebefehl, weil damit den Interessen der internationalen Chemie- und Ölkonzerne entsprochen und gleichzeitig ein schwerer Schlag gegen die selbständige Existenz der gesamten deutschen Wirtschaft geführt wird. Durch den durch die Demontage hervorgerufenen Niedergang der Industrie würden große Schichten der selbständigen Handwerker und Kaufleute in Mitleidenschaft gezogen. Wie Abgeordneter LEINWOHN erklärte, habe es sich ergeben, daß Proteste nicht ausreichten, den internationalen Monopolherren in den Arm zu fallen. Arbeiter, Angestellten usw. hätten nun den richtigen Weg praktischer Maßnahmen gegen die Konkurrenz-Demontagen beschritten. Neue Volksztg. vom 8. Juni 49

Flüchtlingsumsiedlung. Der 1. Transport von Flüchtlingen aus Bayern in die französische Zone soll am 1. Juli abgehen. Es werden zunächst nur landwirtschaftliche Hilfskräfte umgesiedelt, damit sie zur Ernte eingesetzt werden können. Die Vorbereitungen für die Umsiedlung sind bereits abgeschlossen.

Die vorgesehene Umsiedlung verzögerte sich, weil die Länder der frz. Zone den Abschluß des allgemeinen Finanzausgleichs für die westdeutschen Länder zur Vorbedingung gemacht hatten. General König sicherte nunmehr zu, daß die Umsiedlung auch ohne den Finanzausgleich durchgeführt wird.

Die Welt vom 9. Juni 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 31

Presseberichte aus den Westzonen

ERHARD's Wirtschaftspolitik. Prof. ERHARD erklärte dieser Tage, die Sozialdemokratie greife seine Wirtschaftspolitik nicht etwa deshalb an, weil sie schlecht sei, sondern weil sie der Partei vielleicht schade. Seine Gegner würden sich auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen wahrscheinlich über die 1,2 Mill. Arbeitslosen ereifern. Innen seien die inneren Zusammenhänge dieses Problems sehr wohl bewußt gewesen, wenn sie nach der Währungsreform mit Arbeitslosenheeren von vier bis fünf Millionen gerechnet hätten; heute erinnerten sie sich nicht mehr gerne dieser Prophezeiung. Die 1,2 Mill. Arbeitslosen in vierzehn Tagen restlos zu beseitigen, wäre kein Kunststück, wenn sich ein verantwortungsvolles verbrechender Politiker bereitfinden würde, das Volk in inflationistische Zustände zurückzuführen, die über eine Scheinblüte inner zur wirtschaftlichen und zur sozialen Auflösung treiben würden. Man dürfe zwar nur organische Mittel der Kapitaleildung zur Anwendung bringen, verfüge aber auch über Chancen, um über die alten eng-orthodoxen Bindungen hinweg in kürzester Frist mittel- und langfristiges Kapital von nahezu zwei Milliarden Mark einzusetzen. Von der Geldseite her und aus der Richtung des kurzfristigen Kredites könne aber das tiefer wurzelnde Übel des Kapitalmangels nicht beseitigt werden. Die Lohn- und Gehaltsempfänger sollten angesichts der primitiven parteipolitischen Zweckpropaganda nicht vergessen, daß es vornehmlich seiner verbliebenen Wirtschafts- und Kreditpolitik zu verdanken sei, wenn über den Zwang zu höherer Wirtschaftlichkeit und die dadurch erreichten Preissenkungen die Kaufkraft gerade der breiten Schichten fortlaufend verbessert worden sei. Es seien die Voraussetzungen geschaffen, eine gewisse wirtschaftspolitische Erterierung aufzulösen. Damit trete man in einen Abschnitt der wirtschaftlichen Entwicklung ein, der äußerlich durch eine Veränderung des ökonomischen Druckes und durch die Mobilisierung neuer Kaufkraftströme gekennzeichnet sei. Durch keine Verlockung und keine Drohung würden sich die verantwortlichen Männer zu einer Politik bewegen lassen, welche die Sicherung der Währung auch nur im geringsten zu erschüttern geeignet sei. Die gleichen Leute, die ihn nach seiner Amtübernahme einen weltfremden demagogisch gebundenen Professor gescholten hätten, hätten gar nicht, wie sie sich selbststellten, wenn sie mit ihrem eigenen parteipolitischen sturen Festhalten an der planwirtschaftlichen Verkrüppelung ihm die Beweglichkeit und Wendigkeit der wirtschaftspolitischen Führung zum Vorwurf machten und ihn damit gewissermaßen einer Inkonsistenz zeihen zu können glaubten.

Allgem. Ztg. vom 11. Juni 49

SCHUMACHER zur Demontage. Dr. SCHUMACHER habe kürzlich zur Demontage-Frage Stellung. Es handle sich im eigentlichen Sinne nicht um eine Demontage, sondern um Demolierung. Es gehe bei den neuen Demontage-Anordnungen nicht um Reparationsentnahmen, sondern um einen Versuch, die deutsche Wirtschaft entscheidend zu schwächen und sie aus der Konkurrenz gegenüber Betrieben in den Siegerländern auszuscheiden. Die jetzt zur Demontage bestimmten Werke könnten in absehbarer Zeit nirgends wieder aufgebaut werden. Schumacher wies ferner auf die hohen Kosten hin, welche die Demontage in Deutschland und die Demontage in den Siegerländern verursachen würden. Da die Werke auf alle Fälle zumindest für längere Zeit ausfallen müßten, werde die europäische Wirtschaftskapazität dadurch außerordentlich geschwächt. Schließlich dürfe man auch nicht vergessen, daß es nicht nur auf die Maschinen ankomme, sondern daß man die mit den Maschinen verarbeiteten Arbeiter, Chemiker und Ingenieure nicht auch zwangsweise in ein anderes Land verpflanzen könne. Die deutsche Volkswirtschaft werde zwar durch eine solche Politik geschwächt, eine Stärkung der europäischen Produktionskraft könne jedoch damit nicht erzielt werden. - Dies alles geschehe in einer Periode, in der man aus deutsche Volk krisenfest gegenüber den Verlockungen des östlichen Totalitarismus machen wolle. Man vermöre jeden Glauben an die Verlässlichkeit und die Gerechtigkeit der westlichen Demokratie. Mit der Demontage könnten der Marshall-Plan nicht realisiert und keine ausreichende europäische Leistung geschaffen werden.

Allgem. Ztg. vom 11. Juni 49

RESTRICTED

RESTRICTED

13/6/49

No. 32

Presseberichte aus den Westzonen

Flüchtlingsproblem. Auf einer Tagung des Schlesiervereins erklärte Dr. HARB, wenn man auch geglaubt habe, durch die Ausweisungen der Deutschen aus den Ostprovinzen die Hitler-Verschleppungen während des Krieges zu sühnen, so breche sich noch mehr und mehr der Gedanke Bahn, daß fortgesetztes Unrecht kein Recht gebe. Es sei ein Wunder, wenn trotz der revolutionären Verschiebung innerhalb der Bevölkerung Bayerns das soziale Gefüge des Staates nicht völlig auseinandergebrochen sei. Heute könne von den Alliierten nicht mehr die These aufrechterhalten werden, daß das Flüchtlingsproblem allein von Deutschland gelöst werden müsse. Das Vorziel in dieser Sache sei die Hilfe der Vereinten Nationen für die Heimatvertriebenen, das Vorziel sei nach wie vor die Rückgabe der deutschen Ostprovinzen. Bayern werde den Rechtsanspruch der Ausgewiesenen unterstützen.

Der Leiter des Amtes für Lastenausgleich, Dr. LUKASCHKE, sagte, wenn man das Problem der Vertriebenen nicht zu lösen imstande sei, werde nicht nur Deutschland, sondern Europa zugrunde gehen. Eine der dringlichsten Fragen sei der Lastenausgleich. Bei der heutigen Wirtschaftslage Westdeutschlands könne die Soforthilfe den Ansprüchen der Vertriebenen keinesfalls genügen, aber sie schütze vor dem Verhungern und gebe die Möglichkeit, wenigstens wieder einmal anfangen zu können. Man müsse die Vertriebenen endlich von Wohlfahrtsamt wegkommen, dann werde auch das Ausland sehen, was zur Befriedigung der Ansprüche der Ausgewiesenen getan worden sei. Das Soforthilfengesetz dürfe aber nur im Hinblick auf die Gesamtwirtschaftslage und mit möglichster Vermeidung neuer sozialer Ungerechtigkeiten sowie einer Überforderung der deutschen Wirtschaft durch das Ausland verwirklicht werden, denn wenn Westdeutschland in seiner Substanz nicht erhalten bleibe, sei auch Ostdeutschland verloren.

Münch. Ztg., vom 13. Juni 1949

Stufenweise Aufhebung der Rationierung. Die angekündigte Beseitigung der Rationierung der Wirtschaft wird sich in verschiedenen Stufen vollziehen. Die Aufhebung wird auf jedes Gebiet durch eine besondere Anordnung des Direktors der Wirtschaft nach Zustimmung des Länderparlamentes erfolgen. - Für Textilrohstoffe, Häute, Felle und Leder sowie Erstbereiung von Kraftwagen ist die völlige Beseitigung der Rationierung bereits beantragt worden. Weiterhin ist eine Lockerung der bewirtschafteten NF-Metalle und des Seifenverbrauchs vorgesehen. Bei Montabak, Düngemitteln und chemischen Grundstoffen wird in Kürze eine Erleichterung in der Bewirtschaftung eintreten.

Die Welt, vom 11. Juni 1949

Notgemeinschaft. Falls die Notgemeinschaft der Flüchtlinge zu den Bundeswahlen nicht zugelassen werde, so werde diese die Gültigkeit der Wahlen beim Verfassungsgerichtshof des Bonner Bundes anfechten und sich dabei auf das Grundgesetz stützen. Diese Erklärung wurde von der Notgemeinschaft der Flüchtlinge als Antwort auf eine Mitteilung der Militärregierung abgegeben, in der die Militärregierung darauf hinwies, daß die zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen zum Grundgesetz weiterhin Lizenzierungszwang für politische Parteien auf Landesebene bestehe. Dieser Feststellung der Mil. Reg. könne die Notgemeinschaft nicht beipflichten, da es nach ihrer Ansicht zu einer Verfassung rechtlich keine Durchführungsbestimmungen geben könne. Außerdem habe die Mil. Regierung mit den von ihr selbst genehmigten Grundgesetz jede Einschränkung der Koalitionsfreiheit unterbunden. Auch im Besatzungsstatut werde der Mil. Regierung kein derartiges Vorrecht eingeräumt. Abschließend stellt die Notgemeinschaft fest, daß sie beim Landeswahlleiter Listen für die Bundeswahlen einbringen werde.

Süddt. Ztg., vom 11. Juni 1949

RESTRICTED

4/6/40

No. 108

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 8. Juni 1949

Die Arbeitstagung der Deutschen Wirtschaftskommission, die heute von RAM eröffnet wurde, soll dazu beitragen, die Erfüllung des Wirtschaftsplanes sicherzustellen und weitere Impulse für die Übererfüllung des Planes zu geben. Betreffend den freien Verkauf von Kartoffeln sagte Rau, es sei nicht beabsichtigt, wieder die Rationierung einzuführen. Die Aufhebung erstreckte sich jedoch nicht auf die Pflichtablieferung der Erzeuger. Raum kam u.a. auch auf den Interzonenhandel zu sprechen. Dieser sei noch nicht in Fluß, weil sich die westlichen Vertreter nicht zu einem Abschluß entschließen konnten. Dabei sei der Interzonenhandel eine lebenswichtige Frage für Westdeutschland, dessen Arbeitslosigkeit noch immer nicht zum Stillstand gekommen sei. Wenn nicht bald ein Verhandlungsergebnis erzielt werden könnte, wäre die Ostzone gezwungen, Handelsabkommen mit anderen Ländern abzuschließen. Er sagte, daß sich ein Zusatzabkommen mit Polen in Vorbereitung befände. Bruno LEUSCHNER bezeichnete die Durchführung des großen Investitionsplanes, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Rentabilität der volkseigenen Betriebe usw. als die gegenwärtig in Vordergrund stehenden Probleme. Ein Sprecher erklärte, daß in allen Vasta-Betrieben bedeutende Produktionserfolge und Verbesserungen eingetreten seien. Bis zum Jahresende sei die Steigerung der Stahlproduktion um 30 % über die festgesetzte Menge möglich. Auf der Wirtschaftskonferenz wurde bekannt gegeben, daß das Sekretariat der DWK geschlossen habe, ab 15. Juni den freien Verkauf von Tabakwaren einzuführen. Die Pflichtabgabe der Tabakwaren bleibe jedoch weiter bestehen.

Morgen wird die Tagung fortgesetzt. Es sollen Fragen des Warenverkehrs sowie die Durchführung der besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern erörtert werden.

Die KPD Westdeutschlands forderte in einer Erklärung die unverzügliche Niederherstellung des vom Parlamentarischen Rat beschlossenen Wahlgesetzes. Im negativen Falle werde sie das Gesetz mit Mißtrauhsanträgen bekämpfen. Der westdeutschen Bevölkerung werde bewiesen, mit welcher Art von Demokratie sie geschenkt worden sei, da die Ministerpräsidenten auf Anordnung der W. Reg. eine sieben erst beschlossene Verfassung in leichtfertiger Weise wieder aufgeben.

Der modernste Lehrbauernhof wurde in Altenburg heute seiner Bestimmung übergeben. Der Lehrhof hat seine eigene Berufsschule, Internat und Produktiv-Abteilung.

Mit der Demontage der Fischer-Tropsch-Anlagen soll heute begonnen werden. Aus Protest werden in Castrop-Rauxel 7 000 Arbeiter in den Streik treten. Für morgen ist in Wanne-Eickel ein Streik angesetzt worden. Von der Regierung von Nordrhein-Westfalen sollen erhebliche Parolen erwartet werden.

Das Organ "Neues Deutschland" weist heute darauf hin, daß es sich bei den zur Demontage aussersehen Werken um die besten und am modernsten eingerichteten Industrieanlagen Deutschlands handelt. Noch nie wäre der Konkurrenz-Weid so klar zu erkennen gewesen.

Auf der Außenministerkonferenz am Mittwoch hat Wyschinski weitere Einzelheiten des sowjetischen Planes für die Verwaltung Berlins dargelegt. Dieser hatte folgende Hauptpunkte: Die vier Kommandanten werden die Vorbereitungen für freie Wahlen in Gesamtberlin unter Viermächtekontrolle treffen und sich dabei auf das im Oktober 1946 angewandte Wahlverfahren stützen. Die Durchführung der Wahlen wird einer deutschen Kommission übertragen, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Ostsektors auf der einen Seite und aus Vertretern der drei Westsektoren auf der anderen Seite zusammensetzt. - Alle in Groß-Berlin zugelassenen pol. Parteien und alle von der Kommandantur zugelassenen überparteilichen Massenorganisationen sollen das Recht haben, bei den Wahlen für den Gesamtberliner Magistrat Kandidaten aufzustellen. - Der Plan teilt die Bln. Stadtverwaltung in 3 Gruppen. Die erste Gruppe würde der direkten Viermächtekontr. der Kommandantur unterliegen und die Einmütigkeit der Beschlüsse erfordern. Fragen der 2. Gruppe würden vom Magistrat geregelt werden, aber der Zustimmung der Kommandantur bedürfen. Für die 3. Gruppe würde der Magistrat allein zuständig sein, aber gegen seine Beschlüsse könnte jeder Bürger bei der Kommandantur sein Veto einlegen.

RESTRICTED

No. 109

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 9. Juni 1949

Zur Demontage der Fischer-Tropsch-Anlagen wurde erklärt, daß dabei der Wettbewerb eine große Rolle spiele. Es seien schon Importe ausländischer Paraffinöle für 2 000,- DM je Tonne angeboten worden. Demgegenüber würden deutsche Werke das Öl für 200,- DM pro Tonne produzieren.

Die Tägliche Rundschau schreibt heute: Ein Strom der Entrüstung geht durch Westdeutschland. Die werktätige Bevölkerung wendet sich gegen den Imperialismus und gegen die beabsichtigte Kolonisierung westdeutschlands. Die besten Menschen haben erkannt, daß die Eingriffe in die deutsche Wirtschaft nichts mehr zu tun haben mit der Erziehung der deutschen Bevölkerung zur Demokratie. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, sich selbst das Grab zu schaufeln. Es tritt für seine Selbstständigkeit ein, die am besten durch die nationale Front der Deutschen in Ost und West wahrgenommen wird.

Die zusätzliche Schaffung von Wohnraum über das festgesetzte Bauprogramm hinaus wird von der SED gefordert. Das im Volkswirtschaftsplan festgelegte Programm sieht eine Fertigstellung von 73 000 Wohnungen vor. Mit Recht fordern aber die Arbeiter in Stadt und Land, so wird von der SED erklärt, von der Bauwirtschaft eine noch größere Aktivität wie bisher.

Zu Beginn der Beratungen der DWK wies Prof. REINGRUBER auf die Bedeutung der Transportplanung. Er sagte, die Schifffahrt müsse mehr in Anspruch genommen werden, um die Reichsbahn zu entlasten. HOERNLE führte aus, daß durch die Einrichtung der MAS der Mangel an Zugkräften beseitigt wurde. Bis jetzt seien mehr als 500 MAS errichtet worden, die 6 000 Traktoren einsetzen können. Als ihre wichtigste Aufgabe bezeichnete HOERNLE die Vorbereitung zur bevorstehenden Ernte, die gut zu werden verspricht.

Die Hilfsreparaturwerft Wismar, die aus fünf nicht zusammenhängenden Werken bestand, wurde zu einem Betrieb zusammengefaßt und neu aufgebaut.

Die Grube Franz Mehring im Senftenberger Revier hat in der Produktion den Stand von 1938/39 erreicht.

Sender Moskau vom 9. Juni 1949

Auszüge aus dem Kommentar: Wovon hängt der Erfolg der Pariser Tagung des Außenministerrats ab?

Die Pariser Außenministerkonferenz findet überall größte Beachtung. Jedoch schon vor Beginn der Tagung versuchten englisch-amerikanische Kommentatoren der Bevölkerung einzureden, daß der Erfolg der Tagung allein von der Einstellung der sowjetischen Delegation abhängig sei. In diesem Zusammenhang möchten wir nur vier Fragen stellen: Ist die SU der Urheber der bekannten Londoner Beschlüsse, die Deutschland in zwei Teile spalten? Hat die SU eine separate Währungsreform durchgeführt, die die Spaltung verschärft? Brach die SU das Potsdamer Viermächteabkommen? Hat schließlich die SU gerade zu Beginn der Ratstagung den provozierenden Streik in Berlin veranstaltet? Nein, das waren Werke der Westmächte. Sie treten die Beschlüsse mit Füßen. Die SU hat zuerst konkrete Vorschläge eingebracht. Diese Vorschläge beruhen auf dem festen Fundament der Potsdamer Beschlüsse. Und was bieten die Westmächte? Annahme der Bonner Verfassung auch in der Ostzone, Unterwerfung unter das Besatzungsstatut usw. Man braucht kein erfahrener Politiker zu sein, um zu verstehen, wohin dies alles führen würde. Es ist ein Schritt zurück, aber nicht vorwärts. Es ist die Auslieferung der dt. Wirtschaft an die Monopolisten und Junker. Es ist der Verzicht auf einen Friedensvertrag mit Deutschland. Die Westmächte berufen sich auf angebliche Erfolge beim wirtschaftlichen Wiederaufbau in Westdeutschland. Was sagen englische Quellen darüber: Geldmangel, Angst vor der Arbeitslosigkeit, hohe Lebensmittelpreise usw. Wonach streben die Westmächte also? Wie UP dieser Tage meldete, ist es kein Geheimnis mehr, daß die Westmächte es vorziehen, auch weiterhin mit zwei Deutschland zu tun zu haben. Zwar machten sie Vorschläge betreffend einer Einheit, doch stellten sie solche Bedingungen, die die Ablehnung durch die Russen fast außer Frage stellten.

13/6/49

No. 110

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 11. Juni 1949

In Frankfurt ist auf Einladung der kommunistischen Fraktion des Wirtschaftsrates eine wirtschaftspolitische Tagung abgehalten worden. Der stellv. Vorsitzende der DWK, SELBMAN, lud Professor Erhard zu einem Besuch in die Ostzone ein. Er wolle gerne den maßgebenden Vertreter der Wirtschaftspolitik in den Westzonen in der Ostzone die gleiche Gelegenheit zu freier Rede geben, wie er sie in Frankfurt gehabt habe. Er forderte die westdeutschen Politiker auf, recht häufig die Ostzone zu besuchen und Berichte über ihre dortigen Eindrücke zu veröffentlichen. Selbmann betonte, daß der Unterschied der politischen und wirtschaftlichen Systeme für eine gesamtdeutsche Einigung kein Hindernis sein könne. - Betreffend die Demontagefrage erklärte er, die Ostzone habe nach Kriegsende schwere Eingriffe durch die Demontage erlitten. Diese sei zu Gunsten der SU erfolgt, die durch die schweren Verwüstungen des Hitlerkrieges dazu berechtigt gewesen sei. Stwas anderes sei es nun, wenn eine Besatzungsmacht Demontagen aus Konkurrenzgründen durchführe, wie es jetzt im Westen geschehe.

Die Delegation des demokratischen Griechenlands, die anlässlich des 3. Jugendparlaments der PDJ nach Deutschland gekommen war, wird als Gast des deutschen Hilfskomitees des demokr. Griechenlands bis Ende des Monats die Ostzone bereisen. Die Delegation befindet sich gegenwärtig in Berlin.

Auf dem Landesparteitag der demokratischen Bauernpartei, auf dem 500 Delegierte aus allen Teilen Sachsens zusammengekommen waren, erklärte BUCHWITZ, daß eine feste Zusammenarbeit zwischen allen antifaschistischen Parteien und Organisationen notwendig sei.

Sender Leipzig vom 12. Juni 1949

Während die Krupp-Treibstoffwerke Westdeutschlands der Demontage unterliegen, wird der Schwerebetrieb in Jädeburg in beschleunigtem Tempo aufgebaut. Mit Beginn des zweijährigen Planes wurde das Aufbauprogramm verstärkt. Die Stahlgießerei wurde durch eine Hartstahlgießerei erweitert. Kürzlich wurde mit dem Neuaufbau der völlig zerstörten Eisen gießerei begonnen. Bis spätestens 1. September soll die Produktionskapazität der Vorkriegszeit erreicht werden.

Morgen wird in den vier Fischer-Tropsch-Anlagen mit den Demontagearbeiten begonnen. General Bishop gab heute eine Erklärung ab, derzufolge ein Widerstand gegen die Befehle der Mil. Reg. bedeute. Er betonte, daß er die sofortige Schließung der Betriebe, in denen man die Demontage-Kolonnen am Betreten der Werke oder am Beginn der Demontagearbeiten hindere, höchst widerwillig anordnen würde.

Im Zusammenhang mit den Demontagen wird in westdeutschen Wirtschaftskreisen darauf hingewiesen, daß schon jetzt die Treibstofflage katastrophal sei. Es sei leicht vorzusehen, welche Lage eintreten werde, wenn man mit der Demontage der Werke beginne, die synthetischen Treibstoff herstellten.

Zu der gegenwärtigen Situation in Berliner Eisenbahnerstreik veröffentlichte der Vorstand des DBV eine Erklärung, in der es heißt, daß der Westberliner Magistrat als der allein schuldige Teil angesehen werden müßte. Er habe die Steuereinnahmen anstatt zum Einwechseln des Geldes zur Finanzierung von Terrorerzungen und Lähmung des Verkehrs benutzt. Eisenbahner, die für die Wiederaufnahme des Verkehrs gewesen seien, wären von bezahlten Provokateuren an der Ausübung ihres Berufes gehindert worden. Es wird ein Abzug der Sturm-Polizei von den Westbahnhöfen gefordert. Nur dann sei den Eisenbahnern die Möglichkeit gegeben, sich zu versammeln und über die Lage und die Verhältnisse zu beraten.

Gerhard KISSEL traf heute zur Teilnahme an der Weimarer Tagung der Aktivisten ein. Ein Sturm der Begeisterung brauste ihm entgegen, als er äußerte, es werde sich eines Tages herausstellen, daß die monopol-kapitalistischen Kräfte ihr kriegshetzerisches Spiel verloren haben. Über die Aufgabe, die sich der DBV gestellt hat, hielt MASORKE ein ausführliches Referat. In einer Zeit, da die tragenden Kräfte in der Wirtschaft die Bauern und Arbeiter seien, müßten sie auch die Tragenden der gesamten Kultur werden.

Auf einer Arbeitstagung des DBV in Mecklenburg erklärte Elli SCHMIDT, daß die nationale Front den Kampf für die Demokratie fortsetze, der die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus begonnen haben.

RESTRICTED

14/6/49

No. 153

Auszüge aus Presseberichten

Bericht über den Uranbergbau in der SBZ. Bei der Wismuth AG, der Dachorganisation des Uranbergbaues, sind zurzeit 87 000 Arbeiter beschäftigt. Sie sind auf das gesamte Erzgebirge bis zur tschechischen Grenze verteilt. Dort gehen die Bohrungen beider Länder ineinander über; Nutznießer ist die SU.

Zu Beginn des Uranbergbaues im Jahre 1946 wurden sämtliche aus ihren Ämtern entfernten PGs zur Arbeitsleistung in den Gruben verpflichtet, so daß ein großer Teil der Verwaltungsstellen von ehemaligen SA- und SS-Sturmführern besetzt ist. Die sowjetische Verwaltung, einschließlich der NKWD, schützt diese "Spezialisten".

Die Ausbeute des gewonnenen Urans steht in keinem Verhältnis zu den verursachten Unkosten. Durch die Einführung des progressiven Lohnes haben sich die Regiekosten der Wismuth AG beinahe verdoppelt. Sie beziffern sich einschließlich der Löhne pro Tag auf ca. 90 bis 100 Mill. DM-Ost. Dieser Betrag wird von der DWK und den freien Läden aufgebracht. Zu Beginn der Aktivistenbewegung im Uranbergbau sind z.B. im Nov. 1948 Monatslöhne an einzelne Bergarbeiter in Höhe von 10 000 Ost-DM und mehr bezahlt worden. Obwohl man inzwischen von derartigen Rekordlöhnen heruntergegangen ist, werden 2000 bis 3000 DM im Monat noch oft verdient. Aus dem Erzbergbau entwickelt sich eine Schwerindustrie. Den Anfang machte die ehemalige Leonhardsche Papierfabrik in Crossen a.d. Mulde, wo bereits ein Wismuth-eigenes Gußstahlwerk unter dem Namen "Werk Päckel" entstand. Dort wird auch in einem Geheimverfahren Uran verarbeitet.

Zwangsverpflichtungen finden nicht mehr statt. Die Werber wurden am 31. Dez. 48 zurückgezogen. Jetzt sorgt das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge in Erfurt für Arbeitskräfte. Das Land Thüringen hat für Oberschlema ein Auflagesoll von ca. 3 700 Menschen pro Quartal. Die Arbeitsämter fordern Arbeitslose oder Kurzarbeiter auf, freiwillig im Erzbergbau zu arbeiten. Wenn sie nicht wollen, droht die Sperrung ihrer Lebensmittelkarte. Sie müssen einen Jahresvertrag unterschreiben. Wenn ein Arbeiter nach Ablauf seines Vertrages kündigen möchte, muß er ein bis zwei Ersatzleute stellen.

Wer der NKWD in die Hände fällt, wandert in die Konzentrationslager der SBZ. Als Handlanger der NKWD tun sich deutsche Agenten, durchweg SED-Funktionäre, besonders hervor. Die Spionageabwehr West in Oberschlema leitet der Polizeiagent **HELMUT FISCHER**. - Selbst während der Freizeit werden die Arbeiter überwacht. In Zwickau, wo immerhin ca. 7 000 Bergleute untergebracht sind, sorgen Heinz SCHÖBER und Heinz KOEHLER, beide Besitzer der größten Lokale, dafür, daß jedes unbedachte Wort an die richtige Stelle gelangt.

Bei der Arbeitsaufnahme müssen sämtliche persönlichen Ausweispapiere in der Personalabteilung abgegeben werden. Der Arbeiter bekommt nur einen russischen Lichtbildausweis in die Hand, der ihn bei jeder Behörde als Arbeiter des Erzbergbaues kennzeichnet. -

An der Spitze der gesamten Wismuth AG in Chemnitz steht General MALZEW. Nach ihm ist der wichtigste Mann der russ. Personaldirektor, Major **BARANJUK**. Die Arbeiter von Oberschlema liegen auf einer Strecke von 28 km auf sämtliche Dörfer verteilt und haben eine Anfahrtszeit zur Arbeitsstätte von mindestens einer Stunde. Die Stadt Zwickau ist durch Befehl der SMA zur Bergarbeiterstadt erklärt worden und mußte im letzten Quartal 1948 und im ersten Quartal 1949 außer den 2 500 kasernierten Arbeitern noch weitere 6 400 aufnehmen. In den kleineren Betrieben des Erzgebirges ist die Unterbringung menschenunwürdig. Da man sich keinen Rat mehr weiß, ist man endlich zur zwangsweisen Evakuierung der Zivilbevölkerung übergegangen.

Die letzte große Bohrung, die man aufgemacht hat, befindet sich direkt unter den Filzteichen bei Schneeberg im Erzgebirge. Mit den primitivsten Mitteln geht man dort zu Werke. Zur Abstützung von Unterwasserbohrungen braucht man eine Vorbereitungszeit von ca. einem Jahr. Durch die mangelhafte Abstützung brechen Stollendecken zusammen. Die Zahl der dort ums Leben gekommenen Arbeiter ist erschreckend hoch. Die Funde der Filzteiche sind von einer derartigen Radioaktivität, daß durch den Mangel an Bleianzügen schwerste gesundheitliche Schäden auftreten. Eine Schicht an dieser Stelle beträgt nur 4 Std., und es dürfen im ganzen von einem Arbeiter nur 24 ~~Std~~ Schichtenverfahren werden. Der Schichtlohn beträgt 350 Ost-DM, auszahlfähig nach jeder Schicht, außerdem eine vollkommene Lebensmittel- und Zusatzkarte.

Die Welt vom 9. Juni 49

15/6/49

No. 154

Auszüge aus Presseberichten

Volkspolizei. Auf Anweisung der DVI wird in den Städten an der Zonengrenze fieberhaft an der Instandsetzung aller Gebäude gearbeitet, die als Unterkünfte für die "Volkspolizei" dienen könnten. In Sonderhausen wurden die von den Russen zerstörten Kasernen wiederhergerichtet und mit einem Bataillon Volkspolizei belegt. Da die bisher an den Grenzen eingesetzten Polizeieinheiten ihren Dienst nicht scharf genug versahen, wurden verschiedene Kommandos in das Innere der SBZ verlegt. Die Ablösung erfolgte durch sächsische Einheiten, die als besonders zuverlässig gelten.

Telegraf vom 28. Mai 1949

Flurbereinigungsgesetz. Der Agrarpolitische Ausschuß des Dt. Volksrates hat auf die Notwendigkeit eines Flurbereinigungsgesetzes hingewiesen. Dadurch könnten rund eine Million Hektar einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung zugeführt werden.

Neues Leben vom 11. 6. 1949

Forschungsstätte. Das Gut Paulinenaue, zwischen Nauen und Priesack, das als Versorgungsgut bisher der sowjetischen Besatzungsmacht unterstand, wird am 31. Mai der Deutschen Akademie der Wissenschaften übergeben und in ein Versuchs- und Forschungsinstitut zur Steigerung der Pflanzenwachstumsfaktoren umgewandelt. Die Leitung übernimmt Prof. Dr. MITSCHERLICH.

Neues Dtschld. vom 29. Mai 1949

Interzonenhandel. Bei der wirtschaftspolitischen Tagung der KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat forderten Selbmann und Orlopp, der Handel mit Westdeutschland müsse schnellstens wieder in Gang gebracht werden. Man wolle das früher in Westdeutschland gekaufte weiter beziehen und dort lieber Rohstoffe wie Kohlendampf veredeln lassen, als selbst Verarbeitungsanlagen zu bauen. Von den im Rahmen des mitteldeutschen Investitionsprogramms entstehenden - hauptsächlich den Bergbau und die metallurgische Industrie betreffenden - Anlagen sei keine Beeinträchtigung des Warenverkehrs mit dem Westen zu erwarten. Der Außenhandel der SBZ habe infolge der Zonensperre noch nicht den wünschenswerten Umfang erreicht. Daß gegenwärtig 75 % der Ausfuhr und 80 % der Einfuhr der SBZ auf Südost- und Osteuropa entfielen, halte man nicht für das letzte, erstrebenswerte Ziel.

ORLOPP erklärte, die DWK halte die Einfuhr nur solcher Güter für vertretbar, die die deutsche Wirtschaft im eigenen Land nicht habe. Bei Abschluß von den westdeutschen Rohstoffquellen müsse man allerdings zum Import übergehen. Der Zweijahresplan der SED sei durch Außenhandelsverträge gesichert. Die SBZ sei in der Lage, westdeutsche Waren uneingeschränkt aufzunehmen, soweit das kaufmännisch vertretbar sei. Für die durch die Währungsreform notwendig gewordene Abänderung des Berliner Abkommens sei die Technik gegeben durch den Vorschlag der Einführung von Verrechnungskonten und eines Spitzenausgleichs in Waren, der die Paritätsfrage ausschalte. An Globalkontingenten müsse die SBZ festhalten, weil sie eine Garantie für den Erhalt bestimmter Grundstoffe brauche.

Stutt. Ztg. vom 14. Juni 1949

Förderung der Privatinitiative. Die DWK hat den Wortlaut einer Anordnung über die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben und volkseigenen, sowie genossenschaftlichen Betrieben und Organisationen bekanntgegeben. Danach sollen Verträge zwischen den angeführten Betrieben in einem Gesamtumfang abgeschlossen werden, der nicht unter den Kontrollziffern liegt, die in den bestätigten Produktionsplänen der Länder vorgesehen sind. Die Versorgung mit Rohstoffen und anderen Materialien erfolgt auf Grund der Verträge aus den Plankontingenten, die von der DWK den Ländern zugeteilt werden und aus Rohstoffen und Materialien örtlicher Stellen. Zur stärkeren Heranziehung der Privatbetriebe und zur Sicherung ihrer Versorgung mit bewirtschafteten Rohstoffen werden in jedem Land nach Branchen gegliederte staatliche Vertragskontore geschaffen. Sie haben die Aufgabe, den Vertragsabschluß zwischen Privatbetrieben und volkseigenen oder genossenschaftlichen Vertragspartnern und anderen Organisationen zu vermitteln. Eine bes. Regelung über die Kreditverährung an private Unternehmen wird ausgearbeitet werden.

Approved For Release 2001/09/06 : CIA-RDP83-00415R003200100003-1

Neues Deutschl. vom 28. Mai 1949

1716143

No. 155

Auszüge aus Presseberichten

=====

DWK als Steuerungszentrale. Die Spitze der Wirtschaftsorganisation der SBZ ist die "Wirtschaftsabteilung" und die "Planökonomische Abteilung" der SMA in Berlin-Karlshorst. Die "Wirtschaftsabt." hat einen umfangreichen Verwaltungsapparat; sie entspricht in ihrem Aufbau und in ihrer Gliederung den zentralen Dienststellen der SU. Der "Planökonomischen Abt." obliegt die Zusammenfassung und Koordinierung aller Planungen. Dieser Abt. der SMA wurde im Juli 47 auf russ. Befehl ein deutsches Zentralorgan in der DWK gegenübergestellt, dessen Aufgabe als oberste Planungsinstanz die genaue Abstimmung und Koordinierung der Arbeit der deutschen Verwaltungen mit den sowjet. Dienststellen war. Anfang 48 leitete die SMA einen tiefgreifenden Umbau der deutschen Wirtschaftsverwaltung ein, die sie einem strengen Zentralismus nach sowjet. Vorbild unterworfen hat. Dieser zentralen und autonomen Spitze sind sowohl die Wirtschaftsministerien der Länder als auch die früheren Zentralverwaltungen, die jetzigen Hauptverwaltungen, in die Stellung nachgeordneter und ausführender Instanzen verwiesen worden. Die gesamte Tätigkeit der DWK untersteht der Kontrolle der SMA. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört die Überwachung der termingemäßen Durchführung der als Reparationen bestimmten Warenlieferungen und der Befriedigung der Bedürfnisse der sowjetischen Besatzungstreitkräfte. - Die wichtigste unmittelbare Einflußsphäre der DWK sind die "zonal" geleiteten, also den Hauptverwaltungen der DWK unterstehenden, volkseigenen, etwa 1 800 Betriebe, mit denen etwa 500 000 Beschäftigte und 40 % der industriellen Produktion den sowjet. Wirtschaftszielen dienstbar gemacht werden. Nach der Gründung der "Deutsch-Russ. Naphtha-AG für Tankstellen und Treibstoffe, der "Derunapht", deren Gründer und Aktionäre nur Angehörige der SMA sind, hat die DWK zur vollständigen Beherrschung der Kraftstoffwirtschaft im Dez. 48 die "Deutsche Kraftstoff- und Mineralölzentrale" errichtet. - An der "Handelsorganisation Freie Läden und Freie Gaststätten", ist die DWK mit 30 Mill. DM bei einem Grundkapital von 50 Mill. DM beteiligt. Diese Organisation ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Potsdam und ein volkseigenes Handelsunternehmen. Geschäftsführer werden vom Sekretariat der DWK bestellt und abberufen.

Den Charakter eines Exekutivorgans der DWK hat die im April 48 gegründete "Deutsche Handelsgesellschaft Berlin GmbH", deren Sitz ebenfalls Potsdam ist. Sie ist eine Monopolgesellschaft für die gesamte Warenbewirtschaftung der SBZ. Die deutsche Handelsgesellschaft hat ihrerseits Fachkontore eingerichtet, und zwar bisher für Metallurgie, Maschinenbau, Leichtindustrie, Chemie, Steine und Erden, Holz und Altstoffe. Die DWK bestellt den aus sieben Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat.

Im Juli 48 wurde eine "Handelsgesellschaft Groß-Berlin" gegründet. Sie hat den Zweck, normale Handelsbeziehungen zwischen West-Berlin und der SBZ unter dem Gesichtspunkt herzustellen, daß Groß-Berlin ein untrennbarer Teil der SBZ ist. Nach einer Anordnung der DWK vom Okt. 48 sollen alle Firmen der SBZ ihren außerplanmäßigen Warenverkehr mit Bln. Firmen nur über die Handelsgesellschaft Groß-Berlin leisten. - Seit längerer Zeit besteht die "Deutsche Düngerzentrale GmbH", der allein das Recht zusteht, die Produktion und die Einfuhr an Düngemitteln zu übernehmen und zu verteilen. Mit dieser Monopolgesellschaft beherrscht somit die DWK in Verbindung mit der ihr unterstellten Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft die gesamte Düngemittelbewirtschaftung und damit die landwirtschaftliche Produktion schlechthin. Abgerundet wird das Bild monopolistischer Unternehmungen in Industrie und Handel von der "Revisions- und Treuhandges. für die SBZ Deutschlands". Mit dieser Ges. hat die DWK sämtliche Wirtschaftsprüfungen allgemeiner und bes. Art bei allen volkseigenen und Kommunalbetrieben in der Hand. - Der Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenschutz wird von einer Stelle beim "Büro für Erfindungswesen" der DWK betreut. Überraschenden Einfluß hat die DWK auch innerhalb des Bank- und Kreditwesens gewonnen. So ist sie über mehrere ihr unmittelbar unterstellte Hauptverwaltungen am Grundkapital der "Deutschen Notenbank" von 100 Mill. DM mit 55 Mill. beteiligt. -

Wirtschafts-Ztg. vom 1. Juni 49

RESTRICTED

No. 111

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 14. Juni 1949

Die Steinkohlenlieferungen für die brandenburgische Industrie aus Polen erreichten mit 32 370 t einen neuen Höchststand. Dem FICB-Ferendienst stehen in diesem Jahr 300 000 Ferienplätze zur Verfügung; das sind 100 000 mehr als im Vorjahr. Werktätige mit einem monatlichen Gehalt unter 200,- DM erhalten einen Reisekosten- und Aufenthaltszuschuß.

Die sofortige Entlassung M. Reimanns forderte der Landesvorstand des IG Metall Sachsen-Anhalts. Ferner forderte er die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse zum Aufbau der deutschen Friedenswirtschaft und appellierte an alle Werktätigen Westdeutschlands, sich in der nationalen Front für die Einheit Deutschlands und Abschluß eines Friedensvertrages zusammenzuschließen.

Die Gründung eines deutschen Wirtschaftsinstitutes wurde vom Sekretariat der DWK beschlossen. Die grundlegenden Aufgaben dieses Instituts bestehen u.a. in der Förderung der Entwicklung der Friedenswirtschaft des demokratischen Deutschlands.

Der Saatenstand im Lande Brandenburg wird als äußerst gut bezeichnet. In einzelnen Landstrichen wird mit einer guten Ernte gerechnet.

Sender Moskau vom 14. Juni 1949

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Zollgrenzschutzes werden Halder und Guderian genannt, die in Göttingen sitzen, um dort im amerikanischen Auftrag ihre Kriegserinnerungen niederzuschreiben. Außerdem sollen sich in Göttingen zahlreiche Generalstabsoffiziere aufhalten, über deren Tätigkeit niemand etwas zu sagen weiß. Die Zollgrenzschutzposten sind in den letzten Tagen wesentlich verstärkt worden, man rechnet mit 6 000 Mann. Damit stehen an der brit./sowjet. Zonengrenze mehr Polizisten als an allen übrigen westdeutschen Grenzen. Die Werftarbeiter der Warnow-Werft protestierten gegen die Verhaftung Reimanns.

Gen. Bishop erklärte zur Demontage, daß alle demontierten Anlagen der internationalen Reparationsagentur übergeben werden. Sollten sich keine Interessenten finden, was angenommen wird, würde man sie zerstören.

Auszüge aus dem Kommentar: Über die Pariser Beschlüsse und den Kampf der SU für die Einheit Deutschlands.

Die auf der Pariser Konferenz vorgebrachten sowjetischen Vorschläge haben bei der deutschen demokratischen Öffentlichkeit Zustimmung gefunden; denn sie kommen den deutschen Interessen entgegen. Die Vorschläge beruhen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse. Sie wurden gemeinsam mit den USA getroffen und sollten dem Nachkriegsaufbau Deutschlands dienen. Die einzige Großmacht, die seit 1945 dieses wichtige Friedenswerkzeug verwendet, ist die SU. Sie hält fest an den Beschlüssen, denn sie zeigen den einzig richtigen Weg zur Sicherung des Friedens. Auf allen Konferenzen setzten sich die Vertreter der SU für die Wiedererrichtung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands ein. Es ist ganz offensichtlich, daß im Falle der Annahme der sowjetischen Vorschläge die Einheit Dtschl. schon längst auf einen festen Boden gestellt worden wäre. Doch die Westmächte lehnten die Vorschläge immer wieder ab. Seit Beginn 1945 bestehen zwei Hauptlinien. Die der SU zielt konsequent auf die Einigung Dtschl. ab, die andere der Westmächte ist auf die Verewigung der Spaltung Deutschlands gerichtet. Angesichts der starken Bewegung für die Wiederaufrichtung der Einheit Dtschl. müssen die Westmächte ihre Spalterschritte sehr vorsichtig lenken. Daher streuen sie Verleumdungen aus, daß sie für die Einheit Dtschl. und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung seien. - Der konsequente Kampf der SU für die Einheit Dtschl. ist der ganzen Welt bekannt. Auf Grund der Potsdamer Beschlüsse wurden in der SBZ die Entmilitarisierung und Entnazifizierung abgeschlossen. Man erzielte bedeutende Erfolge bei der Durchführung der Bodenreform usw. Die Monopolisten, Kriegsverbrecher und Junker haben ihr Fundament verloren und wurden von der Politik und Leitung der Wirtschaft ausgeschlossen. Die Westmächte dagegen haben nicht einen Punkt der Potsdamer Beschlüsse in Westdeutschland verwirklicht. Das haben selbst amerikanische reaktionäre Journalisten zugegeben. - Der Konferenzverlauf in Paris bestätigt erneut, daß die Westmächte nicht die Einheit wollen, sondern das nur alles Cerere ist, um die Politik über die Einheit Deutschlands zu tarnen.

17/6/49

No. 112

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 15. Juni 1949

Als Sprache der Kolonialherren, bezeichnete die Ztg. "Tribüne" die britischen Demontage-Maßnahmen. Rücksichtslos werde gegen die Arbeiterschaft militärische Gewalt angewandt. Da sehe man wieder einmal, daß vor keinem Mittel zurückgeschreckt werde.

Zum verstärkten Kampf für Einheit und Frieden forderte der Vorstand des VdGB die Bauern auf. Ihre Aufgabe müsse es sein, die ganze Landbevölkerung zur Mitarbeit in der Nationalen Front zu gewinnen. Die Nationale Front müsse so gestärkt werden, daß sie im Stande sei, alle Hindernisse zu beseitigen, die sich der Einheit in den Weg stellen.

Sämtliche Länder der SBZ wurden zu einem Wettbewerb um die Sicherung der verlustlosen Ernteeinbringung aufgefordert.

Der große wirtschaftliche Aufstieg der Ostzone kommt in der Erhöhung des Exports zum Ausdruck. Das Ansteigen macht sich besonders nach der Leipziger Frühjahrsmesse bemerkbar. Hauptausfuhrgegenstände sind vor allem Kraftfahrzeuge, Fahrräder, Schreibmaschinen, optische Geräte usw. Ein bedeutender Handelspartner ist die SU, deren Gegenlieferung Rohstoffe, Getreide usw. sind. Die Steigerung des Exportes zeigt, daß sich die deutschen Industrieerzeugnisse wieder ihren alten Platz auf dem Weltmarkt erobert haben.

Die 11 Großkraftwerke Sachsens haben ihren Stromerzeugungsplan für das erste Halbjahr schon jetzt erfüllt.

Heute sprach Gerhard EISLER in den Leuna-Werken. Er betonte, die Masse des amerikanischen Volkes bestehe aus anständigen Menschen. Eine seiner größten Aufgaben sei es, die Freundschaft zwischen dem amerikanischen und deutschen Volk, insbesondere zwischen dem amerikanischen und deutschen Arbeiter zu vertiefen. "Ich hasse nicht die Amerikaner, sondern die amerikanische Reaktion, wie ich Hitler haßte". Daß Westdeutschland in die Kriegspläne der USA hineingezogen worden ist, werde dadurch bewiesen, daß nicht die Kriegsindustrie, sondern die reine Friedensindustrie vollständig abgebaut werde.

Im Kommentar nahm Günter HALL Stellung zur diesjährigen Ernte. Die Vorbereitungen hierzu hätten überall begonnen. Ihr würde eine besondere Bedeutung beigemessen, da es sich um die erste Ernte im Zweijahresplan handle. Von ihr hänge es ab, ob sich die Verbesserung der Lebenslage weiter so schnell vollziehe, wie es erhofft werde. Die Ernteaussichten seien günstig. Der Stand der Saaten verspreche nahezu Friedenserträge. Am letzten Wochenende hätten überall Flurbegehungen stattgefunden. Gewiß hänge viel von der Witterung ab, doch der gute Stand sei in erster Linie auf die ausreichende Bereitstellung von Düngemitteln zurückzuführen.

Sender Moskau vom 16. Juni 1949

Die Werktätigen des Elektromotorenwerkes in Wernigerode erhoben schärfsten Protest gegen die Demontage der unentbehrlichen Kohleveredelungsanlagen. Desgleichen protestierten 23 000 organisierte Holzarbeiter gegen die Demontage dieser Anlagen, die für den Wiederaufbau der deutschen Friedensindustrie unentbehrlich sind.

Der Kommentar befaßte sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in der SBZ. Er ging von der Bestätigung des Volkswirtschaftsplanes für 1949 aus, der hiermit für die ganze Volkswirtschaft Gesetzeskraft erhielt. Schon während der ersten Monate konnte eine Reihe von Industriezweigen den Plan übererfüllen. Dieses war nur auf der Grundlage der guten Erfolge des zweiten Halbjahresplanes für 1948 möglich. Trotz der Blockade konnte dieser Plan von einer ganzen Reihe von Industriezweigen sogar überboten werden. Seit 1945 wurde eine große Anzahl der Leicht- und Nahrungsmittel-Industrie wieder aufgebaut, Stahlgießereien wurden ausgebaut, die Erzeugung von Transformatoren erweitert usw. Zwickau wurde das Zentrum der Traktorenindustrie. In diesem Jahr sollen bereits 500 Traktoren hergestellt werden, während man im nächsten Jahr einen Ausstoß von 4000 erwartet. In der Landwirtschaft wurde der Ablieferungsplan restlos erfüllt. Für die Neubauern wurden 36 000 Wohnhäuser gebaut. 552 MAS stehen zur Verfügung. Sie sind der Mittelpunkt der kulturellen Entwicklung im Dorf. Zum Schluß wurde festgestellt, daß der Wiederaufbau der Volkswirtschaft in der SBZ ohne irgendwelche Auslandsschulden vorangetrieben werden kann.

No. 33

Presseberichte aus den Westzonen

Das Zwölf-Punkte-Programm Dr. Schumachers umfaßt die wichtigsten Forderungen der Partei zur Außenministerkonferenz in Paris. Darin wird gefordert:

- 1) Rückführung aller Kriegs- und Zivilgefangenen,
- 2) Neufestlegung der Ostgrenzen Deutschlands,
- 3) Anwendung der Atlantik-Charta auch auf Deutschland,
- 4) Einstellung der Demontage und Beseitigung der Industriebeschränkungen auch in der Ostzone,
- 5) Ablehnung der Forderungen Sowjetrußlands, Polens und der Tschechei auf Beteiligung an der Ruhrkontrolle, eine interalliierte Kontrolle der sowjetischen Aktiengesellschaften in der Ostzone und ihre Rückgabe als Eigentum des deutschen Volkes,
- 6) Voraussetzung für die Zurückziehung der Besatzungstruppen ist die Schaffung völlig gleichartiger alliierter und deutscher Machtverhältnisse in allen Zonen. Die Polizeistärke soll in allen Zonen nach den gleichen Grundsätzen geregelt werden,
- 7) Viermächtekontrolle als Grundlage der deutschen Einheit setzt voraus, daß jede Ausschließung der einzelnen Zonen gegenüber den anderen Alliierten unterbleibt,
- 8) Eine tatsächliche Einheit wird nicht möglich sein, so lange nicht dieselben Prinzipien des Rechtsstaats in allen Zonen angewandt werden und diese von einer einzelnen Besatzungsmacht willkürlich geändert werden können. Um die Folgen der Rechtslosigkeit zu heilen, ist eine Amnestie für die seit Mai 1945 aus politischen Gründen verurteilten Menschen in der Ostzone zu erlassen,
- 9) Ein Ausweichen und Vertagen der Auseinandersetzung über die richtungsgebenden Schritte ist in jedem Falle ein Erfolg der Russen,
- 10) Die deutsche Einheit ist nur als politische Freiheit und Gleichheit in allen Zonen möglich,
- 11) Die staatsbürgerliche Freiheit in allen Zonen ist von den gleichen Rechten und Pflichten aller Parteien abhängig,
- 12) Die deutsche Einheit ist demokratisch nur gesichert, wenn das deutsche Volk die Formen seiner Wirtschaft und seines Kulturlebens nach eigenen Erkenntnissen und Bedürfnissen regeln kann.

Allgem. Ztg. vom 4. Juni 1949

Kulturkommission der KP. Ueber "Kriegsvorbereitungen auf deutschem Boden" sprach der stellvertretende Landesvorsitzende der KPD, EHRLICH, auf einer Veranstaltung der "Kulturkommission der KP". Der Redner erinnerte an die amerikanischen Pläne, das Ruhrgebiet als ein Waffenarsenal für die Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes zu gebrauchen und erklärte, es sei den Besatzungsmächten nicht möglich gewesen, die Herrschaft der Herren "von Eisen und Stahl" zu brechen, denen allein Hitler seinen Aufstieg zu verdanken hatte. Als weitere Kriegsvorbereitung müsse das "Reinwaschen der Generale" angesehen werden. Es sei eine Schande, daß heute ein Mann wie Halder ein Buch über Hitler herausgeben konnte. Ehrlich erwähnte weiter die Herstellung von Landkarten der SU und den Oststaaten in München, die Aufstellung einer Industriepolizei mit "hergelaufenen Ausländern", die früher mit Hitler kämpften und die Umgestaltung der Landpolizei zu einer "Kadertruppe". Die Presse beschuldigte er, sich an den ideologischen Vorbereitungen eines neuen Krieges seit zwei Jahren zu beteiligen. Prof. Klemperer (Uni. Halle) behauptete, daß auch die SU seit kurzer Zeit Atomboom herstelle und daß für ihn jeder "Panzer in der Ostzone ein Zeichen des Friedens" sei.

Städt. Ztg. vom 11. Juni 1949

Die Bildung einer Wirtschafts-Union zwischen Frankreich und Deutschland könne unter weit weniger Schwierigkeiten geschehen, als dies im Falle der Benelux möglich gewesen sei, erklärte Prof. Dr. WEBER vor Vertretern der Industrie- und Handelskammer Aachen. Da die Mittel der Vereinigten Staaten nicht unerschöpflich seien und das derzeitige sowjetische Wirtschaftssystem mit der Weltwirtschaft nicht vereinbar werden könne, müßten sich die europäischen Länder nach dem Beispiel Englands auf ihre eigene Kraft besinnen und zu einer wahrhaften wirtschaftlichen Solidarität kommen.

Die Zeit vom 9. Juni 1949

12/6/49

No. 32

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 13. Juni 1949

Die drei westlichen Militärgouverneure haben den Rat der Ministerpräsidenten ermächtigt, das Wahlgesetz zu verkünden und den Termin der Bundeswahlen festzusetzen. Die Ministerpräsidenten werden am Dienstag zusammentreten, um das Gesetz zu verkünden und den Wahltag zu bestimmen. Parlamentarische Kreise sind der Ansicht, daß keine Mitglieder des Parlamentarischen Rates hinzugezogen werden.

Die Erklärung Dr. Adenauers, wonach der Parlamentarische Rat zu bestehen aufgehört/und für die Änderung des Wahlgesetzes nicht mehr zuständig sei, stellt nach Ansicht der SPD etwas Neues dar. Dr. Adenauer habe seine Erklärung vom Sonntag in seiner Eigenschaft als Präsident des Parlamentarischen Rates abgegeben, ohne daß er dazu durch das Präsidium oder eine andere Körperschaft des Parlamentarischen Rates ermächtigt worden sei. Das Bemerkenswerte an seiner Erklärung sei, daß er als Präsident der deutschen politischen Institution, die verfassungsrechtlich und nach den Entscheidungen der Militärgouverneure für die sachliche Regelung des Wahlgesetzes zuständig sei, die Existenz dieser Körperschaft zu leugnen beginne.

Auf der Wiesbadener Tagung der Europa-Bewegung in Deutschland wurde Paul LOEBE zum Vorsitzenden des Deutschen Rates der Europa-Bewegung gewählt. Duncan Sandys wohnte der Tagung bei. Er betonte in seiner Ansprache, daß die Europa-Bewegung niemals die Teilung Deutschlands und Europas in zwei Hälften akzeptieren werde. Die europäische Bewegung werde unablässig dafür eintreten, daß die demokratischen Freiheiten in einem einzigen und freien Europa wieder hergestellt würden. Paul Löbe führte in seinen Worten aus, er könne jetzt ein Werk fortsetzen, das einen großen Teil seiner Arbeit gebildet habe.

In Wanne-Eickel und Castrop-Rauxel wurde heute morgen mit den Demontage-Arbeiten begonnen. Die Demontage geht nur langsam vorwärts, da sich die Arbeiter sehr unlustig zeigen.

Bevölkerung und Betriebsangehörige der chemischen Werke Bergkamen zogen die Demontage-Kolonnen der Firma Berkenkamp zur Umkehr. Einige Stunden später rückten belgische Truppen mit Lastautos und Panzerspähwagen in die chemischen Werke Bergkamen ein und besetzten es. Danach wurde die Belagschaft aus dem Werk verwiesen. Man nimmt an, daß eine deutsche Demontage-Kolonne morgen früh mit den Arbeiten beginnen wird.

Die Vertreter der vier Militärregierungen gelangten auch heute zu keiner Einigung. Nicht nur die Verkehrsverhandlungen, sondern auch die Wirtschaftsverhandlungen sind negativ verlaufen. Bei den Verkehrs- und Transportverhandlungen hat sich nach wie vor die sowjetische Besatzungsmacht das Recht vorbehalten, Sichtvermerke auszustellen.

Gestern fanden in Paris zwei Sitzungen statt. In der öffentlichen Konferenz wurde über Punkt drei verhandelt. Die Vorschläge Wyschinskis wurden als Propaganda bezeichnet und abgelehnt. Anschließend fand eine Geheimsitzung statt, über deren Inhalt jedoch nichts bekannt wurde.

Heinz FRENZEL gab in seinem Kommentar ein Stimmungsbild von der Pariser Außenministerkonferenz. Er sagte, man habe in Paris das Gefühl, daß irgendetwas Unvorhergesehenes schief gegangen sei. Da Wyschinski darauf bestanden hätte, auf Punkt eins noch einmal zurückzukehren, dürfte das letzte Wort betreffend das deutsche Problem noch nicht gesprochen sein. Doch äußerte sich Frenzel nicht sehr optimistisch. Er glaubt vielmehr, daß Trumans Äußerung berechtigt ist, der kürzlich erklärte, daß der kalte Krieg lange und hart sein wird.

Sender Stuttgart vom 14. Juni 1949

Die Abstimmung der streikenden Eisenbahner begann heute morgen um 6 Uhr. Bereits um 7.30 Uhr war eine Wahlbeteiligung von ca. 30 % zu verzeichnen. Die Öffentlichkeit verfolgt die Abstimmung mit großem Interesse. Die Aussichten auf eine baldige Beendigung des Streiks haben sich wieder verschlechtert, da das Vermittlungsangebot General Howleys von den Sowjets nicht unterstützt wird.

15/6/49

No. 33

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Stuttgart vom 14. Juni 1949

Die streikenden Berliner Eisenbahner haben sich mit 12 626 gegenüber 2 085 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks entschieden. Berichterstatter melden, die Streikenden haben sich vermutlich deshalb für die Fortsetzung ausgesprochen, weil ADN und sowjetisch lizenzierte Zeitungen die Nachricht verbreiteten, daß sich die IBD nicht an die mündlich getroffenen Vereinbarungen gebunden fühle. General Howley erklärte, daß den Russen sehr an einer Beendigung des Streikes gelegen gewesen sei, als er am 10. Juni über das Abkommen mit ihnen verhandelt habe. Er ist der Ansicht, daß sie seitdem neue Anweisungen erhalten haben.

Die 11 westdeutschen Länderchefs sind in Schlangenbad zusammengekommen, um das Wahlgesetz zu verkünden und den Termin für die Bundeswahl bekanntzugeben. 21 Abgeordnete des aufgelösten Parlamentarischen Rates und Fraktionsführer des Wirtschaftsrates nehmen an den Besprechungen teil. Der Konferenz der Ministerpräsidenten ging eine Besprechung der anwesenden Mitglieder des Parlamentarischen Rates unter Vorsitz von Dr. Adenauer voraus. Die Vertreter des Parl. Rates befaßten sich mit der Frage der Organisation zur Errichtung der Organe des Bundes und ihrer Teilnahme an der Errichtung.

Ab Anfang dieser Woche ist der holländische Gemüseexport nach Deutschland eingestellt worden. Das Kontingent war erschöpft, und Holland erklärte sich nicht bereit, vor dem Abschluß eines neuen Kontraktes weiterzuliefern.

Wie der SPD-Pressedienst meldet, interessiert sich die KP für die Führer des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes. Die KP versucht, RAD-Führer für ihre Dienste zu gewinnen. Diese sollen rednerisch ausgebildet werden, um für kommunistische Propaganda in den Westzonen zur Verfügung zu stehen. Während der Ausbildungszeit sollen die Familien der betreffenden Bewerber gut versorgt werden.

Die Demontage-Arbeiten konnten heute überall fortgesetzt bzw. begonnen werden. Die Arbeiter haben ihren Widerstand eingestellt. Bishop erklärte, daß die belgischen Soldaten nur solange verbleiben würden, bis der ruhige Ablauf der Arbeiten gewährleistet sei.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat zur Demontage der Kohle-Veredelungsindustrie eine Erklärung abgegeben. Darin heißt es, daß die deutschen Erklärungen die Reaktion aller Deutschen seien, die in der Demontage ihrer Industrien gleichzeitig eine Vertreibung von ihren Arbeitsplätzen und eine Bedrohung ihrer Existenz sähen. In den britischen Äußerungen sei das Moment der Sicherheit wiederholt unterstrichen worden. Deutschland erkenne viele Sicherheitsbedürfnisse an, könne jedoch nicht einsehen, daß die Sicherheit der alliierten Besatzungsmächte dadurch gefährdet werde, wenn man die verbotenen Kohleveredelungswerke weiter arbeiten ließe und für den europäischen Wiederaufbau produktiv einsetze. - Die Filtrierwerke stellten ungeheure volkswirtschaftliche Werte dar und könnten dazu beitragen, einem schwerwiegenden Engpaß im Wirtschaftsleben Westdeutschlands zu begegnen.

Wirtschaftsminister Prof. NOELTING erklärte, er werde der britischen Militärregierung in Kürze eine Reihe von Austauschvorschlägen für Demontageobjekte der eisenschaffenden Industrie im Ruhrgebiet unterbreiten. General Bishop habe ihm zugesagt, die Vorschläge zu berücksichtigen. Eine ganze Reihe von Austauschvorschlägen könnten auf freiwilliger Basis verwirklicht werden, wodurch sich eine wesentliche Förderung der Demontagefolgen für die Ruhrindustrie ergeben würde. Auf einer Konferenz der Aufbauminister in Homburg, auf der auch die frz. Zone und Berlin vertreten waren, ist ZINNKAHN erneut zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Berlin gewählt worden. - Der Arbeitsausschuß arbeitet einen Voranschlag für die Finanzierung eines Bauprogramms für 150 000 Wohnungen in der Bopelzone aus. Der Kapitaleinsatz wurde mit 1,5 Mrd. DM errechnet.

17/6/49

No. 34

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 15. Juni 1949

Die 11 Ministerpräsidenten haben das Wahlgesetz für die Bundesrepublik verkündet. Das Wahlgesetz enthält die von den Mil. Gouverneuren gewünschte Bestimmung, daß alle Parteien, die in einem Land nicht mehr als fünf Prozent der Stimmen erlangen oder kein direktes Wahlkreismandat erringen, bei der Verteilung der Mandate der Landesliste unberücksichtigt bleiben.

Der 14. August wurde als endgültiger Wahltermin festgelegt. Im Anschluß an die Konferenz gab die SPD eine Erklärung ab, in der es heißt: Anlässlich der Verkündung des Wahlgesetzes haben wir mit Bedauern festgestellt, daß dieses Gesetz nicht als ein ausschließlich auf deutschem Recht beruhendes Gesetz verkündet werden konnte. Es wäre politisch richtiger gewesen und hätte mehr Achtung vor der Demokratie bewiesen, wenn man das Wahlgesetz als erstes Gesetz, das nach dem Inkrafttreten und auf Grund des Bonner Grundgesetzes erlassen wurde, als freie deutsche Entscheidung hätte Wirklichkeit werden lassen.

Wie Min.Präs. STOCK erklärte, erörterte die Konferenz auch die Frage des künftigen Bundessitzes, ohne jedoch einen Beschluß zu fassen. Nach der Auffassung der Min.Präsidenten habe der künftige Bundestag die endgültige Entscheidung über den Sitz der Bundesorgane zu treffen. Die Min.Präsidenten, die auf Grund des Wahlgesetzes den ersten Bundestag einzuberufen hätten, hätten bei dieser Gelegenheit darüber zu entscheiden, wo der erste Bundestag zusammenkommt.

Die Westberliner Eisenbahner setzen den Streik fort. Parteiführer und Magistratsbeamte erklärten, der Streik könne jetzt nur noch durch höhere Stellen geklärt werden. Der UGO-Vorstand hat heute die drei demokratischen Parteien gebeten, dem Stadtparlament vorzuschlagen, einen Eisenbahnnotbetrieb zu errichten. Es soll nicht nur der Interzonenverkehr, sondern auch der Stadtbahnverkehr wieder aufgenommen werden, da der Bevölkerung eine Stilllegung nicht länger zugemutet werden könne.

NIEMOELLER hat die Kirchen Englands und Amerikas gebeten, sich für die Einstellung der Demontagen einzusetzen. Er verwies besonders auf die sozialen Folgen der Demontagepolitik.

Heute begann der Prozeß gegen neun Angehörige der "Palmen", die im Mai beim Vertreiben des Telegraf von der Markgraf-Polizei verhaftet worden waren. Es wurde ihnen vorgeworfen, friedensfeindliche Propaganda getrieben zu haben. Vier der Hauptangeklagten beantragte das Gericht 3 1/2 Jahre Gefängnis. Während der Verhandlung wurden der Vorsitzende der Berliner "Palmen", Heinz WESTPHAL, und sieben weitere Mitglieder verhaftet. Westphal, der sich zur Wehr setzte, soll mißhandelt worden sein.

Sender Stuttgart vom 16. Juni 1949

Die vier Außenminister halten wieder Geheimsitzungen ab. Es wird erwartet, daß die Konferenz heute zu Ende geht. Die Außenminister haben in den letzten Tagen über einen Staatsvertrag mit Österreich und einen modus vivendi hinsichtlich der Situation Berlins gesprochen. Bei den Beratungen über Deutschland wird davon ausgegangen, daß die Spaltung eine Tatsache ist, die sich vorläufig noch nicht ändern läßt. Es wird jedoch versucht werden, die Trennung abzuschwächen. Die 3. Tagung der Kominform in Warschau ist beendet worden. In erster Linie wurden wirtschaftliche Sanktionen gegen Jugoslawien erörtert. Die Demontagearbeiten werden ohne Zwischenfälle fortgesetzt. Auch in verschiedenen anderen Betrieben ist mit dem Abbau begonnen worden. Die Industrie- und Handelskammer will eine ständige Export- und Import-Börse einrichten.

Pennecke ist von einem Besuch aus der SU zurückgekehrt. Er äußerte sich bewundernd über Stachanow. Er sei ganz anders gebaut als er. Stachanow sei ein Athlet. Aber er sei nicht nur ein starker Mann, sondern habe auch Köpfchen.

17/6/49

No. 35

Presseberichte aus den Westzonen

Flüchtlings-Siedlungsgesetz. Der Flüchtlings- und der Ernährungsausschuß des Wirtschaftsrates beschäftigen sich gegenwärtig mit dem Entwurf zu einem Gesetz zur Förderung von Heimatvertriebenen in der Landwirtschaft. Zweck dieses Gesetzes ist, die aus der Landwirtschaft stammenden Heimatvertriebenen als Siedler im Sinne der Siedlungs- und Bodenreformgesetzgebung oder als Pächter oder Eigentümer wieder in die Landwirtschaft einzugliedern. Für die Wiederinbetriebnahme kommen Höfe, deren unwirtschaftliche Zerschlagung verhindert werden soll, sowie sogen. "Wüste Höfe", die sich dazu eignen, in Frage. Können für den Siedler auf Grund des Soforthilfe-Gesetzes die erforderlichen Mittel nicht rechtzeitig beschafft werden, so erhält das Land für jeden angesetzten Neusiedler eine Beihilfe bis zu DM 5 000,-, wenn es entsprechende Beihilfen leistet. Grundbesitzer, die einen solchen Hof an einen Heimatvertriebenen auf mindestens zwölf Jahre verpachten oder verkaufen, erhalten u.a. Steuerfreiheit bzw. Vergünstigungen auf dem Gebiet der Erwerbssteuer; zur Schaffung von Ersatzwohnraum kann ein zinsloses Darlehen bis zu DM 5 000,- gewährt werden und die Einnahmen aus der Verpachtung rechnen nicht zum einkommensteuerpflichtigen Einkommen. Zur Übernahme von landwirtschaftlichen Grundstücken können Heimatvertriebenen zinslose Darlehen bis zur Höhe von 5 000,- DM je ha übernommener Fläche, im ganzen jedoch nicht mehr als DM 8 000,- gewährt werden. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet stellt für die Zwecke dieses Gesetzes erstmalig für das Haushaltsjahr 1949/50 30 Mill. DM zur Verfügung.
Städt. Ztg. vom 16. Juni 1949

Volksentscheid. Reichskanzler a.D. Hans LUTHER kündigte vor Pressevertretern in Hamburg einen Volksentscheid der Deutschen Wählergesellschaft über das Mehrheits- und Verhältniswahlssystem an. Das im Wahlgesetz für den Bundestag enthaltene System sei "verzerrte Verhältniswahl". Luther befindet sich zurzeit auf einer Vortragsreise für die Wählergesellschaft.
Die Welt vom 16. Juni 49

Vom Wirtschaftsrat zum Bundestag. Präsident Dr. KOEHLER erklärte dieser Tage, der Wirtschaftsrat habe aus dem chaotischen Zustand der Nachkriegszeit einen Ordnungszustand und eine Rechtseinheit für das Gebiet der Doppelzone geschaffen, ohne die das Fundament der künftigen Bundesgesetzgebung nicht gelegt werden könne. Er habe dem Überleitungsausschuß eine umfangreiche Denkschrift über den Stand der gesetzgeberischen Arbeit des Wirtschaftsrates und deren Überleitung auf die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschl. überreicht. Der Wirtschaftsrat und der Länderrat würden sich auflösen, sobald der Bundestag zusammentrete. Praktisch werde die Arbeit des Wirtschaftsrates aber schon einige Wochen vor der Abhaltung der Wahlen beendet werden müssen, so daß eine längere Pause in der Gesetzgebung nicht zu vermeiden sein werde. - Dr. Köhler legte seine Vorschläge zur Überbrückung dieser Zwischenzeit dar. Hierbei konnten 3 Wege gleichzeitig beschritten werden. Die Gesetzgebung der Doppelzone müsse so vervollständigt und abgeändert werden, daß der Bundestag nicht in der ersten Zeit seines Bestehens mit einer Überfülle von unerledigten gesetzgeberischen Arbeiten belastet werde. Hierzu könnten die Fristen einiger Gesetze verlängert werden, insbes. das Bewirtschaftungsnotgesetz, das Preisgesetz und das Leitsatzgesetz. Dann müsse die Exekutive in die Lage versetzt werden, für die in der Zwischenzeit auftretenden vordringlichen Fragen, zu deren Behandlung noch keine gesetzliche Grundlage besteht, eine wirksame Regelung zu treffen, unter dem Vorbehalt einer parl. Nachprüfung. Ferner müßte den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes die Arbeit durch rechtzeitige Zuleitung entsprechender Berichte mit geeigneten Vorschlägen erleichtert werden. Ein bes. Problem bedeuteten die vom Wirtschaftsrat in der Gesetzgebung ausgesprochenen Ermächtigungen an die Direktoren sowie an die Ausschüsse des Wirtschaftsrates und des Länderrates. Insgesamt handele es sich um 43 Gesetze, in denen die Direktoren des. Vollmachten zum Erlass von Ausführungsbestimmungen erhalten hätten.
Allgem. Ztg. vom 18. Juni 49

1576/49

No. 34

Presseberichte aus den Westzonen

Soforthilfe-Gesetz: Freigabe von D-Mark-Gegenwerten. Auf der Monatskonferenz der Mil. Gouverneure mit Vertretern der deutschen Verwaltung hat die Freigabe von D-Mark-Gegenwerten aus den Hilfgeldern der amerikanischen Militärregierung und der Marshall-Hilfe im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden.

Dr. PUENDER legte einen Plan vor, nach dem die Doppelzone im dritten Quartal 1949 aus eigenen Kräften 1,87 Mrd. Mark für Investitionen ausgeben wird. Darunter werden durch den ordentlichen Haushalt eine Milliarde, durch Selbstfinanzierung 300 Millionen, durch die öffentlichen Sparkassen 150 Millionen, durch die Sozialversicherung 225 Millionen, durch die Privatversicherung 75 Millionen und durch das Wertpapiersparen 125 Millionen Mark aufgebracht. Dr. Pünder knüpfte hierzu die Bitte, aus den Gegenwerten aus den Hilfgeldern der Mil. Regierung nunmehr die 221 Millionen Mark freizugeben, für die ein genauer Investitionsplan den Gouverneuren bereits vorliege. Ferner bat er um die Freigabe von den ersten 60 Millionen Mark aus Marshall-Hilfsmitteln, und zwar 220 Millionen für den Steinkohlenbergbau, 50 Millionen für den Schiffsbau, 25 Millionen für die Deutsche Post und 35 Millionen zur Rationalisierung der eisenverarbeitenden Industrie. Die bis Ende Juni zur Verfügung stehenden 200 Millionen Mark aus den Hilfgeldern der amerikanischen Mil. Reg. sollen der deutschen Wirtschaft sofort freigegeben werden. Für die fehlenden 20 Millionen Mark müßte eine entsprechende Kürzung im Investitionsplan vorgenommen werden, bis weitere Mittel anliefern. - Das Soforthilfegesetz soll in den nächsten Tagen genehmigt werden.

Allgem. Ztg. vom 15. Juni 1949

Zusammensetzung der Übergangsausschüsse. Dieser Tage konferierten die Ministerpräsidenten mit Angehörigen des aufgelösten Parl. Rates und Delegierten des Wirtschaftsrates über die Zusammensetzung der Übergangsausschüsse bis zur Bildung der Bundesregierung. Folgende Einigung wurde erzielt: Es wird ein Hauptausschuß mit sieben Unterausschüssen gebildet. Dem Hauptausschuß gehören an 18 Mitglieder des vom Parlamentarischen Rat gebildeten Überleitungsausschusses, die 11 Ministerpräsidenten sowie ein Vertreter Berlins, sechs Angehörige des Wirtschaftsrates für die Doppelzone und vier Vertreter von Wirtschaftsvereinigungen der französischen Zone. Die Übergangsarbeiten sollen wie folgt aufgeteilt werden: Ein technischer Ausschuß wird die Ausgaben für Häuser- und Brückenbauten kontrollieren, ein Organisationsausschuß wird die Kompetenz der einzelnen Bundesministerien festlegen, ein Finanzausschuß soll sich mit Fragen der Steuergesetzgebung befassen, und schließlich werden vier verschiedene Rechtsausschüsse sich mit Problemen des Grundgesetzes, der Ländergesetzgebung, des Besatzungsrechtes und der Gesetzgebung des Wirtschaftsrates beschäftigen. Im Hauptausschuß und in den Unterausschüssen werden keinerlei bindende Entschlüsse gefaßt werden. Die Ausschüsse haben lediglich die Aufgabe, der kommenden Bundesregierung Vorschläge zu unterbreiten.

Allgem. Ztg. vom 17. Juni 1949

Bund ev. Demokraten. Die in Nürnberg erfolgte Gründung des "Bundes ev. Demokraten", der die Belange des ev. Bevölkerungsanteils entsprechend seinem zahlenmäßigen Gewicht im pol. Leben Bayerns zur Geltung bringen will, war der Ausgangspunkt einer Besprechung, die zwischen Vertretern der FDP und Vertretern des Ev. Männerwerks stattfand. Hierbei wurde vom Männerwerk festgestellt, daß in Bayern gerade im gegenwärtigen Augenblick die Partei fehlt, die weitesten ev. Kreisen politische Heimat sein kann. Auch einer Partei, die sich lediglich als Nachfolgerin der alten national-liberalen Partei fühle, stehe man auf ev. Seite in berechtigter Sorge um die parteipol. Entwicklung sewartend gegenüber. Vertreter der FDP erklärten hierzu, daß in ihrer Partei das ev. Element stark vertreten sei und die Entwicklung über die alte national-liberale Partei bereits weit hinausgeführt habe.

Städt. Ztg. vom 16. Juni 49